

2. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 27. Oktober 2004

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	13	Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	48
1. Regierungserklärung		4. 1. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz - BbgSchulG)	
Ministerpräsident Platzeck	13	Gesetzentwurf der Fraktion der PDS	
Frau Dr. Enkelmann (PDS)	20	Drucksache 4/19	49
Ministerpräsident Platzeck	28	Frau Große (PDS)	49
Baaske (SPD)	28	Frau Siebke (SPD)	50
Frau Hesselbarth (DVU)	34	Frau Fechner (DVU)	52
Lunacek (CDU)	38	Senfleben (CDU)	53
2. Bestellung der Ausschüsse des Landtages Brandenburg sowie Festlegung der Zahl ihrer Mitglieder		Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	53
Antrag des Präsidiums		5. 1. Lesung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch im Land Brandenburg (Bbg AG-SGB II)	
Drucksache 4/13	44	Gesetzentwurf der Landesregierung	
3. 1. Lesung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Schulstruktur im Land Brandenburg (Schulstrukturgesetz)		Drucksache 4/14	54
Gesetzentwurf des Abgeordneten Schulze (SPD) und der Abgeordneten Funck (CDU)		Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler	54
Drucksache 4/12	45	Otto (PDS)	55
Frau Siebke (SPD)	45	Frau Dr. Schröder (SPD)	56
Frau Große (PDS)	45	Frau Fechner (DVU)	57
Frau Fechner (DVU)	46	Frau Schulz (CDU)	58
Senfleben (CDU)	47		

	Seite		Seite
6. 1. Lesung des Gesetzes zur Außerkraftsetzung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 26. April 2004 über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg sowie zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg und anderer Gesetze		Nonninger (DVU).....	64
Gesetzentwurf der Fraktion der DVU		Schulze (SPD)	65
Drucksache 4/16		Vietze (PDS).....	66
<u>in Verbindung damit:</u>		Nonninger (DVU).....	66
Kündigung gemäß Artikel 33 Absatz 1 des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg vom 26. April 2004		Persönliche Erklärung des Abgeordneten Schulze (SPD)	67
Antrag der Fraktion der DVU		9. Bundesratsinitiative zur Änderung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. September 2003	
Drucksache 4/18.....	58	Antrag der Fraktion der DVU	
Schuldt (DVU)	58	Drucksache 4/32.....	68
Schulze (SPD)	59	Frau Fechner (DVU).....	68
Sarrach (PDS).....	59	Frau Dr. Schröder (SPD)	69
Schuldt (DVU)	60	Frau Kaiser-Nicht (PDS)	69
7. 1. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2002 (GVBl. I S. 2), geändert durch das sechste Änderungsgesetz vom 09.10.2003 (GVBl. I S. 272) - Abgeordnetengesetz (AbgG)		Frau Fechner (DVU).....	70
Gesetzentwurf der Fraktion der DVU		Anlagen	
Drucksache 4/17.....	61	Gefasste Beschlüsse der 1. (konstituierenden) Sitzung am 13. September 2004	72
Schuldt (DVU)	61	Gefasster Beschluss der 2. Sitzung am 27. Oktober 2004.....	73
Frau Funck (CDU)	62	Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7 - 1. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2002 (GVBl. I S. 2), geändert durch das sechste Änderungsgesetz vom 09.10.2003 (GVBl. I S. 272) - Abgeordnetengesetz (AbgG) - Gesetzentwurf der Fraktion der DVU - Drucksache 4/17	73
Vietze (PDS).....	62	Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8 - Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 4/20	74
Schuldt (DVU)	63	Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 9 - Bundesratsinitiative zur Änderung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. September 2003 - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 4/32.	74
8. Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen		Alle im Text mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Antrag der Fraktion der DVU			
Drucksache 4/20.....	64		

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich zur 2. Sitzung des Landtages in dieser Wahlperiode, begrüße die Mitglieder der Landesregierung, den Herrn Ministerpräsidenten sowie unsere Gäste - sowohl die, die nur heute anwesend sind, als auch die Dauergäste - recht herzlich und wünsche, dass sie uns auch weiterhin die Treue halten.

Ich habe zu Beginn einige Mitteilungen zu machen:

Der Abgeordnete Reinhold Dellmann hat mit Ablauf des 18. Oktober 2004 auf sein Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet. Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, dass Herr Wolfgang Pohl Mitglied des Landtages Brandenburg geworden ist. Er gehört der SPD-Fraktion an.

Die Fraktion der SPD hat am 18. Oktober 2004 die Abgeordneten Mike Bischoff, Klara Geywitz, Martina Gregor, Werner-Siegwart Schippel und Dr. Esther Schröder als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt.

Der Wahlprüfungsausschuss hat sich am 26. Oktober 2004 konstituiert und Herrn Abgeordneten Stefan Sarrach zum Vorsitzenden und Herrn Abgeordneten Klaus Bochow als stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Zur Tagesordnung ist zu bemerken, dass nach Verabredung der Parlamentarischen Geschäftsführer der Tagesordnungspunkt 8 - Bericht des Ausschusses für Verwaltungsoptimierung zum Stand der Verwaltungsmodernisierung im Land Brandenburg - von der Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen und auf die Sitzung im November verlegt wird. Gibt es hierzu Bemerkungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Tagesordnung in der geänderten Fassung abstimmen. Wer dieser Tagesordnung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Als ergänzende Information zur Tagesordnung teile ich Ihnen mit, dass wir nach der Debatte um die Regierungserklärung - diese wird ca. 14 Uhr bis 14.15 Uhr zu Ende sein - eine Mittagspause bis 15 Uhr einlegen. Es ist dafür gesorgt, dass die Kantine dann noch geöffnet hat. Das ist für den einen oder anderen sicherlich eine wichtige Information.

Es liegt mir eine Reihe von Abwesenheitserklärungen vor, die ich nicht im Einzelnen verlesen möchte, sondern zu denen ich nur mitteile, dass die abwesenden Minister in ihren Redebeiträgen jeweils von ihren Staatssekretären vertreten werden. Das gilt für heute. Wir werden sehen, ob sich das bewährt. Wenn ja, werden wir dieses Verfahren beibehalten.

Gestatten Sie mir noch eine Erklärung. Zwischen der heutigen Sitzung und dem Sitzungszyklus im November liegt der 14. November, der Volkstrauertag. Wir respektieren den Wunsch der Brandenburger, diesen Tag im stillen Gedenken zu begehen, der Verstorbenen und der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu gedenken. Ich gehe davon aus, dass sich in diesem hohen Hause alle einig sind in der Erwartung, dass die Parteien und Organisationen das auch respektieren und auf politische Demonstrationen verzichten werden.

In den vergangenen Jahren gab es regelmäßige Anmeldungen zu Demonstrationen, mit denen Gruppierungen das Ziel verfolgten, den Volkstrauertag, insbesondere auf dem Gedenkfriedhof in Halbe und an anderen Stätten des Gedenkens, unverhohlen zur Propagierung nationalsozialistischer Gedankengutes und Fremdenhasses zu missbrauchen. Wir sprechen unsere Erwartung aus, dass seitens der Landesregierung alles getan wird, um solche extremistischen Aufmärsche zwischen den Gräbern zu verhindern. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für Toleranz und Versöhnung! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Damit treten wir in die Tagesordnung ein und ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung

Der Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Brandenburger Landesregierung tritt ihr Amt unter schwierigen Bedingungen an. In diesen Wochen und Monaten erleben wir ernste und Besorgnis erregende Entwicklungen nicht nur in Brandenburg, nicht nur in Ostdeutschland, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Anderthalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist das einstige Erfolgsmodell Deutschland in schweres Fahrwasser geraten. Die aktuellen Nachrichten aus der Automobilindustrie oder auch die Diskussion um die Neuausrichtung der Krankenversicherungssysteme führen uns das sehr eindringlich vor Augen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel, den wir in den Jahren nach 1990 hier im Osten erlebt haben, erreicht nun hart und erbarmungslos den Westen und damit ganz Deutschland. Sehr viele Menschen im Lande bangen um ihren Arbeitsplatz, sehr viele müssen Einkommenseinbußen hinnehmen und diejenigen, die etwas übrig haben, die legen es beiseite für den Fall, dass noch schlechtere Zeiten kommen.

Wirtschaft und Politik sind gefordert. Sie sind gefordert, Antworten zu finden bzw. Lösungen zu entwickeln, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit, und zwar möglichst die internationale Wettbewerbsfähigkeit, sichern, insgesamt wieder einen höheren Beschäftigungsgrad erreichen und den Sozialstaat zukunftsfester machen können. Diese Herausforderungen sind die Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts, und zwar völlig unabhängig davon, ob es uns gefällt oder nicht.

Diesen Herausforderungen, dieser Wirklichkeit müssen und werden wir uns in Brandenburg stellen. Nur wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit begreifen, wenn wir sie auch aktiv und kämpferisch annehmen und unsere Chancen im Wandel ergreifen, nur dann werden wir uns behaupten können.

„Erneuerung aus eigener Kraft“ lautet das Leitmotiv der Brandenburger Regierungskoalition. Sozial- und Christdemokraten in Brandenburg haben sich bewusst und gemeinsam unter dieser Überschrift zusammengefunden. Wir nehmen das Motto sehr ernst, und zwar ausdrücklich beide seiner Bestandteile. Es geht uns um die Erneuerung unseres Landes, damit wir uns unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts behaupten können.

Wir müssen uns dabei noch weitaus stärker als bisher auf unsere eigenen Kräfte und Potenziale besinnen, auf die Kreativität und Leistungsfähigkeit der Menschen in Brandenburg. Denn nur wir selbst, nur die Brandenburgerinnen und Brandenburger, werden darüber entscheiden, welchen Weg unser Land in den vor uns liegenden Jahrzehnten gehen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln: Brandenburg kann zukünftig mit Berlin zu den dynamischsten und erfolgreichsten Regionen Europas zählen - unter der Bedingung, dass wir heute gemeinsam den richtigen Weg der Erneuerung einschlagen und ihn in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Niemand wird uns diese Aufgabe abnehmen; nur miteinander und nicht gegeneinander werden wir sie lösen. Spätestens, wenn im Jahr 2019 der Solidarpakt II ausläuft, muss unser Land finanziell - und nicht nur finanziell - auf eigenen Beinen stehen.

Anderthalb Jahrzehnte nach seiner Gründung aus dem Geist der freiheitlichen Revolution von 1989, im Jahr 1 eines größer gewordenen Europa, braucht das Land Brandenburg einen entschlossenen zweiten Aufbruch. In unmittelbarer Nachbarschaft, rund um eine der großen Metropolen unseres Kontinents und zugleich im Zentrum des neuen Europa gelegen, besitzt unser Brandenburg herausragende Chancen, in den kommenden Jahrzehnten aus eigener Kraft zur lebenswerten, welt-offenen und wirtschaftlich florierenden Heimat aller seiner Bürgerinnen und Bürger zu werden. Diese Chancen müssen wir jetzt konsequent ergreifen. Die neue Koalition ist zum Aufbruch, zum Aufbruch für Brandenburg entschlossen. Die Landesregierung wird in gemeinschaftlicher und in kollegialer Anstrengung dafür arbeiten, dass Brandenburg in Zukunft auf keinem Gebiet hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt.

Die zielgerichtete Erneuerung unseres Gemeinwesens setzt die Bündelung und konstruktive Zusammenarbeit aller verantwortungsbewussten Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes voraus. Gemeinsam können wir erfolgreich sein und wir werden genau in dem Maße erfolgreich sein, wie wir den vor unserem Land liegenden Aufgaben mit zeitgemäßen und vorausschauenden Antworten begegnen und sie vor allem lösen.

Meine Damen und Herren, zum Teil wird immer noch die Auffassung vertreten, es seien die so genannten Lasten der Wiedervereinigung, die die Schwierigkeiten verursacht hätten, mit denen Deutschland heute zu tun hat. Nicht alles daran ist falsch, denn natürlich erfordert der Aufbau Ost eine beträchtliche Solidaritätsleistung. Festzuhalten ist: Diese Leistung des Bundes und der westlichen Länder ist geboten zur Herstellung der inneren deutschen Einheit und es ist eine Solidaritätsleistung des Westens, für die wir Ostdeutschen dankbar sind. Dennoch ist die Parole, der Aufbau Ost sei ursächlich für die Fehlentwicklungen in Deutschland, ökonomisch zu flach und deshalb auch politisch gefährlich. Wir müssen uns heute in West- und Ostdeutschland gemeinsam den Zukunftsfragen unseres Landes entschlossen stellen.

Mit welchen großen Entwicklungstrends haben wir es heute in Deutschland zu tun? Wo liegen die entscheidenden Herausforderungen? Ich möchte stichwortartig sieben entscheidende Trends nennen, die wir zur Kenntnis nehmen und begreifen müssen, damit wir sie politisch in den Griff bekommen können.

Da ist - erstens - die auch in diesem hohen Hause schon mehrfach diskutierte demographische Entwicklung. Nicht das Altern einzelner Menschen, wohl aber das kollektive Altern der Bevölkerung Deutschlands insgesamt und der damit einhergehende Fachkräftemangel hat schwerwiegende Folgen für die Entwicklungs- und Wachstumspotenziale unserer Gesellschaft. Wir brauchen wieder mehr Kinder. Deshalb brauchen wir bessere Bedingungen für Familien und einen Wertewandel, damit Frauen und Männer den Mut fassen, sich ihre Kinderwünsche auch zu erfüllen.

Da ist - zweitens - der wirtschaftliche Strukturwandel in Gestalt von Globalisierung, Rationalisierung und mangelndem Wachstum. Deshalb brauchen wir wettbewerbsfähige Unternehmen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, die sich in der internationalen Konkurrenz behaupten können.

Da ist - drittens - der Wandel der Arbeitswelt und die langfristige Krise des Arbeitsmarktes. Im Übergang von der Industrie zur Wissensgesellschaft wandeln sich überall die Anforderungen an die Kenntnisse und Fertigkeiten der Menschen. Gerade unqualifizierte Tätigkeiten sind ständig steigendem Konkurrenzdruck der Maschinen bzw. des Auslands ausgesetzt. Genau deshalb brauchen wir bessere Bildung und Ausbildung für mehr Frauen und Männer, mehr Wissenschaft und Forschung, um unter diesen sich rasant verändernden Bedingungen mithalten zu können.

Da sind - viertens - die Krisen des Sozialstaates und der öffentlichen Haushalte - für uns leider auch kein Neuland mehr.

Da sind - fünftens - die Probleme der Vereinigung. In Ostdeutschland ist bis heute - wir alle wissen dies genau - kein sich selbst tragender Aufschwung in Gang gekommen. Alle zuvor beschriebenen Aspekte wirken deshalb hierzulande in verschärfter Form.

Da sind - sechstens - auch die unbestreitbaren Funktionsdefizite unserer politischen Institutionenordnung. Als Folge von Europäisierung und Globalisierung hat der Nationalstaat, durchaus beabsichtigt, an Souveränität und eigenständiger Handlungskompetenz eingebüßt.

Da ist schließlich - siebentens, aber sicher mit am wichtigsten - auch das, was man „die deutsche Krise der Selbsterkenntnis“, nennen könnte, die bei vielen immer noch fehlende Einsicht in die schwierige Situation, in die unsere Gesellschaft geraten ist. Wir hier in Ostdeutschland sind vermutlich etwas illusionsloser, aber noch längst nicht allen in Gesamtdeutschland ist klar, dass das Modell Deutschland, so wie es einmal funktioniert hat, heute kein Erfolgsmodell mehr ist, dass wir es an vielen Stellen ändern und umfassend erneuern müssen, um in Zukunft wieder deutlich erfolgreicher sein zu können.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Summe und in ihrer Wechselwirkung bedrohen diese Entwicklungen die Zukunftschancen und den Wohlstand auch unseres Landes. Spät, aber nicht zu spät hat die Bundesregierung damit begonnen, mit ihrer Reformpolitik die Weichen für die dringend nötige Erneuerung der Bundesrepublik zu stellen. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen im Detail unterstützen die Partner der Brandenburger Regierungskoalition diesen Kurs. Auch wir in Brandenburg stehen vor der Aufgabe, die Erneuerung unseres Landes mit großer Entschiedenheit voranzutreiben. Selbst-

kritisch müssen wir feststellen: Wir haben die Erneuerung auf den Gebieten der Landespolitik in der Vergangenheit teils zu spät, zu zögerlich und auch nicht immer mit der erforderlichen Entschlossenheit betrieben. Das wird sich ändern.

In der neuen Brandenburger Regierungskoalition besteht völlige Übereinstimmung darüber, dass jedes Zögern unserem Lande schaden würde. Jedes weitere Zuwarten wäre ein Vergehen an den Lebenschancen unserer Kinder und Kindeskinde. Es gilt auch die Forderung: Wir müssen alle besser werden! Wir müssen die Erneuerung Brandenburgs als eine Aufgabe begreifen, in die möglichst viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einbezogen sein müssen, wenn dieser Aufbruch gelingen soll.

Die Erneuerung in schwierigen Zeiten setzt Ehrlichkeit, setzt Vertrauen und auch gegenseitigen Respekt voraus. Sie wird nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gelingen, sie wird nicht an ihnen vorbei gelingen und sie gelingt auch nicht durch die Hintertür. Diese Erneuerung kann nur da gelingen, wo Politiker Tag für Tag aufs Neue das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen, wo Politiker bereit sind, immer wieder zuzuhören und zu erklären. Verständnis für schwierige Abwägungen und Zustimmung auch zu unbequemen Entscheidungen entstehen nun einmal nur im direkten Kontakt mit den Menschen bei der gemeinsamen Suche nach dem besseren Weg in die Zukunft. Es ist ein verbreiteter Irrtum, dass Vertrauen und Zustimmung am besten mit wohlklingenden Versprechungen und Gefälligkeitspolitik zu erreichen seien. Ich glaube, das Gegenteil ist richtig. Die Menschen in Brandenburg glauben wahrlich nicht an Wunder. Sie wissen, dass die vor uns liegenden Jahre schwierige Jahre sein werden. Und sie spüren sehr genau, wer ihnen dabei reinen Wein einschenkt und wer nicht.

(Beifall bei der PDS)

Den Respekt und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen nur politische Verantwortungsträger, die den Mut aufbringen, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wenn sie nötig sind, und diese Entscheidungen mit dem Gesicht zu den Menschen zu begründen. Diese Kultur des Dialogs setzt aber auch die Bereitschaft voraus, zuzuhören, miteinander zu sprechen und von Vorurteilen und allzu schnellen Antworten Abstand zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bezüglich dieser Bedingungen und Prinzipien unserer gemeinsamen Politik für Brandenburg in den kommenden fünf Jahren haben meine Partei und die Christlich Demokratische Union in den Koalitionsverhandlungen der vergangenen Wochen ein hohes Maß an Übereinstimmung erzielt. Ebenso einig sind wir uns bei allen politischen Unterschieden auch über die politischen Prioritäten unserer Regierungsarbeit in den kommenden Jahren. Gemeinsam sind wir uns darüber im Klaren, dass im Zentrum unserer Aufmerksamkeit die Themen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft sowie die Bewältigung des demographischen Umbruchs stehen müssen und auch stehen werden. Hier liegen die zentralen Felder, auf denen sich entscheiden wird, ob das Land Brandenburg in den kommenden Jahrzehnten eine lebenswerte Heimat für alle seine Bürgerinnen und Bürger sein wird.

Genauso wichtig wie die notwendige Konzentration auf die

Themen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Demographie wird es sein, diese Felder zukünftig immer stärker in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu begreifen. Sie bedingen einander. Gerade weil die Verbesserung der Voraussetzungen für Investitionen und Beschäftigung, vor allem aber die Förderung von Selbstständigkeit in Brandenburg für die neue Koalition höchste Priorität haben, werden hervorragende Bildung und Ausbildung, leistungsstarke Forschung und der Transfer von zeitgemäßem Wissen in Produkte und hochwertige Dienstleistungen zu den zentralen Anliegen der Landesregierung zählen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Uns allen muss klar sein: Damit wachsen zugleich die Anforderungen an eine Regierungspolitik aus einem Guss. Reibungsverluste, unnötige Kompetenzüberschneidungen, unverbundenes Nebeneinander oder auch Ressortegoismen können wir uns angesichts begrenzter und weiter schrumpfender finanzieller Mittel zukünftig nicht mehr leisten. Vernetztes Arbeiten und ressortübergreifendes Denken sind die Gebote der Stunde.

(Beifall bei SPD und CDU)

Völlig zu Recht erwarten die Menschen in unserem Land eine Politik, in der die Räder gut geölt und ohne zu knirschen ineinander greifen. Die Mitglieder der neuen Landesregierung sind deshalb fest entschlossen, sich als ein Team zu begreifen, das mit verteilten Rollen, aber immer gemeinsam und in enger Abstimmung miteinander für die Erneuerung und den Erfolg unseres Landes arbeitet. Nur mit geschlossenem Mannschaftsspiel und nicht gegeneinander kommen wir voran. Nur dann wird der Funke des Aufbruchs auf die Menschen im Lande überspringen.

Meine Damen und Herren, der Funke der Erneuerung muss tatsächlich auf die Menschen überspringen. Wir alle waren in den vergangenen Monaten viel unterwegs. Auch ich habe dabei mit vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern gesprochen und diskutiert. Meine Erfahrung ist: Selbstverständlich sind die Menschen auch unseres Landes meist keine Experten für die einzelnen Felder der Politik, aber sie haben ein sehr ausgeprägtes Gespür dafür, mit welcher Grundhaltung, mit welcher Einstellung die politisch Verantwortlichen in Bund und Land ihre Arbeit verrichten.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und PDS)

Die Menschen fühlen sich durch positive politische Leitbilder zu eigener Initiative und eigenem Einsatz angespornt oder sie fühlen sich von politischem Personal, das lustlos und abgehoben zu Werke geht, im Stich gelassen und abgestoßen.

Deshalb sage ich klar und deutlich: Ob die vor uns liegende Erneuerung unseres Landes gelingen wird oder nicht, hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob seine politischen Repräsentanten auf allen Ebenen mit gutem Beispiel vorangehen, ob sie den Willen und die Entschlossenheit zur Erneuerung verkörpern, damit der Funke überhaupt erst überspringen kann. Daran wird es liegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das alles überragende Problem unserer Zeit ist zweifelsohne

die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit. Es bleibt unbestritten: Brandenburg braucht dringend mehr Arbeitsplätze. Die neue Brandenburger Regierungskoalition unterstützt die Arbeitsmarktreform, die dem richtigen Ziel dient, Menschen in Arbeit zu vermitteln, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Allein dieser Strategiewechsel hin zu einer aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik hat in anderen europäischen Ländern bereits zu einer deutlichen Senkung der Arbeitslosenquote geführt. Unser gemeinsames Signal muss deshalb völlig klar und unmissverständlich sein: Wir finden uns mit der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit nicht ab!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wir sind bereit, auch neue Wege zu ihrer Bekämpfung zu gehen.

Zur wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Wirklichkeit unseres Landes gehört aber auch, dass wir ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt feststellen. Arbeitslosigkeit und ein zunehmender Mangel an Fachkräften treten bei uns gleichzeitig und nebeneinander auf. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen, wenn wir jetzt nicht energisch gegensteuern.

An diesem Punkt wird zugleich besonders deutlich, weshalb Brandenburg in der Konkurrenz mit anderen Wirtschaftsregionen künftig nur dann erfolgreich sein wird, wenn wir ein ressortübergreifendes Verständnis von Politik für eine dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaft als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung entwickeln.

Erreichen werden wir diese Ziele nur mit einem strategischen Gesamtansatz. Dieser Gesamtansatz umfasst erstens, dass wir alle Programme zur Förderung der Wirtschaft streng an Wachstum und Innovation sowie an den Kriterien zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ausrichten müssen. Die zielgenaue Konzentration unserer künftigen Wirtschaftspolitik muss sich konsequent auf bestimmte zukunftsfähige ökonomische Branchen und Kompetenzfelder ausrichten, um Synergiewirkungen entfalten und Ausstrahlungseffekte erzielen zu können.

Zukunftsfähige ökonomische Wirtschaftsfelder wiederum entstehen, wachsen und gedeihen nur durch die Kooperation aller beteiligten Akteure.

Zum strategischen Gesamtansatz der Brandenburger Wirtschaftspolitik muss deshalb zweitens weiterhin die besondere Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in unserem Lande gehören. Es ist keine Floskel: Der Mittelstand ist und bleibt das Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft. Vor allem hier entstehen neue Ideen, neue Arbeits- und Ausbildungsplätze, zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen.

Zum Gesamtansatz der Brandenburger Wirtschaftsförderung gehört drittens auch das Bekenntnis zu konsequenter Entbürokratisierung, und zwar überall dort, wo staatliche Regelungen, Investitionen und Wachstum der Schaffung von Arbeitsplätzen in überflüssiger und abträglicher Weise entgegenstehen. Hier geht es nicht um Ideologie, sondern um praktische Lösungen im gemeinsamen Interesse unseres Landes.

Deshalb rufe ich die Unternehmen, Wirtschaftsverbände und

Kammern Brandenburgs im Namen der gesamten Landesregierung ausdrücklich auf: Teilen Sie uns mit, wo Ihrer Meinung nach dereguliert werden muss! Sagen Sie uns, welche Regelungen und Verfahren dem Praxistest nicht standgehalten haben! Wir versprechen Ihnen, dass wir alle Anregungen sorgfältig und zügig auswerten und Konsequenzen ziehen werden, wo immer es sinnvoll ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren! Die Chancen unserer Lage in der Mitte Europas wollen wir viertens durch die konsequente Stärkung unserer außenwirtschaftlichen Potenziale nutzen. Besonders die Märkte Mittel- und Osteuropas eröffnen neue Perspektiven für unsere Wirtschaft.

Von zentraler strategischer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes ist fünftens die nachhaltige Verbesserung des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse hin zur Anwendung in der Wirtschaft. Jeder, der sich mit diesem Themenfeld beschäftigt, weiß, dass heute genau jene Regionen besondere Erfolge verbuchen, die den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft systematisch begleitet und entwickelt haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine ergänzende Bemerkung machen. Wer mich kennt, weiß, dass mich die Frage des Wissens- und Technologietransfers besonders beschäftigt. Die Region Berlin-Brandenburg mit ihrem wahrlich ungeheuren Reichtum an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist eine der profiliertesten und attraktivsten Wissenschaftsregionen Europas. Eine mit uns und unserer unmittelbaren Nachbarschaft vergleichbare Dichte von Forschungsinstitutionen, von Wissenschaftlern und wissenschaftlicher Kompetenz findet sich sonst kaum auf unserem Kontinent. Diese Situation bedeutet für uns auch in wirtschaftlicher Hinsicht im 21. Jahrhundert eine ungeheure Chance, ein ungeheures Potenzial. Es ist wahrlich ein einzigartiger Schatz, mit dessen systematischer Nutzung wir kaum begonnen haben.

Deshalb zählen Wissens- und Technologietransfer zu den Themen, um die wir uns und ich mich ganz speziell in den kommenden Jahren ganz besonders kümmern werden. Ich bin zu tiefst davon überzeugt: Hier können wir noch viel besser werden. Deshalb nehme ich mich dieser Frage ganz besonders an. Seien Sie sicher: Der angekündigte Beirat für Wirtschaft und Wissenschaft wird ein wichtiges Gremium der Beratungen und Entscheidungsvorbereitung für die Landesregierung werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, wenn es um wirtschaftliche Entwicklung geht, unser wichtigstes Infrastrukturprojekt und den Motor der Entwicklung unseres Landes in den nächsten Jahren: den Flughafen BBI. Wir brauchen diesen Flughafen, um Investitionen und Wachstum in Brandenburg zu sichern. Wir werden dieses Projekt deshalb mit aller Kraft vorantreiben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wissenschaft und Forschung sind unverzichtbarer Motor der Erneuerung Brandenburgs. Deshalb werden wir die Brandenburger Wissenschaftslandschaft weiter entwickeln. Der Ausbau der Hoch-

schulstandorte wird fortgesetzt. Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung werden trotz unserer bekannten Haushaltsprobleme in den nächsten Jahren nicht gekürzt.

Die strukturelle Entwicklung unseres Landes erfordert die Erhöhung der Studierendenquote auf mindestens ein dem der anderen Bundesländer vergleichbares Niveau. Deshalb wird die Ausbildungskapazität bis zum Jahre 2007 um 3 500 Studienplätze, insbesondere in den praxisorientierten Ausbildungsgängen, erweitert werden.

Die Hochschulen müssen sich auf dem nationalen und internationalen Bildungsmarkt im Wettbewerb mit anderen Hochschulen behaupten. Sie müssen durch ein unverwechselbares Profil und durch höchste Qualität konkurrenzfähig sein bzw. werden. Mit dem Hochschulpakt ist eine wichtige Voraussetzung für wissenschaftliche Spitzenleistungen aus und für Brandenburg geschaffen worden. Zielstellung ist dabei die Stärkung der Eigenverantwortung sowie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen. Sie sind damit schon auf dem richtigen Weg. Wir als Landesregierung werden alles dafür tun, dass dieser Weg weiterhin erfolgreich beschritten werden kann. Die Förderung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Brandenburg ist der Schlüssel für eine weitere gute Entwicklung in unserem Lande.

Meine Damen und Herren, unser strategischer Gesamtansatz für eine zukunftsfähige Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung wäre ohne eine enge Verzahnung mit einer zukunftsgerichteten Politik für mehr und bessere Bildung in Brandenburg allerdings von vornherein auf Sand gebaut. Mehr denn jemals zuvor ist die Bildung der Schlüssel für individuellen und gesellschaftlichen Fortschritt. Es ist wahrlich nicht übertrieben: Die Zukunft unseres Landes entsteht in den Köpfen unserer Kinder. Die demographische Situation unseres Landes habe ich vorhin bereits angesprochen, ebenso den schon heute einsetzenden Mangel an qualifizierten Fachkräften. Beide Entwicklungen sind Besorgnis erregend.

Umso wichtiger ist es, genau daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Unsere Kinder haben Anspruch auf eine qualitativ erstklassige Bildung. Wir dürfen kein einziges Kind mehr zurücklassen; jeder und jede wird gebraucht.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Kein Kind in Brandenburg darf unter seinen Möglichkeiten bleiben. Wir können es uns nicht leisten, die Schwächsten nicht besonders zu fördern. Ebenso wenig können wir es uns leisten, die Stärksten nicht besonders zu fördern. Weil sich an den Zukunfts- und Bildungschancen unserer Kinder und Enkelkinder zugleich das Schicksal unseres Landes entscheidet, werden wir beharrlich darauf hinarbeiten, Brandenburg zu einem kinder- und familienfreundlichen Land zu entwickeln. Dies sind die bildungs- und gesellschaftspolitischen Leit motive unserer Koalition.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dieses Ziel verfolgt die neue Koalition mit ihrer Bildungspolitik auf systematische und gezielte Weise. An den im Bundesvergleich hohen Standards der Kindertagesbetreuung in Brandenburg halten wir ausdrücklich fest. Damit tragen wir der inzwischen weithin unbestrittenen Einsicht Rechnung, dass die

Weichen für die Bildungs- und Lebenschancen der Menschen bereits im Vorschulalter gestellt werden. Wir werden deshalb den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten noch stärker betonen. Als Orte der Betreuung, der Erziehung und der Bildung sind die Kitas für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes unter den Bedingungen einer wissensorientierten Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung.

Mit der Einführung der Oberschule schafft die Regierungskoalition ein klares, übersichtliches und demographietaugliches Schulsystem für die Jahrgangsstufen 7 bis 10, das die Voraussetzungen für qualitativ hochwertigen Unterricht für alle Schüler in allen Regionen unseres Landes schafft. Die allgemeine Hochschulreife wird an Gymnasien nach 12 Jahren erreicht. Unser Ziel ist es, die Abiturientenquote bei gesicherten Qualitätsstandards weiterhin zu steigern. Wir wollen die Qualität von Schulen durch mehr Selbstständigkeit und mehr Selbstverantwortung erhöhen. Die größere Eigenständigkeit von Schulen, verstärkter Wettbewerb auch unter den Schulen sowie eine verbesserte Lehrerbildung und -fortbildung sind die entscheidenden Voraussetzungen für eine bessere Bildung für unsere Kinder.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ausdrücklich meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, dass institutionelle und gesetzliche Bestimmungen immer nur einen äußeren Rahmen setzen. Dies gilt für den schulischen Bereich genauso wie für alle anderen Bereiche des Lebens. Diesen äußeren Rahmen können die jeweils Beteiligten besser oder schlechter ausfüllen. Gerade im Hinblick auf die Zukunftschancen unserer Kinder scheint mir kaum etwas so wichtig zu sein wie das persönliche Engagement von Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen. Zur Motivation der Lehrerschaft kann und wird das Land bzw. die Landesregierung durch gute Fortbildung und die gesicherte Perspektive gesteigerter Beschäftigungsumfänge für alle Lehrerinnen und Lehrer beitragen.

Um es sehr deutlich zu sagen: Letzten Endes hängt die Qualität von Schulen und Kitas immer von dem Einsatz und der Kreativität der Menschen ab, die hier arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Dasselbe gilt für Behörden, Ministerien, Universitäten, Krankenhäuser und Unternehmen sowie für jede andere denkbare Institution oder Organisation. Überall kommt es letztlich auf die Menschen an: darauf, wie engagiert sie arbeiten, ob sie solidarisch zusammenstehen und für Schwächere und Benachteiligte eintreten. Auch kommt es darauf an, wie sie die existierenden Spielräume und Möglichkeiten zum Wohle ihrer gemeinsamen Angelegenheiten nutzen. Die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs entscheiden selbst darüber, welchen Weg unser Land in den kommenden Jahren einschlagen wird. Staat und Politik müssen die Rahmenbedingungen vorgeben und Anreize setzen. Viel hängt selbstverständlich davon ab, dass es die richtigen Rahmenbedingungen und die richtigen Anreize sind. Dennoch sind am Ende jeder Staat und jede Politik auf das solidarische Engagement, die vielfältigen Erfahrungen und die bürgerschaftliche Selbsthilfe der Gesellschaft angewiesen.

Gerade in schwierigen Zeiten bildet bürgerschaftliches Engagement das Rückgrat jedes demokratischen und freiheitlichen

Gemeinwesens. Die tagtägliche ehrenamtliche Leistung der vielen Vereine, der freiwilligen Feuerwehren sowie der Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen aller Art für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die unzähligen ehrenamtlich Engagierten in den Dörfern und Städten lassen das Herz dieser Gesellschaft schlagen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Gerade das gesellschaftliche Leben in den ländlichen Regionen wäre ohne die freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger - unter ihnen übrigens viele höchst aktive „junge Alte“ - völlig undenkbar. Wir alle können und wollen auf den Einsatz und die Erfahrungen der ehrenamtlich engagierten Menschen nicht verzichten. Wir brauchen sie als Ideengeber und Motoren des gesellschaftlichen Fortschritts in unserem Land.

Meine Damen und Herren, einen ganz besonderen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Brandenburg leistet der Sport. Nicht ohne Stolz erinnern wir uns daran, dass erst vor wenigen Wochen Athletinnen und Athleten aus unserem Land allein fünf, also mehr als ein Drittel der insgesamt 14 Goldmedaillen für Deutschland, in Athen errungen haben. Doch genauso wichtig für unser Land wie unsere hervorragenden Spitzen- und Leistungssportler sind die unzähligen ehrenamtlichen Aktiven im Freizeit- und Breitensport: die Trainer und Übungsleiter ebenso wie die Eltern und Großeltern, die überall in Brandenburg Wochenende für Wochenende als Betreuer oder Fahrer von Kinder- und Jugendmannschaften in unserem Land unterwegs sind. Auch dies ist ein wichtiges und oftmals zeitaufwendiges Tun für unser Gemeinwohl. Ihnen allen gebührt unser Respekt und unser Dank, den ich hiermit in aller Form ausspreche.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, unser Gemeinwesen lebt davon, dass sich viele Menschen für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen. Deshalb ist es nicht nur eines der herausragenden Anliegen der neuen Landesregierung, sondern auch mir persönlich ganz besonders wichtig, Engagement und Eigeninitiative der Menschen in Brandenburg zu stärken, wo immer es möglich ist. Die neue Landesregierung wird deshalb in der Staatskanzlei eine Koordinierungsstelle schaffen, die sich systematisch um den Aufbau und die Aufwertung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement in Brandenburg kümmert. Eine starke, aktive und intakte Bürgergesellschaft engagierter Menschen ist nämlich zugleich die beste und sicherste Versicherung gegen jede Form von Extremismus.

Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Aufbau und die Verbesserung ihres Gemeinwesens engagieren, sind nicht empfänglich für dumpfe Parolen und für Gewalt. Sie wissen aus eigener Erfahrung am besten, dass Intoleranz und Hass eine Gesellschaft immer nur auseinander treiben und zerstören, aber niemals zusammenführen können. Die neue Regierungskoalition ist sich darin einig, dass der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Brandenburg herausragende Bedeutung zukommt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unser Land. Der Rechtsextremismus schadet unserem Land und dem Wirt-

schaftsstandort Brandenburg. Mit einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft sind solche Tendenzen völlig unvereinbar. Sie dürfen und sie werden in der Mitte der Brandenburger Gesellschaft keinen Platz finden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Die Brandenburger Regierung hat in der Vergangenheit mit ihrer Strategie der Repression rechtsextremistischer Tendenzen beträchtliche Erfolge erzielt. Diesen Kurs werden wir mit aller Entschlossenheit fortsetzen. Zugleich werden wir die Jugendarbeit gezielt verstärken und die politische Aufklärung intensivieren, um alle gesellschaftlichen Abwehrkräfte gegen Intoleranz, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus zu mobilisieren. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wird weiterentwickelt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Koalitionspartner bekennen sich mit aller Entschiedenheit zu den in der Geschichte Brandeburgs wurzelnden Traditionen der Toleranz und der Weltoffenheit. Wir werden diese Traditionen verteidigen und ausbauen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Offenheit für neue Lösungen, Offenheit für unkonventionelle Ideen, Offenheit für die Chancen des Wandels - das muss zugleich das Motto für unsere ländlichen und dünn besiedelten Regionen sein. Uns allen sind die enormen Herausforderungen bewusst, die insbesondere der demographische Umbruch für die Menschen in den berlinfernen Landschaften unseres Landes bedeutet.

Es mag zuweilen nahe liegen, vor allem die negativen Aspekte dieses Wandels in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. Das ist verständlich, birgt aber aus meiner Sicht die Gefahr, dass wir vor lauter Bedauern über die Veränderungen die damit zugleich entstehenden Entwicklungschancen übersehen und ungenutzt lassen. Diese Entwicklungschancen für den ländlichen Raum gibt es; sie werden in dem Maße Wirklichkeit, wie wir diesen Wandel offensiv auch als Herausforderung annehmen.

Ziel allen politischen Handelns muss und wird es sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherzustellen und den Menschen gleiche Chancen ihrer Entfaltung zu ermöglichen.

Die Menschen wissen längst, dass ihnen im ländlichen Raum natürlich einiges zugemutet wird: Längere Wege zum Arbeitsort, aber auch zum Arzt oder zur Post sind zurückzulegen. Sie haben schon die Erfahrung machen müssen, dass ihre Kita oder ihre Schule geschlossen worden ist. Es wird auch immer schwieriger, Ärzte für die Nachbesetzung frei werdender Arztpraxen oder auch für Krankenhäuser zu finden.

Das sind nicht die einzigen Herausforderungen auf dem Gebiet der sozialen Infrastruktur. Eines ist sicher: Die Wege werden nicht kürzer. Damit die Lebensqualität erhalten bleiben kann, braucht es intelligente Lösungen. Diese zu finden ist eine der zentralen Aufgaben der Landesregierung und natürlich der Akteure vor Ort. Ich meine, die Einrichtung der Oberschulen ist eine solche wichtige Antwort auf die demographischen Veränderungen.

Weil Mobilität für alle wichtig ist und nicht alle über einen eigenen Pkw verfügen, muss die Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum durch innovative Konzepte, zum Beispiel Rufbusse, weitgehend gesichert werden.

Diese und weitere komplexe Aufgaben können nur - auch hier finden wir es wieder - ressortübergreifend bewältigt werden. Wir werden noch in diesem Jahr einen Bericht zum demographischen Wandel vorlegen. Er wird Strategien und Konzepte für den Umgang mit den Herausforderungen in allen Politikfeldern beschreiben.

Meine Damen und Herren! Uns muss klar sein: Die demographische Entwicklung kann nicht kurzfristig umgekehrt werden. Die Landespolitik muss alles tun, um die negativen Folgen zu mindern. Hierzu brauchen wir den Stadtbau und die Instrumente der Stadtentwicklung, um die Städte als Anker im ländlichen Raum und als Kristallisationskerne für Entwicklung zu stärken. Die ländlichen Räume müssen als Wirtschafts-, Sozial-, Natur- und Siedlungsräume weiterentwickelt werden. Dazu werden wir im Sinne einer Politik der integrierten ländlichen Entwicklung Fördermöglichkeiten innerhalb der Landesregierung umfassend verfügbar machen.

Meine Damen und Herren! Auch wenn im Namen des zuständigen Ministeriums das Wort „Landwirtschaft“ nicht mehr erscheint, will ich hier ausdrücklich betonen, dass die weitere Stärkung und Stabilisierung der landwirtschaftlichen Unternehmen bei der Entwicklung des ländlichen Raumes für die Landesregierung entscheidende Bedeutung hat. Die Agrarbetriebe sind nach wie vor die größten Arbeitgeber in unseren Dörfern. Die Landesregierung unterstützt deshalb die Agrarwirtschaftsinitiative Brandenburg, die auch auf die Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten setzt. So beinhaltet die Initiative die Stabilisierung der Veredelungswirtschaft in Brandenburg, durch die neue Geschäftsfelder für die Landwirte erschlossen werden. Ich denke da zum Beispiel an die Energieerzeugung aus Biomasse. Dies ist auch Teil unserer Energietechnologieinitiative, die verstärkt auf die Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzt.

Die Landesregierung verfolgt weiterhin eine nachhaltige Umweltpolitik mit dem Ziel der Sicherung der brandenburgischen Kultur- und Naturlandschaften. Dabei setzen wir verstärkt auf Akzeptanzgewinnung und Konfliktvermeidung.

Wachstumschancen bietet nach wie vor der Tourismus. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für ganz Brandenburg, insbesondere für den ländlichen Raum. Die Potenziale des Reiselandes Brandenburg sind noch lange nicht ausgeschöpft. Noch hat sich nicht überall herumgesprochen, wie schön unsere Landschaften sind. Mit der Entwicklung einer vielseitigen Natur- und Kulturlandschaft können weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir als Landesregierung sehen unsere Aufgabe insbesondere darin, die touristische Vermarktung deutlich voranzubringen. In diesem Zusammenhang will ich sehr klar sagen: Die Regierungskoalition spricht sich gegen die Wiederinbetriebnahme des Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide aus.

(Beifall bei SPD und PDS sowie vereinzelt bei der CDU)

Stattdessen setzen wir gemeinsam mit den Menschen aus der Region auf die Entwicklung der touristischen Potenziale.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jegliches Regierungshandeln bleibt auch in den nächsten Jahren von einer zentralen Zukunftsaufgabe umfasst, nämlich der wirksamen und sparsamen Verwendung der von den Bürgern bereitgestellten Mittel. Nachhaltigkeit ist auch beim Umgang mit den öffentlichen Ressourcen zwingend erforderlich. Die Koalitionspartner sind sich völlig einig, dass es zu dem eingeschlagenen Weg der Konsolidierung keine Alternative gibt. Deshalb wird die Landesregierung ihren Kurs der sparsamen Haushaltsführung konsequent fortführen.

(Zuruf von der PDS: Den müssen Sie erst einmal finden!)

Wir sind unseren Kindern als der Zukunft unseres Landes einen vernünftigen Umgang mit Geld schuldig. An Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau geht in Zukunft kein Weg vorbei.

Die Eckwerte lauten:

Die Nettokreditaufnahme soll - das Zutreffen der derzeitigen Steuerprognose unterstellt - um 145 Millionen Euro¹ jährlich verringert werden und bis spätestens 2010 auf null reduziert sein. Jeder, der sich damit auch nur aus der Ferne beschäftigt hat, weiß: Das ist eine wahre Herkulesaufgabe. Das bedeutet nämlich, dass wir an vielen Stellen Einschnitte vornehmen und auf manche Förderung, die uns lieb geworden ist, verzichten müssen. Bei der Aufstellung des Haushalts für das kommende Jahr werden wir beweisen müssen, ob wir dies können.

Dennoch werden wir uns nicht handlungsunfähig kürzen; insbesondere die Schwerpunktfelder Wirtschaft und Arbeit sowie Bildung und Wissenschaft werden ausreichend ausgestattet sein. Wir müssen uns allerdings zwingen, die Förderprogramme noch besser aufeinander abzustimmen, um möglichst große Effekte zu erzielen. Ich sehe hier noch einigen Gestaltungsraum.

Ein wichtiges Ziel dabei ist es, eine möglichst hohe Investitionsquote zu sichern. Das funktioniert nur, wenn die Höhe der konsumtiven Ausgaben permanent kritisch überprüft und so weit wie möglich zurückgeführt wird.

Dabei sind wir uns allerdings bewusst, dass in der Wissensgesellschaft Bildungs- und Forschungsleistungen Investitionen sind - Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren! Staatliche Verwaltung in Brandenburg ist effizienter geworden. Diesen Weg der Verwaltungsmodernisierung werden wir weiter beschreiten. Die Prioritätensetzung ist auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels verstärkt darauf gerichtet, welche Aufgaben das Land zwingend wahrnehmen muss, welche es selbst erfüllen muss und bei welchen es wirtschaftlicher oder sinnvoller ist, sich bei der Erfüllung Dritter zu bedienen.

Innerhalb der Landesverwaltung sollen zukünftig verstärkt betriebswirtschaftliche Elemente eingeführt werden. Innovative

¹ richtig: 175 Millionen Euro; siehe Rede Ministerpräsident Platzeck S. 28

Betreiber- und Finanzierungsmodelle können nach Auffassung der Koalitionspartner ein Weg sein, den Haushalt zu entlasten. Begleitet von den entsprechenden Modernisierungsmaßnahmen in der Landesverwaltung wird der Personalbestand bis 2009 auf 51 000 Stellen abgebaut. Dies wird sozialverträglich erfolgen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich darf ein Thema nicht fehlen: Brandenburg und Berlin. Ich sage es hier noch einmal klar und deutlich im Kontext der Diskussion der letzten Tage: Der Zusammenschluss dieser beiden Länder ist weiterhin politisch und auch wirtschaftlich sinnvoll. Die Koalition hält deshalb an diesem Ziel fest. Aber ich sage genauso klar und deutlich: Vor einer erneuten Volksabstimmung muss Klarheit über die Finanzperspektive insbesondere Berlins bestehen; denn anderenfalls ist es allen Sprüchen, die da hüben und drüben gemacht werden, zum Trotz nicht realistisch, mit der Zustimmung der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu rechnen. Ein zweiter Fehlschlag bei einem Fusionsanlauf würde dauerhaft das Aus für ein gemeinsames Land bedeuten. Das kann nicht im Sinne der beiden Länder sein.

Unabhängig davon werden wir die konkrete Zusammenarbeit in Form von Projekten weiter forcieren, wie wir dies in den letzten Jahren auch schon mit etlichen Erfolgen - ich erinnere an die Zusammenlegung der Obergerichte, ich erinnere an die Zusammenlegung der Rundfunksender und an den Verkehrsverbund - bereits getan haben.

(Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren, Brandenburg steht heute vor großen Aufgaben. Es steht fest, dass die vor uns liegenden Jahre harte Jahre sein werden. Sie werden unsere ganze Kraft erfordern. Die innere Erneuerung unseres Landes ist notwendig. Doch in der Größe der Herausforderungen liegt zugleich auch die Chance für neuen Zusammenhalt und neuen Teamgeist. Der Aufbruch für Brandenburg liegt im gemeinsamen Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Jede und jeder ist gefragt, auf jeden Einzelnen kommt es an. Wir werden uns - auch das ist wahr - unheimlich anstrengen müssen. Aber damit kann zugleich das befriedigende Gefühl entstehen, für die richtige Sache gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Diese richtige Sache, für die es sich zu kämpfen lohnt, und zwar mit Leidenschaft, heißt Brandenburg. Zu Recht erwarten die Brandenburgerinnen und Brandenburger gerade in dieser schwierigen Phase von ihrer Landesregierung verantwortliche, zielgerichtete und zupackende politische Führung. Zu Recht erwarten sie klare Orientierung und klare Worte und zu Recht erwarten die Brandenburger Mannschaftsspiel und Zusammenhalt bei den Fraktionen und Parteien, die diese Landesregierung tragen. Zu Recht erwarten sie konstruktive Kritik, Realismus und eigene Ideen von der großen Oppositionspartei im Brandenburger Landesparlament.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Die bekommen sie auch!)

Meine Damen und Herren, ich teile all diese Erwartungen an die demokratischen Parteien dieses Landes, an die demokratischen Fraktionen dieses hohen Hauses und schließlich auch an mich selbst. Wir alle dürfen die in uns gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen. Die neue Koalition aus SPD und CDU

nimmt die Herausforderung für die Erneuerung unseres Landes an. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Ich danke dem Ministerpräsidenten. Wir treten damit in die Debatte zur Regierungserklärung ein. Es beginnt die Fraktion der PDS mit der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann. Sie haben das Wort.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich gestehe, meine Erwartungen an Ihre heutige Rede waren nicht allzu hoch. Deswegen konnten sie auch nicht enttäuscht werden. Wie aber gehen Sie mit der Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler um? Nach der verlorenen Landtagswahl haben Sie starke Worte gefunden. Sie haben von einem - auch heute wieder - entschlossenen zweiten Aufbruch gesprochen. Sie haben erklärt, Politik müsse offensiver, näher an den Leuten und vor allem ehrlicher sein. Es reicht aber nicht, über sieben Entwicklungstrends zu sprechen und dabei stehen zu bleiben. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen und es ist falsch, sie einzig als Bedrohung zu verstehen, sondern sie ist wirklich als Herausforderung, als Chance zu verstehen. Herr Ministerpräsident, Politik muss verantwortungsbewusster, innovativer, nachhaltiger und vor allem sozialer sein.

(Beifall bei der PDS)

Daran gemessen sage ich Ihnen: Klare, überzeugende Konzepte für Schuldenabbau, für eine wirkliche Bildungsreform, für eine an Nachhaltigkeit orientierte Wirtschaftspolitik, für eine wirkliche Wende in der Beschäftigungspolitik, für starke und lebenswerte Kommunen - Fehlmeldung! Die angekündigte Erneuerung aus eigener Kraft ist eine hohle Sprechblase und klingt eher nach Schmoren im eigenen Saft.

(Beifall bei der PDS)

Ihr Regierungsbündnis, das einmal den Anspruch erhob, eine große Koalition zu sein, ist mittlerweile eine kleine geworden, eine kleine Koalition der Verlierer,

(Schulze [SPD]: Sind Sie überheblich!)

ein machtpolitisch begründetes Schutz- und Trutzbündnis gegen die Abwendung der Brandenburgerinnen und Brandenburger von Ihrer Politik und gegen demokratische und soziale Alternativen, die bei diesen Wahlen erheblich gestärkt wurden, Herr Schulze.

(Beifall bei der PDS)

Ja, Herr Ministerpräsident, auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner konnten Sie sich verständigen - nur, miteinander regieren braucht viel mehr.

(Schulze [SPD]: Sie haben ja nicht einmal einen gemeinsamen Nenner!)

- Herr Schulze, Sie kommen gerade zum Stichwort. Die Turbu-

lenzen kurz nach der Regierungsbildung sprechen nicht gerade von gut geölten Rädern.

(Beifall bei der PDS)

Kaum ist der Koalitionsvertrag unterzeichnet, kaum sind also Länderfusion und damit gleich auch noch die Entwicklung der Kooperation mit Berlin auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, tritt der christdemokratische Wirtschaftsminister aus der Formation aus und verlangt öffentlich nun doch wieder einen konkreten Fusionstermin. Sein Fraktionsvorsitzender springt ihm bei, woraufhin dessen sozialdemokratisches Pendant erklärt, er verstehe nun gar nichts mehr - und der Ministerpräsident steht hilflos daneben. Wahrlich ein überzeugender Beweis neuer Führungsstärke und neu gewonnener politischer Gemeinsamkeit.

(Beifall bei der PDS - Sarrach [PDS]: Mannschaftsspiel!)

Offenkundig ist nur eins: Sie haben eine Koalitionsvereinbarung unterschrieben. Wirklich vereinbart haben Sie nichts.

Was wir in Brandenburg brauchen, ist kein Bündnis gegen etwas, sondern ein Bündnis für Zukunft, für soziale Gerechtigkeit, für eine neue Chance für Ostdeutschland, für moderne Bildung für alle. Ein solches Bündnis war nach dem 19. September möglich. Ein solches Bündnis ist von den Wählerinnen und Wählern gewollt und gewählt worden.

Die Kraft und den Mut für einen wirklichen Politikwechsel haben Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, nicht gefunden. Da war der Gang mit der CDU ins alte Bett wesentlich bequemer. Die von Ihnen selbst angemahnte Ehrlichkeit lässt auf sich warten. Die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs erwarten klare Antworten und konkret formulierte Ziele. Sie wollen wissen, wo es langgeht. Dann sind sie nämlich auch bereit mitzuziehen. Dann würden sie auch wieder Mut und Hoffnung schöpfen, dass es sich lohnt. Das wäre ein wirklicher Aufbruch, so wie ich ihn verstehe.

Solch eine Regierung und im Übrigen auch solch eine Regierungserklärung hätten wir gebraucht, meine Damen und Herren. Solch eine Opposition wird das Land nun bekommen. Ich verrate Ihnen: Meine Fraktion brennt darauf, ihre deutlich gestärkte Kompetenz, Herr Ministerpräsident, auch konstruktive Kritik, Realismus und eigene Ideen einer solchen Oppositionspolitik einzubringen.

(Beifall bei der PDS)

Glauben Sie ja nicht, meine Damen und Herren, dass es in den Amtsstuben gemütlich wird. Wir werden mit Ihnen nicht auf den wolkigen Höhen von Koalitionsvertrag und Regierungserklärung streiten. Von Anfang an werden wir unsere Vorschläge, unsere alternativen Politikangebote in die Auseinandersetzung einbringen. Die zehn Punkte unseres im Wahlkampf vorgestellten 100-Tage-Programms waren kein Werbegag. Das Programm enthält die dringlichsten Aufgaben, die am Beginn dieser Legislaturperiode in Angriff genommen werden müssen. Sie haben schon in dieser Woche Gelegenheit, sich damit konkret auseinander zu setzen. Wir haben eine Bundesratsinitiative zu Hartz IV, den Vorschlag zur Novellierung des Schulgesetzes und einen Antrag für eine Härtefallkommission eingebracht.

(Beifall bei der PDS)

Einen besonderen Stellenwert wird die Auseinandersetzung um Ihren Haushaltsentwurf bekommen. Herr Speer betritt da neues Terrain, nicht nur fachlich. Herr Minister, jetzt müssen Sie aus der Deckung kommen und sich an konkreten politischen Vorgaben messen lassen. Es reicht nun nicht mehr, im Hintergrund die Strippen zu ziehen und die Figuren zu schieben.

Jetzt werden Sie für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar. Ich befürchte, Ihre Arbeitsinstrumente werden vor allem großzügige Haushaltssperren und der Rotstift sein. Das wird vielen Menschen die Augen öffnen.

Wir haben Ihnen im Wahlkampf gesagt, dass man die Haushaltskrise des Landes ohne einen Kassensturz nicht bewältigen kann.

(Schulze [SPD]: Wo waren Sie, als der Haushalts- und Finanzausschuss in den letzten fünf Jahren tagte?)

- Herr Schulze, das war wirklich unter Ihrem Niveau. Ich habe Sie für klüger gehalten.

Ich sage Ihnen auch heute wieder: Wenn Sie sich nicht endlich ehrlich die Karten legen, dann ziehen Sie das Land noch tiefer in die Schuldenfalle. Ehrlichkeit ist auch hier zwingend erforderlich. Sie aber schließen die Augen, wenn Sie verkünden, die Nettokreditaufnahme solle bis spätestens 2010 auf null reduziert sein. So sind Sie auch vor fünf Jahren gestartet. Am Ende war die Verschuldung von 12 auf 17,5 Milliarden Euro gewachsen

(Zurufe von der SPD)

und die Investitionsquote so gering wie noch nie. Für Ihre Finanzpolitik, meine Damen und Herren von SPD und CDU, zahlt Brandenburg einen hohen Preis, den Verlust an Substanz, an Lebenschancen, an wirtschaftlichen und sozialen Potenzen.

(Lunacek [CDU]: Sie wollen noch mehr Schulden! - Zurufe von der SPD)

- Ich verstehe gar nicht, warum Sie sich so aufregen. - Jetzt lavieren Sie schon wieder. Herr Baaske hat mal eben im Radio den Vorbehalt angemeldet, Konsolidierung gehe natürlich nur dann, wenn entsprechende Steuereinnahmen kämen. Genau dafür tun Sie zu wenig. Ihr Ziel für 2010 ist damit bereits heute Makulatur.

Wer die unbestreitbar notwendige Sanierung des Haushalts schaffen will, braucht ein tragfähiges politisches Leitbild für Brandenburg, eine Vorstellung davon, wie der Mix aus Konsolidierung und Stabilisierung auf der einen Seite und von Ertrag bringenden Investitionen in die Zukunft des Landes auf der anderen Seite aussehen soll.

Schließlich fordern wir eine kritische Überprüfung der vielfältigen Beteiligungen des Landes.

Wer das Land sanieren will, darf sich nicht jeder Steuerreform des Bundes kritiklos unterwerfen.

(Beifall bei der PDS)

Im Gegenteil: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer zum Beispiel - das war eine Forderung der SPD, an die ich Sie gern erinnern möchte -

(Zurufe von SPD und CDU)

könnte Brandenburg immerhin eine halbe Milliarde Euro bringen. Werden Sie im Interesse Brandenburgs endlich aktiv!

Die Hauptsorge der Menschen in unserem Lande heißt Arbeit. Deswegen geht es alle Jahre wieder um mehr als darum, Arbeitslosigkeit zum Problem Nr. 1 zu erklären. Es muss endlich etwas passieren. Noch immer verschwinden mehr Arbeitsplätze als neue entstehen. Wir benötigen dringend mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Ihre Antwort heißt auch heute wieder Hartz IV. Was ist das für eine Antwort? Sie wissen doch selbst: Die Arbeitslosigkeit wird mit Hartz IV nicht beseitigt, sondern verschärft. Die Einkommenslage von großen Teilen der Bevölkerung wird nicht verbessert, sondern verschlechtert. Hartz IV unterstützt mit der Zumutbarkeitsklausel und der Einführung der so genannten 1-Euro-Jobs den breit angelegten Angriff auf Tarife und Löhne. Es wird zu erheblichen Verlusten bei der Kaufkraft kommen.

Auch wir sind für gleich hohe Zahlbeträge in Ost und West sowie für eine flexible Stichtagsregelung für den Umgang mit Schonvermögen bei Älteren. Aber ist das der ganze Änderungsbedarf bei Hartz IV? Angesichts der großen Ungerechtigkeiten und erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken sowie der Fehler im Gesetzeswerk wohl kaum.

Offen bleibt auch, wie Sie diese Korrekturen erreichen wollen.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Furchtbar!)

- Das müssen ausgerechnet Sie sagen. Unsere Argumente gegen Hartz IV haben wir doch gerade von Ihnen. Danke, Frau Schröder.

(Beifall bei der PDS)

Wir haben Ihnen unseren Vorschlag auf den Tisch gelegt. Prüfen Sie ihn gründlich. Opfern Sie die berechtigten Interessen der Betroffenen nicht wieder einer falsch verstandenen Partei-
rason.

Ich möchte beim Thema Arbeit bleiben und jetzt zu den Unternehmen im Lande Ausführungen machen. Welche Antwort geben Sie ihnen? Sie konzentrieren Investitionen und Wirtschaftsförderung auf Schwerpunkte. Das soll wirklich helfen gegen Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel und Strukturschwäche? Unternehmen haben einen berechtigten Anspruch auf Anstrengungen der Landesregierung zur Konsolidierung und Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Behaupten Sie jetzt nicht wieder, es sei - zum Beispiel für den von uns vorgeschlagenen Regionalfonds von 150 Millionen Euro - kein Geld vorhanden. Er sollte durch die Bündelung der gegenwärtig auf verschiedene Ministerien aufgesplitteten EU-Strukturfondsmittel ermöglicht werden.

Überhaupt halte ich es für dringend notwendig, dass Sie sich wieder einmal mit Europa beschäftigen. Gegenwärtig werden in Brüssel die Weichen für die Vergabe der Strukturfondsmittel nach 2007 gestellt. Jetzt werden dort die Debatten über die Neugestaltung der Förderkonditionen geführt. Jetzt besteht die große politische Chance, zusammen mit der EU einen Umbau der Förderprogramme entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen zu vollziehen. Sie müssen dafür jetzt dort Bedarf anmelden. Das ist nicht nur Sache

des Bundes, sondern auch der Länder. Wir fordern Sie auf, hier endlich tätig zu werden.

(Beifall bei der PDS)

Von der Landesregierung erwarten wir unverzüglich Maßnahmen zur Stabilisierung und Konsolidierung der kleinen und mittleren Unternehmen. Notwendig ist erstens eine bessere Risikokapitalabsicherung. Dafür haben wir Bürgschaftsprogramme vorgeschlagen, die den Unternehmen helfen und zugleich den Haushalt entlasten.

Überfällig ist zweitens die Veränderung der Vergabep Praxis bei öffentlichen Ausschreibungen.

(Beifall bei der PDS)

Ein Landesvergabegesetz muss endlich her. Im Wahlkampf haben Sie es wieder versprochen. Im Koalitionsvertrag ist es gestrichen.

Drittens muss investiert werden. Wir brauchen eine deutliche Stärkung der Investitionskraft der Kommunen. Das ist Mittelförderung pur. Das sichert und schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei der PDS)

Was aber machen Sie? Sie behaupten, Sie hätten aus dem Scheitern der Großprojekte etwas gelernt und setzten nun vor allem auf die heimische Wirtschaft. Was aber ist diese Ankündigung wert, wenn Sie dann doch ausrufen, der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Single-Airport Berlin Brandenburg International sei das zentrale Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklungsprojekt dieser Legislaturperiode?

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

- Ausgerechnet Sie, Herr Schulze! Eigentlich hätten Sie jetzt Beifall klatschen müssen.

(Beifall bei der PDS - Schulze [SPD]: So viele Pirouetten wie Sie kann nicht einmal eine Eisballerina vollführen!)

Sie plädieren nach wie vor für eine öffentliche Finanzierung. Angesichts der Kostenprognosen für diesen Flughafen in Höhe von 1,7 bis 2,5 Milliarden Euro wahrlich eine mutige Entscheidung! Wollen Sie wieder bei einer typischen Entwicklung eines brandenburgischen Großprojekts landen? Wenn Sie das nicht wollen, dann weisen Sie unsere Forderung nach einer Wirtschaftlichkeitsprüfung und nach einem verantwortbaren und seriösen Finanzierungskonzept nicht zurück.

(Beifall bei der PDS)

Das Thema Flughafen gehört ins Parlament. Der Landtag muss aus den Untersuchungsausschüssen der letzten Legislaturperiode endlich praktische Konsequenzen ziehen und diese mit Schlussfolgerungen aus dem Planfeststellungsbeschluss zu Schönefeld verbinden. Solange noch Tausende von Klagen anhängig sind, ist dieser Beschluss auszusetzen.

Wie soll Wertschöpfung, also Produktion, Beschäftigung und Einkommen, in den ländlichen Räumen künftig gesichert werden? Wie soll die Wettbewerbsfähigkeit der Land-, Forst- und

Ernährungswirtschaft weiter erhöht werden? Haben Sie das Missverhältnis zwischen produktiven und nicht produktiven Investitionen erkannt und, wenn ja, wie wollen Sie das verändern? Es kann doch nur einen vernünftigen Ansatz geben, nämlich den, die agrarpolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Vorzüge der brandenburgischen Agrarstruktur immer mehr zu echten Wettbewerbsvorteilen ausgebaut werden. Das bedeutet auch, mit Mut und Kreativität zu offenen, ressortunabhängigen Investitionsförderungen überzugehen und steuerliche Bremsen zu lösen.

Im Zentrum muss aus unserer Sicht stehen - insoweit decken sich unsere Vorstellungen zum Teil mit dem, was der Ministerpräsident hier ausgeführt hat -, die Veredelungswirtschaft insbesondere auf dem Gebiet der Rinderwirtschaft zu erhalten und auszubauen, Brandenburg wieder zum Gemüsegarten Berlins zu machen, die Gewinnung alternativer Energie aus Biomasse und nachwachsenden Rohstoffen zu intensivieren. Dazu gehört natürlich auch, die anhaltende Benachteiligung gerade der LPG-Nachfolgebetriebe Schritt für Schritt abzubauen. Das Landwirtschaftsaltschuldengesetz der rot-grünen Bundesregierung, unterstützt durch die schwarz-gelbe Bundesratsmehrheit, wird dem nicht gerecht.

Mehrfach haben wir in diesem Hause auch auf die existenziell bedrohlichen Beeinträchtigungen der Liquidität sowie der Investitions- und Kreditfähigkeit betroffener Agrarbetriebe hingewiesen. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Auswirkungen in ihrer Differenziertheit bewertet und Maßnahmen gegen Gefährdungen von Betrieben ergreift, was zum Beispiel Bürgschaften und zinsgünstige Kredite durchaus einschließt.

Völlig unklar ist mir, wie man in Brandenburg regieren kann, ohne eine einzige Aussage zur Bodenpolitik zu machen. Wenn es dabei bleibt, dass die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH nach Ablauf der Pachtverträge frei werdende ehemals volkseigene Flächen über ein Ausschreibungsverfahren zum Höchstgebot verkaufen soll, dann droht kapitalschwachen Betrieben das Ende durch Flächenentzug. Das muss durch eine Bundesratsinitiative verhindert werden.

(Beifall bei der PDS)

Zu einem Durchbruch in Sachen berufliche Ausbildung haben Sie sich ebenfalls nicht durchgerungen. Sicherlich ist es so, dass staatlich finanzierte Lückenschlussprogramme zurzeit unverzichtbar sind, um jedem ausbildungswilligen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten. Aber eine Lösung mit Perspektive ist das nicht.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Wo sind denn Ihre?)

- Daran haben Sie ja kräftig mitgearbeitet.

Denn das Bekenntnis zu Lückenschlussprogrammen heißt im Umkehrschluss, dass die Landesregierung auch künftig eine Finanzierung der Erstausbildung über eine Ausbildungsplatzumlage ablehnt. Das sehen wir anders.

Die aktuelle Situation beweist, dass das unverbindliche Übereinkommen von Bundesregierung und Unternehmerverbänden gescheitert ist. Sorgen Sie, Herr Ministerpräsident, mit dafür, dass der auf Eis liegende Bundesgesetzentwurf für eine Ausbildungsplatzumlage endlich auf den Weg gebracht wird!

Übrigens vermisste ich bei Ihnen auch die Bereitschaft zu einer deutlich höheren Ausbildungsquote in der Landesverwaltung. Auch hier ist Brandenburg weiterhin Schlusslicht.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bildungspolitik war eines der zentralen Themen des Wahlkampfes - zu Recht. Durch die Ergebnisse von PISA und die nachfolgenden Studien sind die Bürgerinnen und Bürger zutiefst beunruhigt; sie wurden in ihrem unguten Gefühl das brandenburgische Bildungswesen betreffend bestärkt.

PISA hat auch gezeigt, dass man nicht auf Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen schauen muss, wenn man das Bildungswesen verbessern will, sondern eher auf Finnland - und damit auch ein wenig auf die DDR.

(Vereinzelt Gelächter bei der SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben im Wahlkampf gern an Ihre Reise nach Finnland erinnert. Das machte Hoffnung. Doch sie ist zerstoßen. Wir werden im Zusammenhang mit dem Schulgesetz darüber noch ausführlich reden.

(Vereinzelt Gelächter bei der SPD)

Zu einigen Knackpunkten will ich dennoch etwas sagen. Wir wollten, dass Mädchen und Jungen möglichst lange gemeinsam lernen, und haben daher auf den neuen Schultyp der integrativen Sekundarschule gesetzt. Gesamt- und Realschulen sollten darin zusammengeführt werden. Was bekommen wir nun? Ihre Oberschule. Unter deren Dach aber zementieren Sie - ganz nach den Wünschen der CDU - das gegliederte Schulsystem, zum Beispiel durch die kooperative Form und die Bezeichnung der Schulabschlüsse. So holen Sie die Hauptschule hintenherum wieder herein. Zugleich werden die so genannten Schnellläuferklassen weiter gestärkt. Von einem klaren, übersichtlichen Schulsystem kann weiß Gott keine Rede sein.

(Beifall bei der PDS)

Auch wenn Sie vorgeben, anderes zu wollen, erklären Sie de facto die sechsjährige Grundschule zum Auslaufmodell. Das ist der Bruch sozialdemokratischer Wahlversprechen - nichts anderes.

(Beifall bei der PDS)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben zugesichert, die SPD verspreche im Wahlkampf nichts, was sie nach den Wahlen nicht halten könne. Ihr Motto heute aber lautet: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?

Das gilt im Übrigen auch für den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Die SPD-Bildungspolitikerin, Frau Siebke, hat noch im Wahlkampf die Einschränkung dieses Rechtsanspruchs als Fehler bezeichnet, der zu korrigieren sei. Auch davon ist nun keine Rede mehr.

Ihre Halbherzigkeit in Sachen Bildung führt dazu, dass auch weiterhin Schulen vor allem im ländlichen Raum geschlossen, die Schulwege länger werden und noch mehr Eltern Beiträge zur Schülerbeförderung zu zahlen haben.

Überhaupt fällt auf, dass die gesamte Kinder- und Jugendarbeit

nur als Problemfeld und Defizitpool betrachtet wird; zu unauffälligen Jugendlichen finden wir nichts. Soziale Belange spielen keine Rolle: Es gibt keine Definition familiär bedingter Defizite. Es gibt keine Vorhaben zur inhaltlichen Entwicklung, zur Finanzierung, zur Zahl der Schulsozialarbeiter und zu deren Verteilung auf Schulen. Vom 610-Stellen-Programm ist keine Rede. Unverbindlich findet zwar der Landesjugendplan Erwähnung, aber die Landesregierung verschweigt bewusst dessen Höhe. Vor diesem Hintergrund lässt die angekündigte Vernetzung von Schule, Justiz, Polizei und Gesundheit vor allem stärkere Kontrolle und Repression befürchten.

Ähnlich sieht es im Hochschulbereich aus. Auch hier vermissen wir die Einhaltung von Wahlversprechen. Mit viel Trara hatte die SPD ein „Nein zu Studiengebühren“ beschlossen; nun findet sich im Vertrag keine Silbe dazu.

Zu begrüßen ist die Erkenntnis, dass die Bruttostudierquote erhöht werden muss. Allerdings wollte schon die alte Landesregierung 3 500 neue Studienplätze schaffen; das haben wir in der Regierungserklärung wieder gehört. Es werden also immer wieder Versprechen gegeben, die nicht gehalten werden. Wir werden nicht nur darauf achten, meine Damen und Herren, dass Sie zu Ihrem Wort stehen; wir werden Sie auch zu einer neuen Hochschulplanung drängen. Denn derzeit sind in Brandenburg doppelt so viele Studierende immatrikuliert, wie Kapazitäten vorhanden sind. Studieren in Brandenburg hat nichts mit Qualität, sondern mit vollen Hörsälen, Warteschlangen und schlechter Betreuung zu tun.

(Beifall bei der PDS - Widerspruch bei SPD und CDU)

Vielleicht schauen Sie sich einmal in den Hochschulen um!

Dagegen muss man mehr tun als Maßnahmen nur ankündigen. Verbinden Sie die geplante Autonomie der Hochschulen mit der dafür zwingend notwendigen Demokratisierung! Im Übrigen sind einige Studenten in meiner Fraktion; die können Sie gern befragen.

Klären Sie die Vernetzung mit den Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ohne die Eigenständigkeit und die Besonderheiten Brandenburgs aus dem Auge zu verlieren. Wir brauchen schnellstens eine vernünftige gemeinsame Hochschulplanung. Seien Sie nicht so geizig mit den Finanzen in diesem Bereich, Herr Speer! Brandenburg ist noch immer Schlusslicht bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Wissenschaft und Forschung.

(Beifall bei der PDS)

Die jüngste OECD-Studie zeigt, dass Länder, die trotz sinkender Geburtenrate von Jahr zu Jahr mehr in Bildung investieren, nicht nur besser bei der Leistungsbewertung der jungen Menschen abschneiden, sondern insgesamt kreativer und vor allem wirtschaftlich erfolgreicher sind.

Bis zum Jahre 2010, so ist es von 29 Staaten im so genannten Bologna-Prozess verbindlich vereinbart worden, soll ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen werden. Es ist ein Armutszeugnis für die Koalition, wenn sie im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung zu den Aufgaben, die sich daraus für das Land ergeben, so gut wie nichts sagt.

Vom lebenslangen Lernen hat sich die Landesregierung wohl endgültig verabschiedet. Weiterbildung findet keinerlei Erwähnung mehr. Wie die Landesregierung es schaffen will, mit diesem Programm junge Leute im Land zu halten, Menschen hier eine Perspektive zu geben und das Land für die Wissensgesellschaft attraktiv zu machen, bleibt ihr Geheimnis. Ich meine jedenfalls: So wird es nicht gehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Wahlkampf haben die Koalitionsparteien den Eindruck erweckt, sie würden Brandenburg zur idealen Heimstatt der Familien in der Bundesrepublik machen. Jetzt haben wir einen Familienbeirat und ein Pilotprojekt. Das ist allerdings nicht viel, wenn man die reale Situation von Familien in Brandenburg verbessern will.

Allein der Appell „Wir brauchen mehr Kinder“ wird wohl kaum zu einem Babyboom in Brandenburg führen. Der aktuelle Bericht des statistischen Landesbetriebes macht genau auf diese dramatische Situation aufmerksam. Herr Ministerpräsident, wir beide haben drei Kinder.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Nicht wir beide zusammen, sondern sowohl Sie als auch ich haben je drei Kinder.

Wir müssen uns schon fragen, warum sich junge Leute heute nicht dafür entscheiden, Kinder zu bekommen. Weshalb schieben Sie diese Entscheidung immer weiter hinaus? Darüber müssen wir uns Gedanken machen. Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Beifall bei der PDS)

Eines sollten wir doch wohl alle endlich gelernt haben: Frauen und Männer sind eher bereit und in der Lage, die Verantwortung für Kinder zu tragen, wenn ihre Existenz unabhängig voneinander gesichert ist. Existenzsicherheit und Chancengleichheit sind die Stellschrauben für eine moderne Frauen- und Familienpolitik. Ihre Koalitionsvereinbarung lässt erkennen: Sie wollen nur zurückschrauben.

„Mütter können alles!“ plakatierte die SPD im Wahlkampf. Gemeint war und ist wohl: Mütter müssen auch weiterhin alles allein können - ohne Unterstützung der Landesregierung.

(Beifall bei der PDS)

Den Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen wollen Sie auch künftig umsetzen. Heißt das: Weiter so, mit wenig Engagement? Dieser Aktionsplan muss qualifiziert werden. Dazu wird die PDS Vorschläge unterbreiten und Sie können sicher sein: Nicht wir allein.

Engagierte Frauen aus Parteien dieses Landes, auch aus Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der SPD, und der Frauenpolitische Rat werden es nicht hinnehmen, dass Sie die Gleichstellungspolitik elegant unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der PDS)

Schließlich zeigt die Entwicklung des Arbeitsmarktes, dass neben älteren Arbeitnehmern und Menschen mit Behinderungen

vor allem Frauen immer schwerer Arbeit finden. Dieser Tatsache ist politisch, zum Beispiel mit der Entwicklung von Landesprogrammen, wesentlich stärker Rechnung zu tragen.

Herr Ministerpräsident, vergeblich sucht man in der Koalitionsvereinbarung die Versicherung, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes das Ziel der Landespolitik bleibt. Heute haben Sie in Ihrer Regierungserklärung wenigstens intelligente Lösungen für dieses Problem gefordert. Worin diese bestehen könnten, bleibt allerdings Ihr Geheimnis.

Nehmen wir eine so kardinale Frage wie die Zukunft der Gesamtregion Berlin-Brandenburg. Sie sind sich wieder einmal treu geblieben: Nicht zur Sache streiten, aber um Formalien. Vom Festhalten an einem nicht mehr realisierbaren Termin sind Sie nun zum Zoff um gar keinen Termin übergegangen. Das Schlimme ist: In beiden Fällen vernachlässigen Sie die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Berlin und das Miteinander in der Region. Sie versäumen es, die Interessen unseres Landes klar zu definieren und aktiv zu vertreten. Stattdessen herrscht Provokation gegenüber dem Senat von Berlin. Was da in den letzten Tagen an Porzellan zerschlagen wurde, ist kaum wieder zu kitten.

Meine Sorge ist nicht in erster Linie, wie Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrem Genossen Wowereit klarkommen. Mein Ärger besteht vielmehr darin, dass wichtige Themen in der Zusammenarbeit beider Länder wie die Schulpolitik, die Infrastrukturplanung, eine abgestimmte Wirtschaftsförderung oder die Entwicklung eines gemeinsamen Wissenschaftsstandortes auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

(Beifall bei der PDS)

Völlig inakzeptabel aber ist der arrogante Verweis auf die Verschuldung des Landes Berlin. Wer im Glashaus sitzt, sollte wahrlich nicht mit Steinen werfen!

(Beifall und Bravorufe bei der PDS)

Das Erfordernis der Organisation einer vernünftigen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg bleibt - und das ist mehr, als ein paar Behörden oder Obergerichte zusammenzulegen. Dazu bedarf es nicht Aktionismus, sondern eines verbindlichen Fahrplanes mit konkreter Schrittfolge.

Dazu passt zum Beispiel überhaupt nicht, wenn jetzt vorgesehen ist, den Regionalexpress 6 - Wittenberg - Neuruppin - Wittstock - künftig nur noch bis Spandau fahren zu lassen und nicht mehr bis in die Berliner City. Das ist das Gegenteil von Zusammenwachsen. Hier werden Grenzen wieder erlebbar.

Erkennbar wird dabei im Übrigen auch ein weiteres Symptom für die umfassende politische Schwäche Ihrer Regierung, Herr Ministerpräsident. Der gesamte öffentliche Personennahverkehr wird durch das ÖPNV-Gesetz weiter den Bach heruntergehen; denn Sie haben daraus in der letzten Legislaturperiode eine freiwillige Aufgabe gemacht. Der zunehmende Verkehr auf der Straße mit Autos und Lkws wird nur verwaltet, es wird aber nicht wirklich gegengesteuert. Schließlich bleibt die Verkehrssicherheit ebenso auf der Strecke wie die Schulwegsicherung für die Kinder.

Meine Damen und Herren, die Erwartungen des sorbischen Volkes an die neue Brandenburger Landesregierung waren groß. Die Koalitionsvereinbarung und auch die heutige Regierungserklärung bringen sie auf das Maß bisheriger Politik zurück. Denn dass die Stiftung für das sorbische Volk unterstützt wird, ist so selbstverständlich wie unser täglich Brot. Dass man sich für ein neues Finanzierungsabkommen einsetzen will, ist zwar löblich, sagt aber nicht viel. Was die Sorben wollten, waren klare Aussagen gegen die Absenkung der Brandenburger Zuschüsse zur Stiftungsfinanzierung, die Einleitung der seit 1996 ausstehenden Novelle des Sorben-Gesetzes, die Sicherung der Zukunft des Niedersorbischen Gymnasiums und klare Aussagen zur Unterstützung des für die Revitalisierung des Niedersorbischen wichtigen Witaj-Projektes. Nichts davon findet sich in der Koalitionsvereinbarung. Auch in der Regierungserklärung dazu kein Wort, Herr Schippel.

(Schippel [SPD]: Wissen Sie überhaupt, wovon Sie reden?)

Meine Damen und Herren, die europäische Region, zu der Brandenburg und Berlin gehören, reicht nicht erst seit dem 1. Mai dieses Jahres über die Oder und die Neiße hinweg. Wie man angesichts dessen in der Koalitionsvereinbarung auf einen europapolitischen Teil gänzlich verzichten kann, müssen Sie unseren polnischen Nachbarn, aber auch den Menschen in Ostbrandenburg einmal erklären.

(Beifall bei der PDS)

Nur gemeinsam können wir den Menschen in unserer weitgehend strukturschwachen Region eine Zukunft schaffen. Bisher Erreichtes sollten wir nicht nur nicht verspielen, sondern wir sollten viel ernsthafter, als das in der Vergangenheit der Fall war, an dieser Aufgabe arbeiten. Vereinbarungen mit den Nachbarwoiwodschaften haben wir in ausreichender Zahl, sie müssen aber endlich mit Leben erfüllt werden.

Meine Damen und Herren von der Koalition, wenn wir Ihnen unverbindliche Absichtserklärungen für die nächsten fünf Jahre vorwerfen, dann bekommt unser Argwohn ob der dahinter steckenden Gründe durch Ihren Koalitionsvertrag neue Nahrung. Ich meine den eher versteckt platzierten Abschnitt 4.2. „Bürokratieabbau und konsequente Deregulierung“. Wer den gelesen hat, weiß, warum bestimmte Themenfelder unterbelichtet sind. Lassen Sie mich die entscheidenden Sätze zitieren:

„Die Landesregierung wird ... eine ressortübergreifende Entbürokratisierung vorantreiben. Das Augenmerk ist - auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels - verstärkt darauf gerichtet, welche Aufgaben der Staat zwingend wahrnehmen muss, welche davon er selbst erfüllen will und bei welchen es wirtschaftlicher ist, sich Dritter bei der Aufgabenerfüllung zu bedienen.“

(Zuruf von der CDU: Das ist doch richtig!)

Nachdem die Regierung seit 1999 immer wieder verhindert hat, dass die politische Diskussion zu den Kernaufgaben der Landesverwaltung geführt wird, hat man sich jetzt mit der Koalitionsvereinbarung selbst den Freifahrtschein ausgestellt, um alles und jedes, was aus der Sicht der Bürokratie und der Minister verzichtbar ist, zu streichen.

Es geht im Übrigen nicht nur um die Definition und Wahrnehmung von Staatsaufgaben, sondern auch um die Definition und Wahrnehmung von Landesinteressen - auch und gerade im Bundesrat.

Der Länderkammer selbst und den Bürgerinnen und Bürgern haben Sie dort in den letzten Jahren Unerträgliches zugemutet - vom Chaos beim Zuwanderungsgesetz bis zur Zustimmung zu Hartz IV. Die Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburger waren Ihnen dabei schnuppe.

Wir jedenfalls werden weiter darauf dringen, dass sich der Landtag einmischte, nicht nur in bundespolitische Fragen, sondern auch dann, wenn es um die Europäische Verfassung, die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Strukturfonds nach 2007 und andere für unser Land existenzielle Fragen geht. - Darauf können Sie sich verlassen.

Meine Damen und Herren! Nachdem die vergangenen fünf Jahre durch einen Stillstand bei der Funktionalreform gekennzeichnet waren, gibt es nach dem Durchpeitschen der Gemeindegebietsreform keinerlei Gründe mehr für eine weitere Verschleppung.

(Lunacek [CDU]: Wer hat die denn durchgepeitscht?)

- Das fragen ausgerechnet Sie?

Wir halten es für falsch, dass die mögliche Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene erst hinter einen Aufgabenverzicht und die Privatisierung von Aufgaben eingeordnet wird. Damit sind die Versprechungen der Koalition, den Kommunen einen ausreichenden Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum zu sichern und die kommunale Eigenverantwortlichkeit auszubauen, auf Sand gebaut.

Wir fordern eine zügige Durchführung der Funktionalreform. Sie sollte in enger Abstimmung mit den betroffenen Ministerien und den kommunalen Spitzenverbänden vorbereitet werden. Dafür jedoch brauchen wir keine weiteren fünf Jahre.

Das entscheidende Problem für die Kommunen ist und bleibt aber die völlig unzureichende Finanzausstattung. Wir fordern die Landesregierung nachdrücklich auf, sich für eine bundesweite Gemeindefinanzreform einzusetzen.

Aber auch im Lande gibt es noch viel zu tun. Das kommunale Finanzausgleichsgesetz ist leider deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Jetzt geht es darum, den Kommunen mehr Finanzen zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der PDS - Lunacek [CDU]: Zum Schuldenabbau!)

Mit Blick auf die Kommunen ist auch auf die Gefahren hinzuweisen, die sich mit den Vorstellungen der Koalition zur Kulturentwicklungsplanung verbinden. Sicher, in Deutschland liegt die Kulturhoheit bei den Ländern. Das ist aber keine Vollmacht für eine Abschiebung der Verantwortung nach unten. Ein solcher Weg würde der gesamten Kulturlandschaft nur schaden.

Meine Damen und Herren, auch über die Abwassermisere ist

an dieser Stelle wieder zu reden. Das wird Ihnen jetzt wahrscheinlich etwas unbehaglich sein, Herr Ministerpräsident, aber dafür tragen Sie und Ihr ehemaliger Staatssekretär Speer erhebliche Verantwortung. Statt aber endlich aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, wollen Sie weitermachen wie bisher. Warum sonst wird in Ihrer Koalitionsvereinbarung die Europäische Kommunalabwasserrichtlinie erneut falsch zitiert und dann als Vorwand für den weiteren Ausbau ineffizienter zentraler Abwasseranschlüsse ins Feld geführt? Wir fordern Sie auf, dezentrale Lösungen für den ländlichen Raum nicht länger als Gnadenlösung zuzulassen, sondern konsequent in diese Richtung umzusteuern.

Mit Genugtuung haben wir allerdings aufgenommen, dass Sie sich nunmehr endlich der Kostenreduzierung bei der Gewässerunterhaltung annehmen wollen.

Meine Damen und Herren, ich scheue mich nicht, auch einmal positiv an die Zeiten des Umweltministers Platzek zu erinnern. - Nicht bei der Abwasserpolitik, aber im Naturschutz wünschten wir uns in Brandenburg sehr wohl ein „Weiter so!“ Aber die Zeiten eines engagierten Umweltministers Platzek sind vorbei.

Wie wenig Kenntnis der Rechtsmaterie muss man haben, um eine Aussage in den Koalitionsvertrag zu nehmen, die da lautet, „grundsätzlich keine Landesregelungen über Bundes- und EU-Standard zu verfolgen“? Die Gesetze und Richtlinien, über die wir sprechen, sind Rahmengesetze; der Gesetzgeber zwingt uns, sie auf Landesebene auszugestalten. Das ist unsere Aufgabe.

(Zuruf von der CDU: Genau das!)

Wohin aber wohl der Zug der kleinen Koalition fährt, lässt sich am Umgang mit dem Nationalpark „Unteres Odertal“ ahnen. Wenn Sie im Nationalpark Akzeptanzprobleme haben, dann hängen diese am wenigsten mit dem Nationalparkgesetz zusammen. Die bereits seit einigen Monaten kursierende Novelle à la CDU zielt darauf ab, den Nationalpark faktisch abzuschaffen.

(Bischoff [SPD]: Das ist völliger Quatsch!)

Dem wird sich die PDS mit aller Kraft widersetzen, Herr Bischoff.

Der Nationalpark „Unteres Odertal“ darf nicht jahrelangen Querelen und fehlender Kompromissbereitschaft geopfert werden.

(Bischoff [SPD]: Dann müssen Sie einmal dorthin kommen!)

Ich weiß aus eigenem Erleben - Herr Bischoff, wir haben uns dort oben sehr oft getroffen -, dass mit ehrlichem Engagement vor Ort die Akzeptanz durch Landwirte, Angler und Fischer sowie Jäger erreicht werden kann,

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

aber auch das erfordert endlich klare, und zwar vor allen Dingen verbindliche Regelungen, Herr Bischoff. Lassen Sie uns an dieser Stelle gemeinsam weiterarbeiten.

(Bischoff [SPD]: Sie wollen ja nicht!)

Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit, die Erfahrungen der politischen Wende 1989/90 und den Geist der Brandenburger Verfassung neu zu beleben. In den letzten Jahren benahmen sich doch Regierung und Regierungsparteien oft so, als wüssten nur sie allein, was für die Brandenburger gut ist. Dass dem nicht so ist, haben wir alle in den vergangenen Monaten erlebt. Auf den Straßen und Plätzen, auf den Zeitungsseiten, aber auch in den Kneipen und Wohnzimmern hat sich ein beträchtlicher Frust über die Politik als Ganzes, über die Politiker angesammelt - über alle Politiker, meine Damen und Herren!

Dem ist nicht einfach durch Zuhören zu begegnen. Hier muss sich grundlegend etwas an der politischen Kultur in unserem Land ändern.

(Beifall bei der PDS)

Dass rechte Kräfte in unserem Land einen Zulauf haben, dass die rechtsextreme DVU erneut in diesem hohen Haus sitzt, ist eine bittere Niederlage für alle demokratischen Kräfte.

(Beifall bei der PDS)

Wir sind gefordert, das als eine zentrale Herausforderung in der politischen Auseinandersetzung der nächsten Jahre zu begreifen.

Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Nationalismus dürfen in Brandenburg keine Chance bekommen. Gerade angesichts der rechtsextremen Bedrohung ist es nicht hinzunehmen, dass Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, im Koalitionsvertrag auf ein klares Bekenntnis zur Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit verzichtet haben. Nicht zu akzeptieren ist, dass Sie die Büros für Integration und Toleranz und die mobilen Beratungsteams bei der regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen nicht erwähnt haben. Es geht doch nicht nur um die sechs Vertreter, die hier im Parlament sitzen. Es geht um das rechte Potenzial in Brandenburg insgesamt und da ist wesentlich mehr zu tun, als über die Auseinandersetzung in diesem Parlament zu reden.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, das merkwürdige Doppelspiel von Herrn Schönbohm ist gescheitert; auch darüber hat uns der 19. September belehrt. Verstärkung von Repression auf der einen Seite, V-Leute-Affären und intellektueller Flirt mit der „Jungen Freiheit“ auf der anderen Seite - all das hat den rechten Rand eher hoffähig gemacht. Die Statistik der politisch motivierten Kriminalität, der Verfassungsschutzbericht wie auch unser gesellschaftlicher Alltag belegen zudem einen unverändert hohen Zuwachs an jugendlichen Ersttälern. Offensichtlich haben bisherige Konzepte nicht gegriffen und nun lassen Sie denselben Mann weitermachen wie bisher.

Die PDS-Fraktion fordert: Prävention muss erste Priorität haben, und zwar ressortübergreifend. Kinder und Jugendliche müssen so gut es irgend geht gegen rechtsextremes Gedankengut immunisiert werden, durch die Stärkung ihrer Persönlichkeit in den und außerhalb der Familien, durch Aufklärung und Bildung in einer weltoffenen Schule ebenso wie durch gelebte Menschlichkeit und Solidarität in unserem de-

mokratisch verfassten Land. Politiker haben hierbei Vorbild zu sein.

(Beifall bei der PDS)

Im Übrigen ist eine Gesellschaft immer schlecht beraten, ihre Normen und Werte sowie ihre Sicherheit allein repressiv durchsetzen zu wollen. Das gilt auch für die Kriminalitätsverhütung. Hier muss mehr getan werden, insbesondere für den Ausbau der kommunalen Kriminalitätsprävention.

Im Koalitionsvertrag versprechen Sie eine Optimierung der Polizeireform. Da dürfen wir gespannt sein. Wir erwarten jedenfalls von Ihnen, dass Sie die Ergebnisse der Evaluierung der Polizeireform unverzüglich aufarbeiten und in Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen Schritte zu ihrer Umsetzung festlegen. Klar ist doch inzwischen eines geworden: Das zentrale Ziel der Polizeistrukturereform, mehr Grün auf die Straße zu bringen, haben Sie nicht erreicht.

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch!)

Da muss nachgebessert werden.

Meine Damen und Herren! Vor allem kommt es auf eines an: Die Menschen wollen als mündige Bürger wahrgenommen und akzeptiert werden. Sie wollen, dass ihre Sorgen ernst genommen werden. Sie wollen rechtzeitig und umfassend informiert sein über das, was Landesregierung und Landtag planen. Sie wollen dazu nicht nur angehört werden, sondern mitreden können, und zwar rechtzeitig, damit sie Einfluss auf ihre eigenen Geschicke nehmen können - nicht zuletzt auch über Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide.

Genau dazu aber bekennen Sie sich nicht. Vielmehr verstecken Sie sich hinter wohlfeilen Formulierungen wie der von der „Bündelung und konstruktiven Zusammenarbeit aller verantwortungsbewussten Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes“. Herr Ministerpräsident, Sie können nicht alles auf das Ehrenamt und auf die Eigeninitiative abschieben;

(Beifall bei der PDS)

manches muss auch noch von der Landesregierung bewältigt werden. Jedenfalls leisten Sie damit keinen Beitrag gegen den zunehmenden Politikfrust. So, Herr Ministerpräsident, wird der Funke der Erneuerung ganz sicher nicht überspringen.

(Zuruf des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Politik- und Politikerfrust entstehen nämlich auch dort, wo der Bürger den Eindruck gewinnt, dass gemauschelt, vertuscht und nicht verantwortungsbewusst mit öffentlichen Geldern umgegangen wird.

Immer wieder wird brutalstmögliche Aufklärung aller Affären versprochen. Wie ernst ist das gemeint? Was ist mit den Trennungsgeldern? Herr Ministerpräsident, sind Sie endlich gewillt, die seit mehr als einem Jahr durch die Öffentlichkeit geisternden Vorwürfe gegen Spitzenpolitiker und -juristen, aber auch gegen andere Landesbedienstete abschließend in Ihrem Kabinett zu bewerten und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen? Sind Sie bereit, Rückzahlungen an den Landeshaushalt

zu fordern und eine neue Trennungsgeldregelung in Kraft zu setzen?

(Frau Stobrawa [PDS]: Das ist hier versprochen worden!)

Die Entlassung der alten und die Einsetzung einer neuen Justizministerin löst das Problem, das sich in den letzten Jahren zu einem politischen Skandal aufgebaut hat, jedenfalls nicht.

(Beifall bei der PDS)

Was haben Sie zur Aufklärung in Bezug auf die Vorwürfe gegen die Viadrina unternommen? Sie werden Gelegenheit haben, darauf morgen in der Fragestunde zu antworten.

Wir, die PDS, streben ein sozial gerechteres Brandenburg an. Gerechtigkeit bedeutet für uns mehr als Umverteilung von Geld. Gerechtigkeit bedeutet die uneingeschränkte Teilhabe an Bildung, an Arbeit und an kulturellem und sozialem Leben für jedes Mitglied der Gesellschaft. Soziale Benachteiligung ist kein Verschulden des Einzelnen, sondern hat strukturelle Ursachen, die es zu beseitigen gilt. Selbstverwirklichung ist kein Privileg der jungen, dynamischen erfolgreichen Generation, sondern muss jedem und jeder möglich sein. Gerechtigkeit bedeutet eine Arbeits- und Wirtschaftspolitik, die nicht im Dienste des globalen Wettbewerbs um die geringsten Sozialstandards und Lohnnebenkosten steht und dafür Kündigungsschutz und Mindestlöhne abschafft. Gerechtigkeit bedeutet auch, dass Menschen, die Verantwortung tragen, zu ihrer Verantwortung stehen. Missmanagement, politische Fehlentscheidungen dürfen nicht auch noch mit einem goldenen Handschlag belohnt werden.

Gerechtigkeit bedeutet schließlich, alles in eine friedliche Zukunft zu investieren. Deswegen sprechen auch wir uns gegen eine Wiederinbetriebnahme des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide aus und sind froh, dass Sie das heute auch bekräftigt haben.

(Beifall bei der PDS)

Hier drohen geförderte Wirtschaftsstrukturen zerstört und droht Eigentum entwertet zu werden. Weder hier noch sonst irgendwo sollen Kriege geprobt werden dürfen.

Gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich nicht begrenzt auf die Zeit zwischen zwei Landtagswahlkämpfen, schon gar nicht angesichts der schwierigen Lage unseres Landes. Es wird mehrere Legislaturperioden dauern, die Dinge nachhaltig zum Besseren zu wenden. Umso wichtiger wäre es, jetzt damit zu beginnen. Sie haben sich anders entschieden. Ich fürchte allerdings - Herr Innenminister ist heute leider nicht da -, dass der Kollege Merz - CDU - Recht behalten wird: Fünf Jahre endloses Gewürge, fünf Jahre Stillstand stehen Brandenburg bevor.

Wir werden Ihnen aber Brandenburg nicht einfach überlassen. In Verantwortung für Brandenburg ist die PDS in den letzten anderthalb Jahrzehnten - im Gegensatz zu den jeweils Regierenden - kontinuierlich erstarkt. Wir werden alles dafür tun, dass es so bleibt. Die nächsten fünf Jahre dürfen keine verlorenen Jahre für Brandenburg werden. - Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Ich danke der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann. - Der Ministerpräsident hat Bedarf angemeldet, einen Korrektursatz vorzutragen. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin bei der Angabe der Rückführung der Nettoverschuldung - da war wahrscheinlich der Wunsch der Vater des Gedanken - eine zu niedrige Zahl genannt. Statt „175“ habe ich „145“ gesagt. Die Zahl 175 Millionen ist richtig. Das wollte ich nur der Vollständigkeit halber noch angeben.

Wenn es gestattet ist - es wird gleich hinreichend kommentiert werden -: Frau Kollegin Enkelmann, ich kann allerhand Frust in einer solchen Situation verstehen.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Frust ist da nicht!)

Aber in Anbetracht dessen, wie Sie unsere Hochschulen und Universitäten geschildert und beschrieben haben, würde ich Ihnen einfach empfehlen: Beantragen Sie eine Westreise, damit Sie die Relationen erkennen. Dann werden Sie wissen, dass wir über hervorragende Hochschulen und Universitäten verfügen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Zum Thema „Reisekader“ keine weiteren Ausführungen. - Ich nutze die Gelegenheit der Pause, Gäste bei uns zu begrüßen, und zwar die Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen der Realschule Cottbus-Karen. Herzlich willkommen und einen interessanten Vormittag für Sie!

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Baaske.

Baaske (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen!

Wir sind im Herbst eines Jahres, das Brandenburg verändert hat. Es ist ein Jahr, das vor allen Dingen den Realitätssinn gestärkt hat, wenn auch - das haben die letzten 50 Minuten gezeigt - nicht bei allen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

In den letzten 50 Minuten hat ein Gewürge angefangen, von dem ich hoffe, dass es bald wieder aufhört.

Es ist ein Jahr, das auch geholfen hat, sich davon zu verabschieden, selbst das Unmögliche für möglich zu halten und in das Unmögliche auch noch Kraft, Zeit und Geld zu investieren, auch wenn Sie, Frau Enkelmann, da noch Unkenrufe vorbringen.

Es ist ein Jahr, das uns sehr deutlich gemacht hat, dass wir vor

allem auf uns selbst vertrauen und auf unsere eigenen Stärken bauen müssen, ein Jahr, in dem der technokratische Begriff „Demographie“ in viele Köpfe gekommen ist und man endlich kapiert hat, dass das nichts mit Wahrsagerei zu tun hat, sondern ein politisches Thema und knallharte Mathematik ist.

Die neue Koalition hat, auch wenn Frau Enkelmann das wiederum nicht wahrhaben will, aus den Erfahrungen der alten Koalition gelernt. Die Koalition hat mit der Umsetzung entscheidender Reformen begonnen und wird diese Reformen auch weiter verfolgen. Wir sind jetzt angetreten, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, unser Land weiter zu erneuern und aus eigenen Kräften zu neuer Stärke zu führen. Dabei, Frau Enkelmann, müssen wir keineswegs und an keiner Stelle die Richtung wechseln. Wir müssen schneller werden, wir müssen auf die Überholspur gehen. Man muss nicht alles in einen Koalitionsvertrag schreiben, wenn man sich in vielen Dingen einig ist. Man muss nicht kleinkariert handeln, sondern darauf achten, dass man in der Sache vorankommt.

(Zurufe von der PDS)

Mit Ihnen hätten wir wahrscheinlich fünf Jahre lang über diesen Koalitionsvertrag verhandelt und im Lande wäre nichts passiert.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Aspekte des „mobilen Teams“, von dem Sie sagten, es sei gar nicht erwähnt worden, sind unter anderem in diesem Koalitionsvertrag enthalten. Die Prävention ist ebenfalls darin enthalten. Wir haben Ihnen den Koalitionsvertrag vorab übergeben. Vielleicht hätten wir darüber schreiben sollen, dass das Schwarze die Schrift ist.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Wir wollen im Zeichen der Offenheit und der Kooperation arbeiten, im Zeichen der Ehrlichkeit gegenüber dem Land und gegenüber uns selbst. Wir wollen zusammen- und nicht gegeneinander arbeiten. Das gilt für die Koalitionsparteien, das gilt genauso für die Zusammenarbeit von Regierung und Parlament.

Frau Enkelmann, wir alle erinnern uns sehr gut an diesen Sommer der Unzufriedenheit. Es war notwendig, in die Säle und auf die Marktplätze zu gehen, dort ehrlichen Herzens zu argumentieren und zuzuhören. Die meisten Menschen wollten keine Randalen, sondern ehrliche und objektive Information. Die haben sie von Ihnen nicht bekommen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der Ministerpräsident hat zugehört und mit den Menschen gesprochen, während andere populistische Sprüche klopften und irgendwelche Alternativen, die so, wie Sie sie vorgestellt haben, nach den ersten drei Buchstaben, nämlich nach „alt“, aufhörten. Wir hingegen haben echte und ehrliche Alternativen geboten. Matthias Platzeck hat in dieser Zeit Probleme in diesem Land gelöst. Ihm ist auch zu verdanken, dass ostdeutsche Besonderheiten in die Arbeitsmarktpolitik dieses Jahres eingeflossen sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

In einem Punkt, Frau Enkelmann, gebe ich Ihnen Recht: Die Menschen haben in diesem Jahr gemerkt, dass es eine große Kluft zwischen ihnen und der Politik gibt. Damit meine ich nicht nur meine Partei, sondern auch Ihre Partei, die CDU und alle, die im Politikgeschäft sind. Ich habe es selbst sehr häufig erlebt. Wir haben daraus gemeinsam eine Lehre zu ziehen: Der einzige Weg, neues Vertrauen aufzubauen, ist zweifelsohne der Weg zu den Menschen. Wir müssen gemeinsam mehr vor Ort sein, müssen mehr zuhören. Wir werden mehr erklären, mehr mit den Menschen reden müssen. Auf diese Weise und mit konkretem politischen Handeln werden wir neuen Optimismus und neues Vertrauen in die Politik schaffen. Wir stehen für eine Politik der Offenheit und der Ehrlichkeit, wobei alle Fakten auf den Tisch müssen. Alle Probleme müssen ehrlich und kritisch benannt werden. Leere Versprechungen darf es nicht geben.

Ich sage ganz offen: Wir haben in den vergangenen Jahren Fehler gemacht. Zweifelsohne haben wir uns über viele Jahre etwas vorgemacht und uns in die Tasche gelogen. Wir haben gehofft - Sie tun dies heute noch, wie ich vorhin wieder erfahren habe -, dass die Erneuerung Deutschlands quasi über Nacht und von ganz allein kommt, nach dem Motto: „Die Zukunft wirds schon richten.“ Das geht so nicht mehr. Wir müssen in höherem Maße auf unsere eigenen Stärken, auf unsere eigenen Impulse setzen. Wir müssen beherzt an die Erneuerung unserer Heimat gehen.

Wir wissen auch: Die staatlichen Kassen, die Sozialkassen sind leer. Wir brauchen die entsprechenden Reformen; das bestreitet heute niemand ernsthaft. Die ersten Reformen zeigen entgegen allen Unkenrufen bereits positive Effekte. Die Krankenkassen sind endlich in der Lage, Schulden zu tilgen und Gebühren zu senken.

(Zuruf von der PDS: Auf wessen Kosten?)

- Sie können über die Kosten lange reden; aber Ende 2002 hatten die gesetzlichen Krankenkassen ein Defizit von 3,5 Milliarden Euro. Da kann man nicht einfach zusehen, wie die Karre weiter in den Dreck gefahren wird, sondern muss steuernd eingreifen. Steuern muss man auch über die Patientinnen und Patienten. Genau das ist geschehen und hat Früchte getragen.

(Beifall bei der SPD)

Ohne Sinn für Realitäten, den Sie offensichtlich nicht haben, kann man nicht regieren. Wem dieser Sinn für das Nötige und Machbare fehlt, der ist auch nicht in der Lage, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die PDS hat im vergangenen Sommer gezeigt, dass sie die Menschen verunsichert und in großen Teilen sogar belügt.

(Beifall bei SPD und CDU - Zuruf von der PDS: Das müssen Sie beweisen!)

Damit sind Sie nicht in der Lage, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Sie sind an vielen Stellen über sich selbst gestolpert. Sie haben hoch gepokert und hatten ein miserables Blatt in der Hand.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Wir hatten ein sehr gutes Ergebnis!)

- Wenn Sie so gute Ideen haben, warum haben Sie Ihre 50 Mi-

nuten Redezeit nicht genutzt, sie Ideen zu präsentieren? Ich habe nicht eine vernünftige Idee gehört.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe nur gehört, dass dies schlecht sei und jenes schlecht sei. Nichts anderes kam herüber.

(Zurufe von der PDS)

Sie sprachen von den gut geölten Rädern. Da lassen Sie mich bitte zum Thema Flughafen kommen, Frau Enkelmann. Die PDS wirkt in Berlin-Tempelhof in einer Bürgerbewegung der Anwohner gegen den Flughafen mit. Wenn es um die Mitarbeiter geht, sind Sie natürlich für den Flughafen. In unserem Land wird es ähnlich sein, auch da werden Sie in zwei Bürgerbewegungen vertreten sein. Jedenfalls ist die PDS in Berlin ganz klar für den Flughafen, in Brandenburg scheint sie ein bisschen gegen den Flughafen zu sein, aber so richtig wissen Sie das auch nicht, sondern überlegen sich das noch ein wenig.

Ähnlich ist es übrigens bei Hartz IV. Wenn Sie auf dem Marktplatz stehen und mit den Leuten unter dem roten Schirm sprechen, dann sagen Sie: Das mit Hartz IV wird ganz schrecklich, es wird wahrscheinlich unheimlich viele Menschen geben, die im nächsten Jahr kein Geld mehr bekommen werden. - Dann reden Sie in Ihrem kommunalpolitischen Forum mit Ihren Landräten und Bürgermeistern und erzählen denen genau das Gegenteil, nämlich: Da werden so viele Leute Ansprüche haben, dass das Geld, das euch der Bund und das Land zur Verfügung stellen, nicht reichen wird, die Kosten der Unterkunft zu bezahlen. - Genau so agieren Sie zurzeit in diesem Land.

(Beifall bei SPD und CDU)

Frau Enkelmann, gerade haben Sie noch einmal das FAG angefochten und gesagt, Sie wollen, dass den Kommunen mehr Geld für eigenverantwortliche Verwendung zur Verfügung gestellt wird. Ich erinnere mich noch an das Trara, das Sie veranstaltet haben, als das Geld aus dem § 16 den Gemeinden nicht mehr zweckgebunden, sondern ohne Zweckbindung zur Verfügung gestellt wurde. Damals haben Sie genau andersherum argumentiert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU - Widerspruch bei der PDS)

Ich komme noch einmal zum Thema Flughafen. Natürlich braucht die Region den geplanten Flughafen. Die SPD steht ganz klar zum Flughafen und zum verabredeten Verfahren. Wir werden die Finanzierung des Baus klären und die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abwarten. Es sind schon heute im Süden des Landes - wer will davor die Augen verschließen - große Impulse gerade durch diesen Bereich zu spüren. Luftfahrttechnik, Fachhochschule, Rolls-Royce und MTU will ich nur als Stichworte nennen. Die Luftfahrtbranche in Berlin und Brandenburg ist inzwischen auf dem dritten Platz in Deutschland. Ein leistungsfähiger Flughafen bringt diesen Standort weiter voran. Um den Flughafen herum wird es - das sehen wir jetzt schon - Tausende neue Jobs geben. Auf diese können wir nicht verzichten. Wir brauchen diese Arbeitsplätze im Land Brandenburg und darum brauchen wir auch diesen Flughafen.

Natürlich - das sage ich ganz offen - ist der Flughafen für Menschen, die in seinem Umfeld wohnen, eine Belastung. Wer wollte das ernsthaft bestreiten? Bei vernünftiger Abwägung dieser Belastung und auch in Anbetracht der Arbeitsplätze, die dort geschaffen werden können und die Brandenburg für seine Entwicklung braucht, bleibt uns doch schlicht und ergreifend keine Wahl. Dabei gibt es Fraktionen, die zulassen, dass einer ihrer Abgeordneten, der davon betroffen ist, auch einmal anders argumentiert. Bei Ihnen wäre ein Abgeordneter, der so handelte, wahrscheinlich abgekanzelt und womöglich aus der Fraktion geworfen worden.

(Beifall bei SPD und CDU - Lachen bei der PDS)

Der Flughafen ist in den kommenden Jahren das zentrale Projekt für Berlin und Brandenburg. Dieses Projekt wird auch ein Gradmesser für die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg sein. Dabei sind wir schon viel weiter, als manche glauben: Es gibt gemeinsame Obergerichte, eine gemeinsame Landesplanung, den Verkehrsverbund und vieles mehr. Auch hier muss ich deutlich sagen: Es ist viel mehr erreicht worden, als Frau Enkelmann vorhin eingestehen wollte. Es ist einiges auf den Weg gebracht worden, was die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg angeht. Ich erinnere daran, dass inzwischen das Brandenburger Agrarressort auch für die Berliner Landwirtschaft verantwortlich ist, auch wenn es dort nicht sehr viel Landwirtschaft gibt. Ich meine, dass auch die Fusion der Landesversicherungsanstalten, übrigens mit Sitz in Frankfurt (Oder), ein weiterer wichtiger Baustein zu diesem Haus sein wird.

Aber wir brauchen noch mehr solcher Schritte, auch das ist unstrittig. Ich begrüße ausdrücklich die Initiative des Wirtschaftsministers zur Zusammenlegung der Förderagenturen beider Länder genauso wie die Idee der gemeinsamen Verkehrsplanung. Das müssen wir weiter verfolgen. Wir können niemandem erklären, dass die Straßen vierspurig durch Brandenburg bis an Berlin herangeführt werden und in Berlin in einer Sackgasse enden. Hier brauchen wir weitere Klärung.

Natürlich wäre auch eine gemeinsame Krankenhausplanung zwischen den beiden Ländern sinnvoll, aber nicht mit dem Duktus, dass Berlin seine abzubauenen Anzahl von Krankenhausbetten in Reha-Betten umwandelt und damit die brandenburgische Reha-Struktur gefährdet.

Ich kann nur noch einmal deutlich sagen, Frau Enkelmann, dass wir keinesfalls die Zusammenarbeit mit Berlin vernachlässigen werden. Wir werden alle möglichen Felder zu erschließen versuchen. Das setzt natürlich voraus, dass die Berliner Seite mitzieht. Hier appelliere ich noch einmal an die dortigen Senatorinnen und Senatoren und Abgeordneten, mitzumachen und uns nicht Steine in den Weg zu legen und vielleicht hochnässig gegenüber Brandenburg zu argumentieren.

(Heiterkeit bei der PDS)

- Ja, auch das hatten wir bereits reichlich.

Durch die verstärkte Kooperation wird mit Sicherheit einiges erleichtert. Wir werden merken, dass wir mehr Botschaften und mehr Botschafter für diese Fusion erhalten.

Ich war, bin und bleibe ein ganz klarer Fusionsbefürworter. Die Koalition legt sich, weil sie diese Fusion will, auf keinen

Zeitplan fest; denn nichts wäre falscher, als den Menschen in diesem Land ein Ultimatum zu setzen und zu sagen: Ihr müsst euch bis zu diesem oder jenem Zeitpunkt entscheiden. Wenn ihr das nicht tut, dann wird es zu euer aller Nachteil sein.

(Zurufe von der PDS)

Diesen Druck können wir den Menschen nicht zumuten. Wir brauchen kleine, praktische Schritte und müssen zeigen, dass die Zusammenarbeit funktioniert.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das ist so ähnlich wie bei einer Lebenspartnerschaft. Man lebt lange mit jemandem zusammen und wenn man dann merkt, dass dies richtig gut funktioniert - es sind vielleicht schon ein paar Kinder da -, sagt man sich: Jetzt gehen wir los, holen uns den Trauschein und profitieren vom Ehegattensplitting. - Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings muss das Problem des Ehegattensplittings gerade für Berlin und Brandenburg noch geklärt werden. Das heißt, an dieser Stelle ist die Finanzfrage entscheidend.

(Bischoff [SPD]: Genau!)

Eines ist aber sicher, meine Damen und Herren - lassen Sie mich über das Haus reden, in dem wir jetzt sitzen und regelmäßig tagen -: Zu Hause ist das Brandenburger Parlament auf dem Brauhausberg in Potsdam sicherlich nicht. Viele von uns arbeiten seit 14 Jahren in diesem Haus. Ich ziehe voller Respekt und Anerkennung vor allen Dingen vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und der Landtagsverwaltung den Hut. Ich bewundere ihr Durchhaltevermögen und ihre Leidenschaft, die sie an diesem Standort an den Tag legen. Dieses Landtagsgebäude ist ein Provisorium, das der Arbeitsqualität und damit den Interessen des Landes nicht förderlich ist und auch dem Ansehen des Landes schadet. Provisorien können lange Zeit sinnvoll sein, ab einem bestimmten Moment entwickelt sich aber genau das Gegenteil. Dieses Parlament muss selbstbewusst mit diesem Thema umgehen. Wir vertreten die Brandenburgerinnen und Brandenburger und müssen uns nicht hinter einem Steinwall verstecken. Ich sage voller Überzeugung: Mit diesem Provisorium muss Schluss sein, und zwar so schnell wie möglich.

Ich begrüße ausdrücklich die Ankündigung des Finanzministers, uns in Kürze zwei Varianten mit entsprechenden finanziellen Abwägungen vorzustellen, und erwarte, dass sich dieses Haus danach zügig entscheidet und sich nicht wieder zurücklehnt und hinter Scheinargumenten versteckt, sondern dafür eintritt, dass wir ein selbstbewusstes Haus des Volkes - egal, wie es heißt - haben, in das die Menschen kommen können, ohne vielleicht Demut zeigen zu müssen. Ohne Angst müssen sie in dieses Haus kommen und mit den Abgeordneten in Augenhöhe reden können, ohne irgendwelche Schranken. Ich möchte ein Haus haben, das allen zugänglich ist und zeigt, dass wir transparente und ehrliche Politik machen und dafür auch einstecken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die zentralen Fragen der nächsten Jahre lauten: Wie können wir unser Land erneuern? Wie entstehen heute Arbeitsplätze? Wie sieht heute soziale Gerechtigkeit aus? Wir quälen uns seit langem mit einer Arbeitslosenquote von 18,9 %. Die Arbeitsmarktlage wird sich so schnell auch nicht ändern. Wunder werden wir diesbezüglich nicht vollbringen können, aber wir haben Chancen. Diese hat der Ministerpräsident bereits deutlich beschrieben. Der Weg zur Lösung der Probleme führt eben nur über Bildung, Wissenschaft, eine moderne Wirtschaft und eine in die Zukunft gerichtete Familienpolitik. Hierbei muss ein Rad ins andere greifen. Darin liegt die Zukunft Brandenburgs. Sie liegt nicht im Bereich von Niedriglohn und anderen Dumpingmaßnahmen. Gute Arbeit für wenig Lohn ist der Weg in die Sackgasse.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir könnten auf diesem Weg im Wettbewerb mit Osteuropa so wieso nicht mithalten und würden nur die Binnennachfrage weiter ruinieren.

Löhne darf man nicht nur als Kostenfaktor sehen. Löhne müssen auch als Kaufkraft verstanden werden. Jedoch - jetzt wende ich mich wieder an die PDS - brauchen wir Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen mehr Flexibilität und ein anderes Herangehen an die Menschen, die sich auf dem Arbeitsmarkt tummeln sollen. Wir haben - das müssen wir ehrlich sagen - 15 Jahre lang Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe gezahlt und gesagt: Nimm das Geld und halt die Klappe. - Wir haben uns nicht darum gekümmert, wie die Menschen mit diesem Geld auskommen. Wir haben uns auch nicht darum gekümmert, wie es in den Menschen aussah, wenn sie das Geld bekommen haben.

(Zuruf von der PDS: Das ist wahr! - Weitere Zurufe von der PDS)

Wir haben sie in Massenqualifizierungen gesteckt bzw. gesagt: Da ist eine ABM, nimm sie oder lass es sein. - Das war die Politik der vergangenen Jahre. Beim Arbeitsamt war ein Mitarbeiter für 800 bis 1 000 Arbeitslose und Arbeitslosenhilfeempfänger zuständig. Das war die Realität. Dies wird sich durch Hartz IV ändern. Wir haben für das nächste Jahr für junge Menschen eine Betreuungsquote von 1 : 75, für die Älteren von 1 : 50 und langfristig von 1 : 75 festgeschrieben, damit man sich endlich wieder einmal der Sorgen und Nöte der Langzeitarbeitslosen annehmen kann.

Wir haben festgelegt, dass es Steuerungen geben wird, die es bisher nicht gab. Wir alle kennen die Mitnahmeeffekte, die es vor Hartz IV in Bezug auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe gab.

Wir alle kennen Leute, die bei Selbstständigen gearbeitet haben. Meistens haben sich die Ehefrauen oder Partner ein Jahr dort beschäftigen lassen und sind dann mit diesem Unternehmen jahrelang auf Arbeitslosenhilfe gegangen. Es gab hier Mitnahmeeffekte andersherum. Jetzt haben wir eine Reform durchgeführt, die für den Osten Deutschlands bei weitem nicht so drastisch ausfallen wird, wie Sie es prophezeien. Herr Bisky, ich habe die von Ihnen genannten Zahlen noch gut vor Augen. Sie haben prophezeit, 500 000 Kinder würden in Deutschland in Armut leben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Bisky [PDS])

Sie haben diese Zahl des Bundes aufgegriffen und in die Öffentlichkeit gegeben. Sie verstecken sich heute dahinter. Sie haben es aber getan. Wir werden im nächsten Jahr wissen, wo wir ankommen.

(Vietze [PDS]: Seit gestern wissen wir auch, dass es 200 000 sind!)

- Natürlich ist das vor Hartz IV so. Herr Vietze, es gibt 75 000 Sozialhilfeempfänger im Land. 10 000 davon sind allein erziehende Mütter und 25 000 sind Kinder unter 18 Jahren. Sie alle werden von dieser Reform profitieren. Auch das sollte man laut und deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und CDU - Zurufe von der PDS)

Natürlich gibt es einen sehr differenzierten Arbeitsmarkt. Wir alle kennen viele Menschen, die jede Arbeit annehmen und sich über einen noch so schlecht bezahlten Job freuen würden. Wir alle kennen viele Menschen, die unter sozusagen unmündigen Bedingungen leben und arbeiten, die für einen Hungerlohn arbeiten, der weit unter dem Tarif liegt. Deshalb bin ich unter anderem auch dafür, dass wir uns über einen Festlohn einigen, der in Deutschland gezahlt werden sollte. Da wäre ich durchaus dabei.

Natürlich gibt es auch diejenigen in diesem Land, die ein zumutbares Angebot ablehnen. Auch solche Menschen kenne ich persönlich. Ich sage aber klar und nachdrücklich, dass es sich dabei um eine Minderheit handelt. Die meisten wollen wirklich arbeiten. Wir waren jahrelang nicht in der Lage, die Faulen von den Schwachen zu trennen. Auch das werden wir im nächsten Jahr mit der Reform erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn es Grund zu Optimismus gibt und wir Schluss machen müssen mit Zaudern und Wehklagen, müssen wir uns darauf gefasst machen, dass wir aufgrund der Finanzlage auf einiges verzichten werden müssen. Wir werden so manche Dorfstraße nicht mehr sanieren können, wir werden manche Umgehungsstraße nicht bzw. nicht so schnell bauen können. Wir werden nicht mehr jedes Gewerbegebiet, jede Abwasserleitung und auch nicht mehr jeden Verein fördern können. Wir werden lernen, dass weniger manchmal mehr ist. Darum werden wir angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre an einigen Stellen zurückstecken. Wir werden aufgrund dieser Erfahrungen nicht mehr alle EU- und Bundesmittel abfordern, wenn nicht eindeutig nachgewiesen ist, dass sie für die Entwicklung Brandenburgs nachhaltig wichtig sind. Geschenktes Geld kann mitunter sehr teuer werden. Das wissen wir inzwischen.

Der Weg der Erneuerung muss sich im Landeshaushalt wiederfinden. Der Ministerpräsident hat gesagt, dass wir bis zum Jahre 2010 jedes Jahr 175 Millionen Euro weniger Schulden machen wollen. Das wird sehr bitter. Wir werden uns in den Ausschüssen und auch im Plenum darüber mächtig streiten, aber wir müssen diesen Weg gehen und aus dieser schwierigen Lage heraus neue Ideen entwickeln.

Die Vorschläge der PDS, Frau Enkelmann, wir sollten dort und dort noch mehr machen, aber auf der anderen Seite von den Krediten herunterkommen, auch von der Neuverschuldung, sind widersprüchlich und würden uns noch mehr in die Schuldenfalle treiben.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Ich frage, welche Rede Sie gehört haben! Meine jedenfalls nicht!)

Wenn wir, wie Sie es vorschlagen, bis zum Jahre 2019 mit den Schulden weitermachen, hätten wir im Jahre 2020 eine Schuldenlast von fast 26 Milliarden Euro zu tragen. 16 % dieses Haushalts wären dann über Kredite zu finanzieren.

Dann wäre jeder sechste Euro für die Tilgung von Krediten auszugeben. Dies wäre unverantwortlich: Es machte dieses Land unregierbar und führte jede politische Arbeit ad absurdum.

(Zurufe von der PDS: Diese Politik haben Sie jahrelang gemacht, Herr Baaske!)

Wenn Sie jetzt wieder einmal die Vermögensteuer fordern, wie Sie es in Zeiten des Wahlkampfes auch getan haben, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass es sich hierbei um einen verdammt alten Hut handelt.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: SPD im Bundestagswahlkampf 2002!)

Mit der Vermögensteuer wird es so nicht klappen; dies wissen wir inzwischen. Angesichts dessen sollten wir vielleicht eine „Unvermögensteuer“ einführen; dann wären Sie der Hauptzahler.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zuruf von der PDS: Für Ihre Rede zahlen wir keine Vergnügungssteuer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Worte zur Familienpolitik sagen. Die Basis unserer gesellschaftlichen Strukturen sind - übrigens nicht erst seit Engels - die Familien. Damit rede ich nicht einem konservativen Familienbild das Wort, sondern beschreibe gesellschaftliche Realität. Es gibt nun ein Familienministerium, das von Dagmar Ziegler geleitet wird. Dies ist mehr als ein Symbol; die Familien mit Kindern sind unsere Zukunft. Im Mittelpunkt unserer Familienpolitik steht aber ein modernes Familienbild. Es gibt traditionelle Familienformen, Kleinfamilien, Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Partner. Dies alles sind Gemeinschaften, in denen Verantwortung füreinander übernommen wird. In diesen Familien fällt die erste wichtige Entscheidung, ob Toleranz, Respekt und soziale Kompetenz gelernt werden. Wir müssen dazu beitragen, dass diejenigen, die sich Kinder wünschen, auch den Mut fassen, Kinder zu bekommen. In diesem Punkt haben Sie Recht, Frau Enkelmann: Für viele junge Menschen ist es ein entscheidendes Argument, ob ihr Arbeitsplatz auf Dauer gesichert ist, wenn es um die Beantwortung der Frage geht, ob sie ihr Kind in der Form großziehen können, wie sie es sich vorstellen, oder ob ein Kind für sie - wie für die vorhin beschriebenen Sozialhilfeempfänger - ein Armutsrisiko darstellt.

Aber auch die Infrastruktur für Familien und Kinder muss stimmen. Wir können in Brandenburg auf unsere Vorreiterrolle bei der Kita-Ausstattung zu Recht stolz sein. Es ist klar genug gesagt worden: Für die Kurzen darf es keine Kürzungen mehr geben. Die Kinder und damit die Eltern dürfen und werden wir nicht zurücklassen. Der Fall Dennis aus Cottbus hat uns gezeigt, wie dringend notwendig ein enges soziales Netz für Familien ist. Ein solches Netz wollen wir knüpfen. Wir wollen, dass die Behörden und Organisationen vor Ort - Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Vereine, Träger - sehr eng zusammenarbeiten und rechtzeitig signalisieren, dass in einer Fa-

milie etwas schief zu gehen droht. In einem solchen Falle muss sich der Staat bzw. die Kommune sehr intensiv um diese Familie kümmern. Jedes Kind in diesem Land hat es verdient, dass wir uns um es kümmern. Jedes Kind ist wertvoll und muss gefördert und unterstützt werden. Nicht ein einziges Kind darf von uns zurückgelassen werden.

Familien- und Kinderfreundlichkeit zeigt sich im täglichen Leben. Hier ist nicht nur die Politik, sondern die gesamte Gesellschaft gefordert. Familienfreundlichkeit zeigt sich vor allen Dingen in der Toleranz gegenüber Kindern. Damit spreche ich Vermieter und Hausverwalter, aber etwa auch Einzelhandelsverkäufer an. Diese Toleranz zeigt sich in der Fähigkeit zu lächeln, in der Bereitschaft, einer Mutter beim Aussteigen aus der Straßenbahn oder dem Bus zu helfen. Diese Toleranz zeigt sich im Alltäglichen und Banalen; im Banalen erweist sich oft, ob ein erfülltes und glückliches Leben möglich ist, ob eine Gesellschaft lebendig und lebensfroh ist.

Wir brauchen so etwas wie eine Kulturrevolution hin zu mehr Kindern. Es muss endlich wieder chic sein, mehrere oder gar viele Kinder zu haben.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

In diesem Zusammenhang richte ich Ihre Aufmerksamkeit auf Frau Münch, die ich im Augenblick allerdings nicht im Saal entdecken kann.

(Zuruf von der SPD: Sie ist bei einer Besuchergruppe!)

- Sie ist bei einer Besuchergruppe. - Frau Münch hat sieben Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Zeichen, dass eine Mutter mit sieben Kindern Abgeordnete eines Landtages ist und in der Stadtverordnetenversammlung von Cottbus arbeitet. Dass sie sich politisch einbringen kann, ist ein Verdienst der Familie, aber eben auch des Staates. Familien mit so vielen Kindern müssen endlich wieder als Gewinn für die Gesellschaft empfunden werden, statt dass man die Nase rümpft und sagt: Wer weiß, wovon die leben; das sind wohl Ausländer! - Auch so wird in der Bevölkerung gelegentlich gedacht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Noch ein paar Worte zum Ehrenamt. Entschuldigung, Frau Enkelmann, ich habe den Ministerpräsidenten nicht so verstanden, dass er sämtliche Arbeit auf das Ehrenamt abschieben wolle. So ein Blödsinn! Er hat aber deutlich gemacht, wie wichtig und gut die Arbeit der Ehrenamtler für Brandenburg ist und wie stolz wir darauf sein können, dass wir das Ehrenamt haben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten von Arnim [CDU])

An dieser Stelle greife ich erneut auf, dass Sie von der PDS eine andere Wahrnehmung als wir haben. Ich erlebe Ehrenamtler als Menschen, die ihr Ehrenamt fröhlich und zielgenau ausüben. Sie tun es, weil sie damit ihr Leben bereichern: weil sie wissen, dass sie etwas geben, aber auch etwas dafür bekommen.

Genauso sehe ich es bei der von Ihnen geführten Diskussion um die 1-Euro-Jobs. Sie behaupten immer, wir würden die Leute dazu zwingen. Auch dazu habe ich eine vollkommen andere Wahrnehmung. Ich kenne sehr viele Menschen, die nach dem 1-Euro-Job lechzen und ihn gern ausüben, weil er ihrem Leben wieder einen Sinn gibt. Wenn es auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeitsplätze gibt, müssen wir solche Alternativen anbieten. Ich kann mich gut an die Zeit erinnern - es war Anfang der 90er Jahre -, als wir durch Skandinavien gefahren sind und erkannt haben, dass dies der richtige Weg ist. Es ist schon schade, dass wir dafür zehn Jahre gebraucht haben. Doch mittlerweile können wir mit solchen Jobs arbeitslosen Menschen - dies gilt vor allem für Langzeitarbeitslose - ein sinnerfülltes Leben ermöglichen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Ehrenamtliches Engagement und Zivilcourage werden wir in den kommenden Jahren auch und gerade bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus brauchen. Ich bin ehrlichen Herzens darüber bestürzt, wie weit Fremdenhass und Rechtsradikalismus in die Köpfe der Menschen vorgedrungen sind. Vertreter dieses Radikalismus müssen wir leider auch in diesem Hause ertragen. Aus den vergangenen fünf Jahren wissen wir, dass Brandenburg von dieser aus München gesteuerten Truppe nichts Gutes zu erwarten hat. Wir müssen uns mit den Vertretern der primitiven „Schnauze voll“-Formel aber auseinander setzen. Sie sitzen hier und mehren mit ihren Diäten die Kriegskasse des steinreichen Extremisten Frey in München.

Die demokratischen Parteien muss eines einen: Rechtsradikale haben in diesem Lande nichts zu suchen.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Dafür zu kämpfen bitte ich die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs ausdrücklich. Dem Elend der Verdummung müssen wir aufrecht und mutig begegnen. Diese Dummheit zeigt sich allein schon in dem DVU-Antrag, die Entscheidung für gemeinsame Gerichte von Berlin mit Brandenburg rückgängig zu machen. So etwas ist absurd und gegen Brandenburg gerichtet.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [SPD])

Wir haben in den vergangenen Monaten deutlich gezeigt, dass wir die Straßen und Plätze nicht den rechtsradikalen Krakeelern überlassen, die Schande über unser Land bringen. Das hat Brandenburg nicht verdient.

(Widerspruch des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Ich nutze diese Gelegenheit, Sie sowie alle, die in Potsdam und Umgebung wohnen, zu bitten, am Samstag bei einer Gegendemonstration deutlich zu machen, dass wir die Straßen der Landeshauptstadt von Brandenburg nicht dem braunen Pack überlassen.

(Beifall bei SPD und PDS sowie vereinzelt bei der CDU)

Wir wollen mit einer Flut von Menschen deutlich machen, dass wir der braunen Masse etwas entgegensetzen haben. Wir werden zeigen, dass wir wesentlich mehr sind als diese.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem Bild von einem modernen, offenen und toleranten Brandenburg ist Rechtsextremismus unvereinbar. Rechtsextremisten schüren das Klima von Angst und Gewalt, sie ruinieren das Ansehen unseres Landes in Deutschland und im Ausland, sie schaden Brandenburg und seinen Bürgern. Rechtsextremismus ist unpatriotisch und unbrandenburgisch.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Koalition wird aus diesem Grunde ihre erfolgreiche Strategie der Repression fortsetzen. Aber wir werden auf Zivilcourage setzen. Wir werden in die Schulen gehen und Jugendarbeit und politische Bildung verstärken. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus muss ein Anliegen aller Brandenburger sein.

Ausländern, die in ihrer Heimat von Tod und Folter bedroht sind, wollen wir helfen. Deshalb hat die Koalition die Einrichtung einer Härtefallkommission beschlossen. Diese Kommission wird vielen Menschen helfen. Ich freue mich, dass die Ministerien für Soziales und Inneres den Ball bereits aufgenommen haben und daran arbeiten, dass diese Kommission möglichst bald ins Leben gerufen werden kann. Dafür brauchen wir allerdings keine Schnellschüsse der PDS. Wir brauchen nicht über das Stöckchen zu springen, das Sie uns hinhalten. Diese Kommission wird ohnehin erst Anfang nächsten Jahres ihre Arbeit aufnehmen können. Somit werden wir deutlich machen, dass wir allein in der Lage sind, diese Härtefallkommission einzusetzen und bei ihrer Ausgestaltung tatkräftig Hand anzulegen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen Brandenburg zu einem Land der Chancen machen. Ich erwähne an dieser Stelle eine Episode der vergangenen Tage: In Premnitz wurde am Freitag der vergangenen Woche im Beisein von Bundeskanzler Schröder ein neues Werk zur Herstellung von Schutzkleidung für den weltweiten Markt eröffnet. Dadurch kommen Menschen wieder in Arbeit; das ist gut. Was mich daran aber am meisten begeistert hat, waren die Worte von Hasso von Blücher, einem gestandenen Mittelständler, der dort investiert hat. Er sagte: In Osteuropa hätte ich billigere Arbeitskräfte bekommen, in England die gleiche Förderung. Ich habe mich für Brandenburg entschieden, weil die Menschen hier gut ausgebildet und hoch motiviert sind. - Ferner lobte er die ausgezeichnete Kooperation mit den Behörden.

Wir müssen nicht gesenkten Hauptes durch unser Land gehen. Wir müssen uns hinsichtlich CargoLifter, Lausitzring und Chipfabrik nicht irgendetwas vorwerfen lassen. Wir haben eine Bilanz aufzuweisen, die sich sehen lassen kann.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Oh! Wir sind bei der Regierungserklärung, nicht bei der Bilanz!)

Wir sollten weiterhin auf die Stärken unseres Landes setzen. Wir haben in unserem Land Menschen, die das leisten können. Diese Menschen, auf die auch Hasso von Blücher verwiesen hat und auf die wir alle stolz sein können, sollten wir zeigen und nicht - märkisch bescheiden - verstecken. Wir haben motivierte, engagierte und gut ausgebildete Fachkräfte. Das sind die Stärken unseres Landes.

(Beifall bei SPD und CDU)

Da dies unsere Stärken sind, sollten wir sie ausbauen. Es ist notwendig, dass wir in unsere Köpfe, in unsere Menschen investieren. Dabei sollten wir alle mitnehmen: die Koalition, aber auch eine konstruktive Opposition. Wir sollten auf alle Menschen in unserem Land sowie auf Kooperation setzen. Nur gemeinsam werden wir dieses Ziel erreichen. Wir wollen die Menschen ermutigen, mitzumachen und das Land tatsächlich mitzugestalten. Alle müssen mithelfen; wir brauchen sie alle. Wenn ich nach ganz rechts schaue, muss ich sagen: doch nicht alle. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Ich danke dem Abgeordneten Baaske für seinen Beitrag. - Wir setzen mit dem Beitrag der DVU-Fraktion fort. Die Abgeordnete Hesselbarth hat das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Herr Baaske, wer mittags „Guten Morgen“ sagt, hat die Realität verpennt.

(Beifall bei der DVU)

Mit Ihrem Herumgeschreie hier und heute werden Sie nicht einen einzigen Arbeitsplatz schaffen. - Nur so viel zu Ihrer Rede.

(Beifall bei der DVU)

Ansonsten, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es in Brandenburg nichts Neues. Von Erneuerung aus eigener Kraft kann bei dieser Regierung keine Rede sein. Lässt man dann auch noch die salbungsvollen Schönfärbereien und Plattitüden weg, auf die wir nicht näher eingehen wollen, Herr Ministerpräsident, so ergibt sich aus Ihrer Rede und aus dem Koalitionsvertrag mit Ihrem Regierungspartner Folgendes:

(Schulze [SPD]: Frau Hesselbarth, können Sie etwas anderes als ablesen?)

Fangen wir gleich mit dem gravierendsten Problem unseres Landes, der desolaten Wirtschaftslage verbunden mit der daraus resultierenden katastrophalen Arbeitsmarktsituation, an. Wie bereits bei Ihrem Amtsantritt und wie Ihr Vorgänger zu Beginn der letzten Legislaturperiode 1999 schildern Sie die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit in Brandenburg richtigerweise als das schwerste ökonomische und gesellschaftliche Problem unseres Landes. Doch getan hat sich trotz vollmundiger Ankündigungen seitens der alten und auch der neuen Koalition in dieser Frage seit 1999 überhaupt nichts, außer dass es landauf, landab wirtschaftlich dramatisch schlechter geworden ist. Sie wollten die Wirtschaftsförderungsprogramme an Wachstum und Innovation sowie an den Kriterien der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ausrichten. Gut gebrüllt, Löwe! Passiert ist wiederum nicht das Geringste.

Dabei ist die Stimmung in der Brandenburger Wirtschaft inzwischen so düster wie nie seit Gründung des Landes im Jahre 1990. Laut einer Umfrage des Beratungsunternehmens Cap Gemini lagen die Brandenburger Unternehmen in allen relevanten Fragen zur Wirtschaftsstimmung in der bundesdeut-

schen Schlussgruppe. Die Auftragslage in naher und mittlerer Zukunft wurde von den Brandenburger Firmen - bezogen auf alle Bundesländer - am pessimistischsten eingeschätzt. Bei der Frage nach der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung lagen die Brandenburger Unternehmer auf dem vorletzten Platz und damit nur knapp vor Berlin. 42 % der befragten Brandenburger Unternehmen gaben an, dass sich ihre Auftragslage im vergangenen Halbjahr verschlechtert habe.

(Schulze [SPD]: Wo haben Sie das abgeschrieben?)

Für die nächsten sechs Monate erwarten nur 26 % der Betriebe steigende Auftragszahlen, während 34 % damit rechnen, dass das Auftragsvolumen weiter sinkt. 55 % aller in Brandenburg befragten Betriebe wollen ihre Investitionen weiter drastisch zurückfahren. Die Bereitschaft, neues Personal einzustellen - hören Sie gut zu, bevor Sie bei Hartz IV wieder Hurra schreien! -, liegt in Brandenburger Betrieben nahezu bei null. 44 % der befragten Betriebe gehen für die nächste Zukunft stattdessen von einem Personalabbau aus. Generell erwarten 66 % der Unternehmer, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigen wird.

Dazu passt, dass das angesehene Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung Ende September die Förderpolitik in Brandenburg wie in den neuen Bundesländern allgemein als völlig verfehlt bezeichnete. Insbesondere wurde kritisiert, dass sich der Staat zum Konkurrenten der Privatwirtschaft gemacht und damit gerade kleine und mittelständische Betriebe in den Ruin getrieben habe. Ich bin gespannt, was die Wirtschaftsforscher erst sagen werden, wenn hier in Brandenburg Land und Kommunen mit 1-Euro-Dumpingjobs in Konkurrenz zu den wenigen noch verbliebenen Mittelständlern treten.

Wir als Oppositionsfraktion wollen Ihnen durchaus zugestehen, dass Politik auch dazu da ist, Optimismus zu verbreiten, weshalb beispielsweise der letzte Jahreswirtschaftsbericht ein durchschnittliches Wachstum von 0,6 % - errechnet aus dem Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2003 - auswies. Dennoch gilt auch hier das Sprichwort: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!

(Schulze [SPD]: Wenn Sie jetzt noch wüssten, von wem das stammt!)

Ohne solche Schönfärbereien hätte man die triste Botschaft verkünden müssen: Seit 2001 schrumpft die brandenburgische Wirtschaft kontinuierlich.

Wer die Hoffnung hegte, dass 2004 noch eine Trendwende hätte bringen können, muss wohl, nachdem er die erwähnte Firmenumfrage von Ende September verfolgt hat, seine Meinung kräftigst korrigieren. Viel zu wenige Aufträge, gekürzte Investitionen, keine neuen Arbeitsplätze - ein hoffnungsvoller Ausblick sieht wohl anders aus.

Allem Geschwätz über die doch so hohe Selbstständigenquote und die tollen Zuwachsraten der Industrie zum Trotz - Brandenburg fehlt es an ökonomischer Substanz. Nach 14 Jahren roter bzw. rot-schwarzer Pleiten-Pech-und-Pannen-Politik mit den gescheiterten bekannten Großprojekten hat sich in dieser Landesregierung und bei der Verwaltung eine Haltung breit gemacht, die da heißt, am besten überhaupt keine Investitionen mehr anzufassen. Dabei müsste das Gegenteil geschehen.

Brandenburg braucht eine weltweite Investorensuche für Projekte, an die sich der verbliebene heimische Mittelstand anknüpfen kann.

(Beifall bei der DVU)

Aber insbesondere braucht dieses Land eine Mittelstands- und Mittelstandsprojektförderung, die diesen Namen auch verdient. Doch hier ist bei Ihnen absolute Fehlanzeige. Gefördert werden sollen nur noch so genannte zukunftsfähige Clusterstrukturen,

(Schulze [SPD]: Wenn man jetzt noch wüsste, was ein Cluster ist!)

insbesondere in den Bereichen Biotechnologie, Energiewirtschaft, Luft- und Raumfahrt, Medien sowie Schienenverkehrstechnik, Branchen also, in denen entweder Großkonzerne oder spezielle mittelständische Hochtechnologiefirmen tätig sind, die aber, auf das Land bezogen, lediglich sehr geringe Wirtschaftssegmente ausmachen.

In der Regierungserklärung Ihres Vorgängers Dr. Stolpe war noch die Rede von Handwerksförderung, GA-Mitteln für Existenzgründungen, einer landesweiten Ansiedlungspolitik für potenzielle Investoren, Liquiditätssicherung und Konsolidierung und nicht zuletzt Existenzsicherung für die heimische Bauwirtschaft. Sie dagegen, Herr Platzeck, reden vom Mittelstand als Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft und würgen diese gleichzeitig durch Ihre Förderpolitik ab. Gefördert wird nur noch, was in ein utopisches Hochtechnologiekonzept der Landesregierung, insbesondere im Speckgürtel rund um Berlin, passt. Der Rest des Landes kann dann wohl ökonomisch endgültig veröden.

Dass angesichts der Haushaltspleite in Zukunft die Förderprogramme von Zuschüssen zunehmend auf zinsverbilligte Darlehen plus Risikokapital aus den EU-Strukturfonds umgestellt werden sollen, schlägt dem ökonomischen Fass sozusagen den Boden aus. Genauso gut können Sie die Wirtschaftsförderpolitik des Landes komplett einstellen; denn um beispielsweise KfW-Kredite der bundeseigenen Mittelstandsbank in Berlin via Hausbankprinzip zu bekommen, bedarf es wirklich keiner Landesförderung mehr. Wenn die ILB in Zukunft ähnlich arbeiten soll, macht sie sich buchstäblich selbst als Förderinstrument überflüssig. Dass in solchen Fällen von Antragstellern jedoch Sicherheiten gestellt werden müssen, die in diesem Land fast kein Mittelständler sein Eigen nennt, und dass sich die Antragsteller den bei Privatbanken üblichen Ratingprinzipien unterwerfen müssen, dürfte Ihnen ja wohl auch bekannt sein.

Bevor ich zu einem anderen Thema Ihrer Regierungserklärung komme, möchte ich Ihnen sagen: Ich finde es bemerkenswert, dass Sie die Entbürokratisierung und Deregulierung in der Wirtschaftsbürokratie sowie schnelle Gerichtsverfahren einführen wollen. Danke, dass Sie das Kapitel „Entbürokratisierung, vereinfachte Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren“ unserer Wirtschaftsbrochure „Quo vadis Brandenburg“ so aufmerksam gelesen haben.

(Beifall bei der DVU - Gelächter des Abgeordneten Schulze [SPD])

Dass Ihnen aber zum Thema „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ bei knapp 250 000 Arbeitslosen in Brandenburg, davon

fast die Hälfte Langzeitarbeitslose, nichts anderes einfällt, als auf Hartz IV zu verweisen, halten wir als DVU-Fraktion für fatal. Ihr seit 1999 alle Jahre wieder gegebenes Versprechen, dass jeder Brandenburger Schulabgänger im Land einen Ausbildungsplatz erhalten soll, konnten Sie bekanntlich noch nie einhalten. Der Ausbildungspakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft und die Brandenburger Antwort darauf, der so genannte Brandenburger Ausbildungskonsens, sollten bekanntlich den Lehrstellenmangel bekämpfen. So waren durchaus viele Unternehmen in Brandenburg bereit, neue Ausbildungsplätze bereitzustellen. Doch reichen auch in diesem Jahr die betrieblichen Ausbildungsplätze nicht im Geringsten für alle Jugendlichen. Bei der klein strukturierten Brandenburger Wirtschaft wundert das nicht. Die Mehrzahl der kleinen Unternehmen konnte oft nur noch ein oder zwei neue Ausbildungsplätze schaffen.

Die geringe Wirtschaftskraft der Firmen schlägt ungebremst auf den Lehrstellenmarkt durch und beschert den Schulabgängern die bekannten Probleme. Schon jetzt lassen sich die mobilsten von ihnen von wesentlich attraktiveren Ausbildungsangeboten westdeutscher Firmen locken. Die Abwanderung des Arbeitnehmer Nachwuchses in die Altbundesländer wird zunehmen. Die Folgen sind absehbar. Brandenburger Arbeitgeber werden in einigen Jahren nur noch auf die selbst ausgebildeten Arbeitnehmer zurückgreifen können, die jedoch immer älter werden. Qualifizierte Schulabgänger, Auszubildende sowie Arbeitnehmer werden verstärkt in den Westen ziehen und Brandenburg wird demographisch weiter ausgedünnt werden.

Bereits heute leben in Brandenburg pro Quadratkilometer nur 88 Menschen. Brandenburg hat damit nach Mecklenburg-Vorpommern die geringste Bevölkerungsdichte unter allen Bundesländern. Würde man diese Größe noch um die alljährliche Bevölkerungszunahme im Speckgürtel rund um Berlin bereinigen, käme man auf die Bevölkerungsdichte eines Entwicklungslandes.

Sie brauchen sich also auch nicht wirklich zu wundern, wenn die Steuereinnahmen drastisch sinken werden. Dass gleichzeitig die Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen von Jahr zu Jahr sinken, um 2020 ganz auszulaufen, und dass nach 2006 die EU-Strukturfondsmittel voraussichtlich rapide gekürzt werden, tut ein Übriges. Dass die Nettokreditaufnahme wieder einmal auf null gesenkt werden soll, diesmal bis 2010, wirkt geradezu rührend naiv. Wollten Sie das nicht bereits Ende 2002 erreichen? Doch Freund Speer wird es schon richten, sagen Sie, Herr Ministerpräsident, und es bleibt alles beim Alten.

(Schulze [SPD]: Das können Sie doch gar nicht wissen!)

Ich frage mich nur, was mit den 8 000 Landesbediensteten, die bis 2009 freigesetzt werden sollen, geschehen und welcher Arbeitsmarkt diese aufnehmen soll. Dass Sie 8 000 Beschäftigte ohne betriebsbedingte Kündigungen loswerden, etwa durch Frühpensionierungen oder Ähnliches, glauben Sie ja wohl selbst nicht. Dass andererseits die Mittel für Versorgungsleistungen bereits heute exponentiell ansteigen, dürften wir spätestens mit Beginn der Haushaltsberatungen 2005 wieder in aller Ausführlichkeit besprechen und von Ihnen hören.

Doch nun zur Bildungspolitik. Schlechte Sprachkenntnisse, überforderte Pädagogen, mangelhafte Lehrpläne, Schulschließungen landauf, landab, so könnte man die Bildungslandschaft

mit PISA im Land Brandenburg 2004 treffend beschreiben. Doch Bildungspolitik ist ja nun Chefsache. Ex-Bildungsminister Reiche wurde von Ihnen politisch in die Wüste - oder demnächst wohl in den Deutschen Bundestag - geschickt, ein neuer Bildungsminister präsentiert und Sie, Herr Ministerpräsident, wollen sich persönlich um Bildung und Forschung in Brandenburg kümmern. Herausgekommen ist die geplante Schaffung einer so genannten Oberschule, welche in Zukunft Real- und Gesamtschule ersetzen soll. Die DDR lässt grüßen.

(Beifall bei der DVU)

Sinnvoller wäre es gewesen, etwa wie in Bayern oder Baden-Württemberg, den bundesdeutschen PISA-Siegern, das klassische deutsche Schulsystem, bestehend aus einer vierklassigen Grundschule, danach Hauptschule, Realschule und Gymnasium, wieder einzuführen. Doch ich denke, ein erster Schritt in die richtige Richtung wird es vielleicht. Wir werden uns überraschen lassen. Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, dass diese schulstrukturpolitische Maßnahme das eigentliche Problem noch lange nicht löst, nämlich die Defizite, welche die derzeitigen Schulen in Brandenburg fast alle aufweisen, sei es, dass sie zu groß sind und Klassen eine Dimension erreicht haben, in der der Unterricht immer schwieriger wird - schließlich werden ja Lehrer entlassen -, sei es, dass Sie einen Fächerkanon anbieten, der nicht dem Willen der Eltern, sondern aktuellen Moden und kultusbehördlichen Vorstellungen entspricht, während Kernfächer wie Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften oder Geschichte völlig vernachlässigt werden.

Im Kern steht für uns als DVU-Fraktion die Vorstellung, eine Schule als Lebens- und Lernraum zu schaffen, die die Kinder fördert und fordert, sie aber zugleich zu Persönlichkeiten entwickelt.

(Beifall bei der DVU)

Ob das allein durch die von Ihnen in Aussicht gestellte größere Selbstständigkeit der Schulen und die von uns von jeher geforderte Wiedereinführung von Kopfnoten ebenso wie durch das Abitur bereits nach zwölf Jahren erreichbar ist, wagen wir zumindest zu bezweifeln.

Bezüglich des Themas bessere Lehreraus- und -fortbildung werden wir Sie auf jeden Fall beim Wort nehmen.

Ausdrücklich begrüßen wir von der DVU-Fraktion die Ankündigung, die Mittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht zu kürzen. Gut finden wir auch die in Aussicht gestellten Freiräume für die Hochschulen des Landes. Als kritische Opposition werden wir Sie diesbezüglich in den nächsten fünf Jahren an Ihren Taten messen.

(Beifall bei der DVU)

Zum Thema Familie, Frauen, Jugend, Soziales und Gesundheit haben wir Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, nichts entnommen.

An dieser Stelle ein Wort zu Herrn Baaske: Wer stand denn in der Verantwortung, als der Fall Dennis passierte? Das war doch er selbst.

(Beifall bei der DVU)

Kein Wort mehr zu Krankenhausinvestitionen, zum Risikostrukturausgleich innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung oder zur Drogenprävention. Auch zu Jugendarbeit nur allgemeine Worte und keine festen Zusagen.

Dazu, wie Sie schließlich die Ausdünnung des äußeren Entwicklungsraums, also der ländlichen Gebiete Brandenburgs, bei ärztlichen Dienstleistungen beseitigen wollen, sagen Sie ebenfalls kein Wort.

Wenn Sie die Arbeitsmarktpolitik den Arbeitsagenturen oder den Kommunen und die Sozial- und Gesundheitspolitik den sogenannten Selbstheilungskräften des Markts überlassen wollen, dann frage ich mich, wozu wir eigentlich noch ein Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie brauchen. Hoffentlich erfüllen Sie wenigstens die sich neuerdings auferlegte Schwerbehindertenquote im öffentlichen Dienst.

Im Bereich der Regionalentwicklung soll - hört, hört! - der Landesentwicklungsplan dem Aspekt des demographischen Wandels angepasst werden. Mit anderen Worten: Man hat sich mit der demographischen Situation, also mit der Ausdünnung ganzer Landstriche, abgefunden. Auf dem flachen Lande, wo es keine Wirtschaft und kaum noch Menschen gibt, braucht man natürlich auch keine Infrastruktur mehr. Deshalb werden hier ja auch keine konkreten Förderzusagen mehr gemacht. Bald werden sich in weiten Landstrichen Brandenburgs die sprichwörtlichen Füchse und Hasen einschließlich der wenigen verbliebenen Rentner und Hartz-IV-Opfer gute Nacht sagen können.

(Beifall bei der DVU)

Das Ende der Entwicklung der ländlichen Infrastruktur ist aber auch das Ende des Tourismus. Darüber sollten Sie sich im Klaren sein.

Wohnungsbaupolitik wird seit Jahr und Tag mit der Abrissbirne betrieben. 10 000 Wohnungseinheiten wurden bereits abgerissen und weitere 50 000 sollen es nach dem Willen der Landesregierung bis 2009 werden.

Im Bereich der Verkehrsentwicklung sollen - denn die Kassen sind ja leer - nur noch Projekte in Angriff genommen werden wie Autobahnsanierung oder der Neubau der A 14, die ohnehin vom Bund bezahlt werden. Ansonsten absolute Fehlanzeige.

Anders als vor fünf Jahren soll diesmal sogar bei der Polizei gekürzt werden. Nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei in Brandenburg muss nach bisherigem Stand im Bereich der Polizei von einer Streichung von 725 Stellen ausgegangen werden. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Brandenburg, Andreas Schuster, erklärte dazu wörtlich:

„Ein weiterer Personalabbau bei der Polizei ist ohne erhebliche Abstriche an der inneren Sicherheit nicht möglich.“

Das kommt eben davon, Herr Innenminister, wenn man die Wahlen verliert und nur dritter Wahlsieger wird.

(Beifall bei der DVU)

Auf eines bin ich wirklich sehr gespannt, nämlich darauf, wie

Sie den derzeit chaotischen Zuständen auf unseren Autobahnen, speziell auf den Abschnitten der A 10 und der A 12, mit weniger Personal begegnen wollen; denn das ist eine echte Herausforderung.

(Beifall bei der DVU)

Kommen wir zu den Kommunen. Die seit Jahr und Tag finanziell gebeutelten und von der Landesregierung gegängelten Kommunen des Landes, denen man innerhalb der letzten zwei Jahre trotz Finanzausgleichsgesetz mehr als 300 Millionen Euro an Mitteln zusammengestrichen hat, sollen trotz aller vollmundigen Worte von wegen kommunaler Selbstverwaltung und Ähnlichem weiter ökonomisch stranguliert werden. So wollen Sie die überörtliche Haushaltsprüfung von Kreisen und kreisfreien Städten, die zurzeit dem unabhängigen Landesrechnungshof obliegt, in die Hände der Kommunalaufsicht überführen. Schließlich soll ein umfassender Katalog von Aufgaben erarbeitet werden, die den Landkreisen, den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden zusätzlich aufgebürdet werden sollen - und das trotz der heute bereits bestehenden Finanzdefizite.

In einem Punkt jedoch soll nicht gespart werden. Ich meine damit das aufgebauschte Unterfangen „Tolerantes Brandenburg“. Sie haben auf unsere Fragen, wo die Gelder dafür wirklich verblieben sind, bis heute keine konkreten Antworten. Höchstwahrscheinlich handelt es sich auch hier um Versorgungsmentalitäten der SPD, wie wir sie auch bei der LEG erlebt haben, um die Leute, die einen Posten brauchen, in Lohn und Brot zu bekommen. Vielleicht hilft ja auch hier mal ein Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei der DVU)

Sorgen Sie besser dafür, dass unsere Jugendlichen tatsächlich eine gute Ausbildung und danach eine angemessene Arbeit erhalten. Dort ist das Geld nämlich gut angelegt.

(Beifall bei der DVU)

Dann haben Sie auch kein Problem mit Extremismus, gleich welcher Art. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der DVU - Baaske [SPD]: Treten Sie dann zurück? - Heiterkeit bei der SPD)

- Schön, Herr Baaske, dass Sie wieder hier sind. - Im Übrigen noch ein Satz zur Toleranz, weil auch Sie dieses Wort so oft in den Mund nehmen.

(Schippel [SPD]: Aber nicht im Zusammenhang mit Ihnen!)

Sie selbst sind die schlechtesten Vorbilder. Davon konnten sich Tausende von Brandenburgern und Menschen außerhalb unserer Landesgrenzen in der Vergangenheit ein ziemlich genaues Bild machen.

(Beifall bei der DVU)

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung ist nun wahrlich nichts Neues. Im Gegenteil: Ähnlich wie der Koalitionsvertrag ist sie eine Aneinanderreihung von nichts sagen-

den Allgemeinplätzen. Sie ist eine Aussicht auf die Landespolitik der nächsten fünf Jahre, in der mangels finanzieller Mittel nichts in Richtung Erneuerung oder Verbesserung geschehen wird. Von wegen „Erneuerung aus eigener Kraft“! - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

So weit der Beitrag der DVU-Fraktion. - Wir fahren fort mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Lunacek hat das Wort.

Lunacek (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungskoalition beginnt Ihre Arbeit in einer Zeit, in der in Deutschland viel verändert werden muss. Der Arbeitsmarkt wird grundlegend umgestaltet. Die Diskussion hierüber haben wir über den Sommer hinweg geführt, und zwar kontrovers, aber offen. Die sozialen Sicherungssysteme, ob nun Kranken-, Renten- oder Pflegeversicherung, müssen umgebaut werden. Diese Veränderungen sind notwendig, ja unabdingbar.

Ich möchte daran erinnern, dass zurzeit in Deutschland jeden Tag mehr als 1 000 Arbeitsplätze verloren gehen, mehr als 1 000 Arbeitsplätze netto. Wir werden sicherlich alle Mühe haben, diese wieder aufzubauen. Wer sagt, es könne alles so bleiben, wie es sei, der ignoriert die Situation und versündigt sich an denjenigen, die unter den Problemen leiden. Mein Blick richtet sich da insbesondere auf die PDS-Fraktion. Das werden wir ihr nicht durchgehen lassen.

Damit komme ich zu der Parole der DVU-Fraktion: Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche. - Der Ausländeranteil in Brandenburg beträgt gerade einmal 2,6 % und die Arbeitslosenquote liegt bei uns bei fast 20 %. Was Sie sagen, ist Irrsinn. Auch das lassen wir nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Verstaatlichung der Industrie, wie sie der ehemalige Bundesvorsitzende der PDS, Dehm, fordert und womit auch Sahra Wagenknecht durch die Gegend läuft, ist ebenfalls ein irrsinniger Weg. Auch der PDS werden wir das nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der PDS)

- Frau Enkelmann, lesen Sie einmal Ihre eigenen Programme!

Wir brauchen in Deutschland einen Aufbruch. SPD und CDU sind nicht immer einer Meinung über den richtigen Weg. Bei wesentlichen Veränderungen wie bei den Arbeitsmarktreformen werden wir aber an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen, weil diese Reformen im Grundsatz notwendig sind. Wir werden nicht mit einer Verweigerungshaltung gegen notwendige Reformen auf Stimmenfang gehen, wie es die Damen und Herren links und rechts außen hier im Parlament tun. Eine solche Verweigerungshaltung wird nicht lange tragen; denn sie ist nur auf Populismus ausgerichtet. In Wahrheit haben Sie zu den Reformen keine glaubwürdige Alternative.

(Zurufe von der PDS)

Auch Brandenburg steht vor gewaltigen Herausforderungen. Bevor ich auf diese zu sprechen komme, möchte ich die Gelegenheit nutzen, den Mitgliedern der Regierungsmannschaft sowie den Mitgliedern des Landtags der letzten Wahlperiode für die geleistete Arbeit zu danken. Danken möchte ich auch den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, die mit ihren Ideen und ihrem Fleiß unser Land weiter vorangebracht haben.

Es sind noch nicht alle Defizite aus der Zeit der deutschen Teilung beseitigt; uns stehen noch viele Aufgaben bevor. Diese können wir nur gemeinsam anpacken und meistern. Wir wollen, dass Brandenburg weiter vorankommt und zu einem der erfolgreichsten Länder im Osten Deutschlands wird. Um das zu erreichen, müssen wir schneller auf Veränderungen reagieren und uns auf die Zukunft einstellen. Da gibt es viel zu tun; denn die Welt hat sich weiter verändert. Durch die Erweiterung der Europäischen Union kommt eine Reihe von Staaten aus Osteuropa zu uns, die tief greifende Reformen über mehr als zehn Jahre hinweg hinter sich haben - tiefer greifend als unsere Reformen. Es sind motivierte Menschen. Sie verspüren einen Bildungs- und Leistungshunger und wollen Wohlstand.

Das bedeutet, dass wir uns einem größeren Wettbewerb ausgesetzt sehen. Diesen müssen wir bestehen. Das bedeutet auf der einen Seite große Anstrengungen für uns, auf der anderen Seite aber auch Chancen. Wir erleben eine Zeit der unzählbaren Möglichkeiten, aber auch vieler Risiken. Für die Menschen und die Politik läuft das Leben nicht mehr in alten, vorgezeichneten Bahnen. Jeder Einzelne hat mehr Freiheit und größere Gestaltungsspielräume, aber eben auch mehr Eigenverantwortung. Wir brauchen deshalb Mut, auch unliebsame Entscheidungen zu treffen; nur dann werden wir unser Ziel erreichen, Brandenburg so zu entwickeln, dass sich der Wohlstand mehrt.

Wir werden die Aufgaben nur meistern, wenn wir entschlossen sind, Brandenburg zu erneuern. Die Koalition ist angetreten, diese Erneuerung aus eigener Kraft herbeizuführen. Dabei werden wir uns von falschen Versprechen fern halten. Es ist besser und ehrlicher, wenn wir unsere tatsächliche Situation illusionslos beschreiben und daraus die richtigen Strategien und Konzepte entwickeln.

Brandenburg steht vor sehr großen Herausforderungen. Bevölkerungszahl und -zusammensetzung verändern sich dramatisch. Aus den berlinernen Regionen wandern die Menschen ab; insbesondere junge Menschen und Familien verlassen diese Regionen. Das macht die Entwicklung dort schwerer. Wir beklagen nicht die Mobilität der Menschen, sondern schlichtweg die Tatsache, dass diejenigen, die weggehen, oftmals nicht zurückkommen. Reden Sie einmal mit brandenburgischen Speditionen, die Umzüge organisieren, und fragen Sie, wie oft sie Umzüge von Ost nach West und wie oft von West nach Ost organisieren, so werden Sie die Wucht der Veränderung erkennen.

Die Landespolitik ist gefragt, Konzepte zu entwickeln, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen und gleichzeitig die Entwicklung im berlinnahen Raum zu forcieren. Im Ballungsraum wird immer mehr von dem erwirtschaftet, was am Ende dem ganzen Land zugute kommt. Wir haben keine andere Alternative, als unsere Ressourcen und Vorteile konsequent zu nutzen.

Hinzu kommt, dass die Zahl der jüngeren Menschen insgesamt

immer weiter abnimmt. Dies wird in wenigen Jahren dazu führen, dass in einigen Bereichen, Branchen und Regionen ein Mangel an Nachwuchskräften zu verzeichnen ist. Hier stehen wir vor der Aufgabe, Angebote zu unterbreiten und Lösungen zu finden.

Wir haben im Land immer noch eine sehr hohe Arbeitslosenquote, nämlich von ungefähr 20 %. Es ist uns in den letzten Jahren trotz aller Anstrengungen leider nicht gelungen, Besserungen herbeizuführen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das vordringlichste Ziel in Brandenburg. Um dies zu erreichen, brauchen wir Wachstum. Wir brauchen Wachstum der brandenburgischen Wirtschaft. Nur mit Wachstum ist es möglich, mehr Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Hier spricht die Koalitionsvereinbarung eine ganz klare Sprache.

„Die wichtigste Aufgabe im Land ist die Steigerung des Wirtschaftswachstums für mehr Beschäftigung. ... Den Zielen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ... verpflichten sich alle Politikbereiche.“

Meine Damen und Herren, dies ist eine sehr weit gehende Aussage. Wir werden uns beim Regierungshandeln und bei der parlamentarischen Arbeit immer wieder daran orientieren und messen lassen müssen. Von dieser Koalition wird das klare Signal ausgehen: Wir finden uns mit der Arbeitslosigkeit in Brandenburg nicht ab. Wir werden uns niemals mit dieser hohen Arbeitslosigkeit abfinden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir werden alles unternehmen, damit die brandenburgische Wirtschaft wächst und Arbeitsplätze entstehen. Das ist unser gemeinsames Ziel.

Ich möchte an dieser Stelle ein weiteres Problem erwähnen: Der Ost-West-Angleichungsprozess ist ins Stocken geraten. Seit mehreren Jahren wächst die Wirtschaft in den neuen Ländern langsamer als in den alten Bundesländern. Sie müsste jedoch stärker wachsen, wenn die Angleichung gelingen soll.

Wir müssen auf der einen Seite feststellen, dass wir gemeinsam - die Bürger, die Unternehmen, die Politik - seit der freiheitlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 beim Aufbau unermesslich viel erreicht haben. Jeder kann sich das beispielsweise an der Städtesanierung, der Verbesserung des Gesundheitssystems und der Altenpflege vor Augen führen. Auch in den Schulen ist viel passiert. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund zu jammern, zu klagen oder gar nostalgisch verklärt zurückzuschauen.

(Beifall bei CDU und SPD - Bochow [SPD]: Genau!)

Wir müssen jedoch auch feststellen, dass sich der Angleichungsprozess beschleunigen muss, wenn wir am Ziel der Ost-West-Angleichung festhalten wollen - und das wollen wir. Auch dafür benötigen wir mehr wirtschaftliches Wachstum. Um dies zu erzielen, müssen wir umsteuern. Wir werden für die Förderung der brandenburgischen Wirtschaft künftig nicht mehr Geld zur Verfügung haben als bisher; das wissen wir. Deshalb müssen wir das Geld, das wir haben, zielgerichteter einsetzen, nämlich dort, wo es den größten Effekt erzielt. Daher wird die Förderpolitik grundlegend umgestaltet und auf

Cluster und Kompetenzfelder konzentriert. Diese Umsteuerung allein - das ist meine feste Überzeugung - wird allerdings nicht ausreichen, um das Wachstum der brandenburgischen Wirtschaft deutlich zu verbessern.

Notwendig ist es darüber hinaus, die Unternehmen und die Bürger konsequent von Bürokratie zu befreien. Das kostet den Staat nichts, im Gegenteil: Das spart am Ende sogar noch Geld. Die immer stärker ausufernde Bürokratie, die Entmündigung und Gängelung der Bürger mit allen möglichen kleinteiligen Vorschriften, ist eines der Grundübel unserer Zeit. Das kostet Kraft, Geld, erstickt Kreativität und macht am Ende auch Chancen zunichte.

(Beifall bei der CDU)

Eine Abkehr hiervon ist unverzichtbar. Die CDU-Fraktion wird sehr genau darauf achten, dass Bürokratie wirklich abgebaut wird. Wir werden diesbezüglich konsequent den Finger in die Wunde legen. Deregulierung und Entbürokratisierung müssen zu einer starken Säule der brandenburgischen Wirtschaftsförderung werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dass es geht, wenn man will, haben andere Bundesländer vorgeführt. Peter Müller hat im Saarland innerhalb von fünf Jahren mehr als zwei Drittel der gesamten Vorschriften, Verwaltungserlasse etc. außer Kraft gesetzt. Wenn das kleine Saarland das kann, warum soll es Brandenburg nicht auch können?

(Zuruf von der PDS: Da ist alles überschaubarer!)

Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass der Bund durch die Schaffung von Öffnungs- und Experimentierklauseln bei der Anwendung von Bundesrecht Erleichterungen für Brandenburg und andere neue Länder im Standortwettbewerb ermöglicht.

Ein nächster wichtiger Punkt: Wir haben 1990 ein Rechtssystem aus den alten Bundesländern übernommen, das auf eine satte Wohlstandsgesellschaft ausgerichtet war, in der die Dinge strukturiert waren, in der die Infrastruktur perfekt war. Wir befinden uns im Aufbau; diese Gesetzgebung passt zum großen Teil nicht mit unserer Situation zusammen. Es kann nicht sein, dass wir für den Bau einer Straße oder eines Radwegs viele Jahre Planungsverfahren benötigen oder über ein Jahr lang die gesamte Flora/Fauna im Planfeststellungsbereich zahlenmäßig dokumentieren müssen. Das kostet Geld und ist in dem jetzigen Maße nicht vertretbar. Dies müssen wir zurückschrauben und es ist wichtig, dass wir neuen Bundesländern - da müssen wir unser Schicksal auch einmal in die eigene Hand nehmen - über den Bundesrat Möglichkeiten erkämpfen, vom Bundesrecht abweichen und eigene Wege gehen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Die Koalition wird sich darauf konzentrieren, dass die vorhandenen Möglichkeiten für wirtschaftliche Entwicklung konsequent genutzt werden. Dazu gehören die verschiedenen in Entwicklung befindlichen Cluster, die Luftfahrtindustrie, die Biotechnologie, die Luft- und Raumfahrt, die Medienwirtschaft, aber auch der Tourismus, der insbesondere für die ländlichen Regionen eine Chance ist.

Ich möchte beispielhaft das Projekt WIN - Wassertourismus-Initiative Nordbrandenburg - benennen. Hier haben wir in den nächsten zehn, 15 Jahren Steigerungsraten von bis zu 100 % zu erwarten. Wenn wir diese Chance nicht nutzen, verspielen wir etwas. Auf solche Dinge müssen wir uns konzentrieren.

Ein anderes Beispiel ist der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Single-Airport. Vor einem Jahr hieß es, die einzige Interkontinentalverbindung von Berlin aus sei die nach Asien, nach Ulan-Bator in der Mongolei.

(Schulze [SPD]: Ulan-Bator ist doch sehr wichtig!)

Ich weiß nicht, ob es jetzt noch so ist. Ich habe gehört, Delta-Airline will von Berlin aus wieder die Direktflugverbindung in die USA aufnehmen. Es ist lächerlich für die Hauptstadt der größten Nation in Europa, solch provinzielle Verhältnisse zu haben.

(Beifall)

Da lacht die Welt und Frankfurt freut sich, denn dorthin müssen die Menschen, Unternehmer beispielsweise, fliegen und umsteigen. Hier muss sich etwas bewegen, und zwar rasch und konsequent. Deshalb stehen wir zum Ausbau dieses Flughafens.

Eine weitere Herausforderung ist die Lage der öffentlichen Finanzen. Wir befinden uns in der guten Situation, über den Landeshaushalt etwa 30 % mehr Geld ausgeben zu können als vergleichbare westliche Bundesländer wie Schleswig-Holstein. Wir wissen allerdings auch, dass dieser Glücksumstand nicht mehr lange anhalten wird. Bereits in drei Jahren werden die Einnahmen des Landes spürbar sinken und wir müssen uns jetzt darauf einstellen.

Wir haben drei Herausforderungen zu bewältigen:

Erstens: Wir müssen uns auf die sinkenden Einnahmen vorbereiten. Wir bekommen allein über den Solidarpakt 15 % unserer Haushaltsmittel. Dieser Solidarpakt wird ab dem Jahr 2009 schrittweise zurückgeführt, aber auch andere Mittel wie voraussichtlich die EU-Fördermittel.

Zweitens: Das Schuldenmachen muss endlich aufhören. Es kann nicht sein, dass wir nicht in der Lage sind, mit dem auszukommen, was wir selbst erwirtschaften, und dass wir uns immerfort bei unseren Kindern bedienen und ihnen ständig neue Schulden aufladen müssen. Aufgrund der eingebrochenen Steuereinnahmen wird in diesem Jahr jeder neunte Euro im Landeshaushalt mit neuen Schulden finanziert.

Die PDS fordert ja noch mehr. Sie will ja den Abbau der Neuverschuldung verlangsamen, wie man hören kann.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

Das darf nicht so weiter gehen. Die Kreditaufnahme wird deshalb jährlich um 175 Millionen Euro zurückgeführt werden.

(Zuruf von der PDS: Na ja!)

Drittens: Wir müssen die Solidarpaktgelder zweckentsprechend einsetzen. Wir bekommen von den alten Ländern jähr-

lich 1,5 Milliarden Euro, also 15 % des Landeshaushaltes. Wir bekommen dieses Geld für den Aufbau unserer Infrastruktur. Wir haben das einmal mit Gutachten unterlegt: Diese 1,5 Milliarden Euro - gestaffelt bis zum Jahr 2019 und irgendwann sinkend - sind genau die Summe, die wir rechnerisch brauchen, um unsere Infrastruktur auf den Stand zu bringen, über den die alten Länder verfügen. Wenn wir dieses Geld, das aus den alten Ländern kommt, heute nicht für die Infrastruktur ausgeben, dann heißt das, dass wir nie wieder in der Lage sein werden, sie wirklich auf den Stand der alten Bundesländer zu bringen. Wir verständigen uns damit an der Zukunft.

Und: Wie soll ich das jemandem, der aus München, Düsseldorf oder Kiel kommt, erklären, der jeden Monat seinen Solidarbeitrag bezahlt? Denn dort kann dadurch weniger gemacht werden. Im Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen war das auf den Straßen eines der wesentlichen Argumente. Lassen Sie sich das einmal von Ihren Leuten erklären! - Aber gut, die PDS ist da nicht präsent.

(Lachen bei der PDS)

- Ich weiß, Sie haben im Rhein-Sieg-Kreis sogar einen Abgeordneten gehabt, der dann eine Fraktionsgemeinschaft mit der NPD eingegangen ist und der dann auf Druck der Bundesspitze austreten musste. - So viel zu links-rechts, rot-braun.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Damit haben Sie ja auch Erfahrungen gemacht!)

Meine Damen und Herren, die beschriebenen Herausforderungen sind gewaltig und es werden schwere Einschnitte notwendig sein, um die Finanzprobleme zu lösen.

Wir werden die Zahl des Landespersonals weiter zurückführen, bis zum Jahr 2009 auf 51 000 Vollzeitstellen, und wir werden die konsumtiven Ausgaben kritisch prüfen und reduzieren.

Wir wollen bei den Investitionen ein hohes Niveau halten. Investitionen sind unsere Zukunft; sie schaffen Arbeit und beständige Werte. Wir sind uns bewusst, dass mit Kürzungen von Investitionen der Landeshaushalt nicht saniert werden kann, sondern dass dadurch langfristig die finanzpolitischen Probleme zementiert werden.

Die von EU und Bund bereitgestellten Mittel werden - soweit dies möglich ist - kofinanziert und insbesondere für die Verbesserung der Standortbedingungen eingesetzt.

Ich fordere die PDS-Fraktion auf, bei finanzpolitischen Fragen nicht nur polemisch Kritik zu üben, sondern wenigstens den Versuch zu unternehmen, wahrhaftig zu bleiben. Das, was Sie jetzt machen, ist zutiefst unredlich.

(Zurufe bei der PDS: Oh, oh!)

Frau Enkelmann, Sie haben allein in Ihrer Rede hier vieles gefordert. Ich nenne nur einmal kleinere Schulklassen - das würde mehr Lehrpersonal bedeuten.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das hatte ich gar nicht in meiner Rede drin!)

- Ja, Sie haben das aber in Ihrem Programm gefordert. Sie ha-

ben auch gefordert, die Schülerbeförderung wieder kostenfrei anzubieten, was mehr kosten würde, Sie haben deutlich mehr Mittel für die Kommunen gefordert. Allein die Forderungen in Ihrem Wahlprogramm haben insgesamt Kosten von jährlich über 400 Millionen Euro ausgemacht.

(Zuruf bei der PDS: Gut ausgerechnet!)

Man muss das Geld, das man ausgeben will, vorher erwirtschaften.

(Vietze [PDS]: Richtig!)

- Ja, das scheint aber bei vielen Planwirtschaftlern in Ihrer Fraktion, Herr Vietze, noch nicht angekommen zu sein.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der PDS)

Sie versprechen allen alles und am Ende kritisieren Sie die Verschuldung. Das geht nicht zusammen. Mit einer solchen Doppelzüngigkeit verkaufen Sie den Bürger für dumm und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Widerspruch bei der PDS)

Meine Damen und Herren, den Kommunen im Land gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir brauchen leistungsfähige Kommunen mit einer ausreichenden Finanzausstattung. Das Finanzausgleichsgesetz ist hierzu ein wichtiger Beitrag und wird die Finanzausstattung der Kommunen wesentlich verbessern. Die Gemeinden und Kreise müssen finanziell in der Lage sein, die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können, und sie müssen eigene gestalterische Spielräume besitzen.

Dafür sind die Kommunen durch weitere Aufgabenreduzierungen spürbar zu entlasten. Das Gesetzesdickicht muss weiter gelichtet und Überregulierungen müssen abgebaut werden.

Dann, meine Damen und Herren, wollen wir, dass die Gemeinden künftig mehr Geld als bisher direkt und ungebunden erhalten, denn die politischen Entscheidungsträger vor Ort wissen viel besser, wofür das Geld einzusetzen ist, ob man eine Straße bauen, ein Gebäude sanieren oder den Jugendklub sanieren will. Vor Ort müssen die Entscheidungen fallen und nicht hier am grünen Tisch in Potsdam.

(Zuruf von der PDS: Das haben Sie von uns beschrieben!)

Meine Damen und Herren, Bildung ist der Schlüssel dafür, dass jeder aus seinem Leben das Beste machen kann. In den Schulen wird die Zukunft gestaltet - oder verspielt. Deshalb muss Bildungspolitik oberste Priorität haben.

Es liegt nicht an den Fähigkeiten und Begabungen unserer Schüler, dass sie bei PISA so schlecht abgeschnitten haben, sondern es liegt nach meiner festen Überzeugung daran, dass in den 90er Jahren der Leistungsgedanke im Bildungssystem sträflich vernachlässigt wurde. Die Grundlagen dafür hat übrigens Bündnis 90 gelegt.

Brandenburg wurde nach der Wende mit den Parolen aus der alten Bundesrepublik der 70er Jahre überzogen. Sachsen und Thüringen gehören zur Spitzengruppe in Deutschland, obwohl

sie 1990 von genau denselben Ausgangsbedingungen wie Brandenburg gestartet sind.

CDU und SPD haben in den vergangenen vier Jahren in Brandenburg im Bildungsbereich wichtige Reformen auf den Weg gebracht, die den Leistungsgedanken wieder in den Vordergrund rücken. Wir haben verpflichtende Prüfungen nach der 10. Klasse eingeführt, wir haben die Benotung ab Klasse 2 möglich gemacht, wir haben in der Grundschule die Stundentafel aufgestockt und wir haben die Rahmenlehrpläne geändert, verbindlichere Festlegungen in den Rahmenlehrplänen getroffen.

Wir haben mit der Bildungsoffensive begonnen, aber wir sind noch lange nicht am Ziel.

Wir wollen auch in dieser Legislaturperiode deutlich vorankommen. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen hier im Landtag vor zehn Tagen einen Gesetzentwurf zur Veränderung der Schulstruktur in Brandenburg eingebracht. Wir wollen in Brandenburg keine Reform um der Reform willen durchführen. Wir machen sie, um den Wettbewerb mit den Besten zu bestehen.

Wir müssen uns zur Leistung und zur Effizienz im Bildungssystem bekennen. Uns allen muss klar sein, dass bessere Bildung nur durch Anstrengung und Mühe erreicht werden kann. Der Begriff Leistung muss wieder eindeutig positiv belegt werden. Leistung zu erbringen schafft Selbstvertrauen, gibt Stärke und Kraft, und die brauchen wir, wenn wir uns international an die Spitze heranarbeiten wollen.

Bildung ist nicht nur eine Frage der investierten Mittel, sondern vor allem des Menschenbildes. Die Jugendlichen wollen gefordert werden und wollen stolz sein auf ihre Leistungen. Wer in der Schule nicht begreift, dass Leistung mit zum Leben gehört, wird in unserer Leistungsgesellschaft Probleme haben. Deshalb muss man die Schüler fördern und fordern. Dieser Gedanke muss ebenso im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wollen wir flächendeckend die Verkürzung des Abiturs auf zwölf Jahre. Schauen Sie sich einmal die umliegenden Nationen an! Bei den Franzosen, den Spaniern und in Österreich sind es zwölf Jahre! Das ist das gängige Modell in Europa.

Wir wollen eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Qualitätsmessungen an Schulen. Wir haben in mehreren Klassenstufen einheitliche Vergleichstests. Die Schulen müssen sich dadurch messen können.

Wir wollen eine stärkere Selbstständigkeit von Schulen und die Veröffentlichung der Ergebnisse von Vergleichsarbeiten. Das ist ein ganz konkreter, praktischer Punkt. Ich kann Ihnen das einmal aus eigener Erfahrung sagen: Wer für seine Kinder eine Schule sucht, sieht natürlich danach, welche Schule die beste Bildung bietet. Nun kann man sich informieren, welche wie gut ist - aber das alles nur nach dem Hörensagen.

Sehen Sie sich einmal an, wie es anderswo geht. - Dort stehen die Durchschnittsergebnisse von Vergleichsarbeiten im Internet. Da können sich die Eltern informieren, welche Schule gut ist, welche schlecht ist, an welche sie ihr Kind schicken wollen.

Dann haben auch die Lehrerkollegien und die Schulen die Möglichkeit des Wettbewerbs. Die wissen dann natürlich: Wenn wir gut sind - sie wollen gut sein -, kommen die Schüler zu uns, dann haben wir mehr Anmeldungen, dann können wir uns auch aussuchen, welche Schüler wir haben wollen und welche nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Sinn: Wettbewerb auch zwischen den Schulen. Hier wollen wir einen echten Wettbewerb ermöglichen und damit die Anstrengungen und Ergebnisse verbessern.

Meine Damen und Herren, jeder Mensch ist einmalig und es wert, Chancen zu bekommen. Es gibt keine unterschiedliche Wertigkeit von Menschen, aber es gibt unterschiedliche Begabungen. Es ist gut und richtig, Schwache besonders zu fördern. Es ist aber genauso gut und richtig und muss auch normal sein, Starke entsprechend zu fördern, sonst verkümmern Talente, die unser Land dringend braucht. Deshalb wollen wir den Erhalt der Förderschulen und eine Förderung der Schwachen. Wir wollen, dass entsprechend Begabte die Möglichkeit erhalten, bereits nach vier Grundschuljahren auf das Gymnasium zu wechseln, um dort frühzeitiger durch Fachunterricht gefördert zu werden.

Meine Damen und Herren, Bildung ist mehr als reine Wissensvermittlung. Zum Wesen von Bildung gehören Wertevermittlung und Erziehung. Der Erziehungsgedanke muss künftig wieder einen deutlich höheren Stellenwert erhalten.

Wir wollen deshalb mehr Qualifikation und Fortbildung und entsprechende Angebote für Lehrer.

Wir wollen echte Kopfnote - Betragen, Fleiß, Mitarbeit, Ordnung - für das Sozialverhalten an den Schulen, sodass auch hier wieder Anreize bestehen, Wettbewerb sozialverhaltenstypisch einzurichten, und damit sich auch die Ausbilder und die Betriebe ein besseres Bild von den Bewerbern, die zu ihnen kommen, machen können.

Gerade in einer Zeit, in der sich vieles rasant verändert, brauchen alle, aber vor allem junge Menschen Halt und Orientierung. Hier sind die Eltern gefordert, aber auch die Schule muss ihren Beitrag leisten.

Damit die Bildungsinitiative gelingt, müssen die wichtigsten Akteure, die Lehrer, stärker unterstützt, gefördert und motiviert werden. Die notwendigen Veränderungen müssen in enger Zusammenarbeit mit den Lehrern stattfinden. Das ist unabdingbar.

Meine Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag wird umfassend auf die Bekämpfung des Extremismus, insbesondere des Rechtsextremismus, eingegangen. Wir werden diese Irrungen - Extremismus, egal welcher Couleur - nur zurückdrängen, wenn wir mehr für die positive Vermittlung demokratischer Werte tun. Die positive Vermittlung der Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat ist die beste Gewähr dafür - übrigens auch eine großartige Aufgabe -, Verführungen durch Extremisten zu begegnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Jede Generation muss neu für diese Werte gewonnen werden.

Wir können uns einmal die Wahlergebnisse der Juniorwahl anschauen. Die Darstellung ist zwar nicht repräsentativ, aber ein Fingerzeig dafür, was dort passiert, wie stark Extreme von links oder rechts Stimmen bekommen haben. Die jungen Menschen jeder Generation müssen neu gewonnen werden für die Werte Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht vor, auf dem halben Bildungsweg stehen zu bleiben. Bildung endet nicht mit dem Abitur, sondern setzt sich an den Hochschulen fort. Zukunft und Ideen entstehen besser an den Hochschulen, die sich möglichst frei entfalten und entwickeln können.

Deshalb wollen wir den Hochschulen zum Beispiel die Freiheit geben, ihre Professoren selbst auszusuchen, und wir wollen die Möglichkeiten der Auswahl von Studenten stärken. Ein Zeichen, dass Anstrengung sich lohnt, ist die Fortschreibung der leistungsbezogenen Mittelvergabe. Diese soll weiter ausgebaut werden. Im Übrigen, meine Damen und Herren, haben wir die Anzahl der Studenten, der Studienplätze an den Hochschulen bereits deutlich erhöht. Frau Enkelmann, Sie nannten vorhin 3 500 als Ziel. Gut zwei Drittel davon sind bereits erreicht. Es geht also voran. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis.

Die Koalition hat sich klare und harte Vorgaben gesetzt, wenn es um das Sparen geht. Im Wissenschaftsbereich setzen wir ein deutliches Zeichen dafür, dass uns dieser am Herzen liegt. Denn trotz der bereits beschriebenen Notwendigkeit von Einsparungen werden die Mittel für Wissenschaft und Forschung nicht gekürzt.

Wissenschaft und Wirtschaft können nur voneinander profitieren, wenn sie verstärkt zusammenarbeiten. Die Wissenschaft wird sich in Zukunft noch stärker um finanzielle Mittel aus der Wirtschaft bemühen müssen und die Wirtschaft muss auf die Hochschulen zugehen, um zu sagen, was sie braucht und erwartet. Der Staat kann Anreize schaffen und das werden wir tun.

Meine Damen und Herren! Neben der Erfüllung der Herausforderung, Brandenburg stark und leistungsfähig zu machen, wollen wir, dass sich unsere Bürger sozial geborgen wissen. Unsere Ansätze weisen in die richtige Richtung.

Wir wollen Familien stärken und unseren jungen Menschen Mut machen, sich für die Familie zu entscheiden. Die Familie ist die Grundlage einer Gesellschaft. Hier werden Werte vermittelt, hier wird Geborgenheit vermittelt, hier gibt es Sicherheit. Die Familie bringt Kinder hervor und sie vermittelt Erziehung und Werte.

Wir werden in der Koalition ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket für ein familien- und kinderfreundliches Brandenburg entwickeln, um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Wir halten auch künftig an einem hohen Niveau der Kinderbetreuung fest. Dabei sind Reserven zu nutzen, zum Beispiel beim Ausbau der Betreuung durch Tagesmütter.

Ein besonderes Anliegen ist für uns der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Misshandlungen und Vernachlässigungen. Wir alle haben noch die Bilder von Dennis aus Cottbus

oder Pascal aus Strausberg und von dem, was an anderer Stelle geschehen ist, vor Augen. Hier hat auch der Staat versagt. So etwas darf nicht passieren. Wir können nicht alles verhindern, aber wir können daran arbeiten, dass genauer hingeschaut und eher gehandelt wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Koalition wird Möglichkeiten prüfen - einschließlich etwaiger Rechtsänderungen -, um den Schutz von Kindern vor Misshandlungen und Vernachlässigungen zu verbessern. Das ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Kinder sind das Wichtigste in unserer Gesellschaft und wir wollen und werden mehr für Kinder tun.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren! Gesellschaftliche Teilhabe ist für ältere Menschen und für Behinderte von großer Bedeutung. Sie sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft, denn sie vermitteln Erfahrungen.

Die Arbeit der Seniorenverbände und der Behindertenverbände war und ist weiterhin unverzichtbar. Neben den sozialen Diensten müssen die Familienhilfe und ehrenamtliches Engagement weiter an Bedeutung gewinnen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen darauf hinwirken, dass zum Beispiel die Landesverwaltung der Verpflichtung nachkommt, mindestens 5 % Schwerbehinderte zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Keine Gesellschaft kommt ohne Identität aus. Woher wir kommen, was wir sind und was wir denken, definiert sich auch über die Kultur unseres Landes.

(Zuruf des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Wir wollen unsere Kultur weiter fördern und sicherstellen, dass sie in erreichbarer Nähe stattfinden kann.

Wir können - auch das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden - nur das ausgeben, was wir im Geldbeutel haben. Deshalb muss nach Wegen gesucht werden, die Kultur in Brandenburg auch in Zukunft trotz knapper Kassen zu erhalten. Die eingeleitete Kulturentwicklungskonzeption zeigt einen richtigen Weg. Sie bündelt die vorhandenen Mittel und das gilt es fortzuentwickeln.

Meine Damen und Herren, Potsdam soll 2010 Kulturhauptstadt Europas werden. Die Chancen dafür stehen gut und wir werden - ich denke, da sind wir uns alle einig - diese Bewerbung gemeinsam und mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen. Wir wollen, dass Potsdam im Jahr 2010 Kulturhauptstadt wird, und werden unseren Beitrag dafür leisten.

Meine Damen und Herren! Die Streichung des Begriffes „Landwirtschaft“ aus der Bezeichnung des entsprechenden Ministeriums hat bei den berufsständischen Verbänden zu Unmut geführt. Ich kann ihnen sagen: Diese Sorgen sind unbegründet. Dafür haben wir zu viele Landwirte im Parlament, die dieses wichtige Anliegen vertreten.

Die Koalition - insbesondere meine Fraktion - wird gewährleisten, dass die Landwirtschaft ebenso wie die Bereiche der Forstwirtschaft, der Fischerei und des Gartenbaus die tragenden Säulen der Entwicklung im ländlichen Raum bleiben. Bei allen Überlegungen und Entscheidungen zum ländlichen Raum wird in der Politik wie in der Verwaltung von diesem Grundgedanken ausgegangen.

Wir haben zukunftsfähige Agrarstrukturen in Brandenburg. Die Landesregierung ist gefordert, darauf zu achten, dass diese Agrarstrukturen nicht durch Regelungen der Europäischen Union oder des Bundes benachteiligt werden - benachteiligt werden im Wettbewerb gegenüber anderen Staaten und anderen Regionen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, ist mehr denn je der unternehmerisch handelnde Landwirt, der in Eigeninitiative auch andere Geschäftsfelder erschließt, um die Zukunftsfähigkeit seines Betriebes zu sichern.

Meine Damen und Herren, auch Biotechnologie müssen wir endlich als eine Chance der brandenburgischen Landwirtschaft im weltweiten Wettbewerb begreifen. Abschottung und Ächtung dieser Technologie benachteiligt Brandenburger Agrarbetriebe und lässt die Lücke zur Weltspitze immer breiter klaffen. Dringend notwendig ist eine ideologiefreie Beratung und Information.

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, im Natur- und Umweltschutzrecht keine Landesregelung über Bundes- und EU-Standard hinaus zu verfolgen, eine Entscheidung, die nicht nur die Politik, sondern vor allem auch die nachgeordneten Verwaltungen in ihrer täglichen Arbeit fordern.

Angesichts der Finanzlage des Landes und der Notwendigkeit, gerade im ländlichen Raum Arbeit zu schaffen, muss etwas getan werden. Schauen Sie sich einmal die Arbeitslosenquoten an. Im Raum Templin in der Uckermark liegt die Arbeitslosenquote bei 25 %. Schwedt ist Industriestandort, da geht es noch. Aber je weiter man in den ländlichen Bereich kommt, umso schwieriger wird es. Dort gibt es Arbeitslosenquoten von bis zu 30 %. Wir haben die Pflicht, alles möglich zu machen, damit dort Arbeitsplätze entstehen. Das heißt, wir können uns in bestimmten Bereichen keine Sonderwege oder Extravaganzen mehr leisten. Deshalb haben wir uns darauf verständigt, im Natur- und Umweltschutzrecht pragmatischer zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir bekennen uns zu den Großschutzgebieten und wir bekennen uns zu einer Umweltpolitik, die nachhaltig den Erhalt der Brandenburger Kultur- und Naturlandschaft sichert. Alle Maßnahmen zur Sicherung des Natura-2000-Schutzes - FFH-Richtlinie - sind unter diesen Aspekten zu sehen und durchzuführen. Es gilt für uns, Konflikte vor Ort zu vermeiden und die Akzeptanz der betroffenen Bürger in den Vordergrund zu stellen. Wir müssen die betroffenen Bürger dafür gewinnen. Wir können nicht zulassen, dass es zu Konflikten kommt wie denen im Nationalpark „Unteres Odertal“, sodass der Naturschutz dort einen schlechten Ruf bekommt. Das kann auch nicht im Interesse der Naturschützer sein.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Wir wollen deshalb das Nationalparkgesetz Unteres Odertal novellieren und den Trägerwechsel im Nationalpark „Unteres Odertal“ durchsetzen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Nicht alles kann in einer Koalitionsvereinbarung geregelt oder in einer Regierungserklärung gesagt werden. Dennoch gibt es viele Dinge, die wir nicht vergessen und an denen wir festhalten. Die viel diskutierte Kormoranproblematik ist ein Beispiel dafür, denn daran hängen am Ende Existenzen. Dazu gehören auch die Industriehäfen in Rathenow und Döberitz an der Unteren Havel; davon hängen viele Arbeitsplätze ab.

Meine Damen und Herren, die demographische Entwicklung in Brandenburg hat zu erheblichen Unterschieden zwischen dem engeren Verflechtungsraum und dem äußeren Entwicklungsraum des Landes geführt. Wir wollen deshalb die Landesplanung überprüfen und anpassen. Die als Orientierungswerte und Ziele einstmals formulierten Grundsätze sind zum Teil einfach von der Zeit überholt worden. Das geschah spätestens mit der Gemeindereform. Deshalb müssen wir hier nachsteuern. Angestrebt werden Vereinfachungen, weniger Bürokratie und ein geringerer Verwaltungsaufwand.

Für den weiteren Ausbau und die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur ist die Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesverkehrswegebeschleunigungsgesetzes eine sehr wichtige Voraussetzung. Wir können in den neuen Ländern Verkehrsprojekte noch forcieren und schneller umsetzen, als das in den alten Ländern der Fall ist. Das muss auch so weitergehen, denn wir haben noch großen Nachholbedarf. Die Landesregierung ist gefordert, gemeinsam mit den anderen neuen Ländern eine entsprechende Initiative im Bundesrat auf den Weg zu bringen. Planverfahren mit einer Dauer von zehn Jahren und mehr zum Neubau oder zur Erweiterung einer Straße sind einfach nicht mehr zeitgemäß und kosten auch viel Geld.

(Beifall bei der CDU)

In den Städten ist weiterhin zur Wohnumfeldverbesserung viel zu tun, um auch bei sinkenden Einwohnerzahlen die Städte lebenswert zu erhalten. Der Rückbau von nicht mehr genutztem Wohneigentum ist unverzichtbar. Wichtig ist auch, mit der Bundesregierung zu Regelungen über die weitere Entlastung von Altschulden zu gelangen. Sonst haben unsere Wohnungsbaugesellschaften ein Problem und am Ende hat das Land wegen der ausgereichten Förderkredite dieses Problem.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, wenn wir Brandenburg nach vorn bringen wollen, sind größer denn je. Wir sind gewillt, gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern entschlossen anzupacken. Wir möchten der Regierung Mut machen, konsequent zu handeln und Veränderungen durchzusetzen. Ich bin fest davon überzeugt, dass derjenige, der sich die Herausforderungen anschaut, vor denen wir stehen - die Bevölkerungsentwicklung, die Lage der Finanzen, die wirtschaftliche Entwicklung, die neuen Wettbewerber im Osten -, und das alles nüchtern betrachtet, erkennt: Diese Regierung steht wohl vor den schwierigsten Problemen und den größten Herausforderungen, vor denen je eine brandenburgische Landesregierung gestanden hat.

Ich erwarte, dass die Landesregierung die Lösung dieser Probleme entschlossen in Angriff nimmt. Seien Sie gewiss: Wir als CDU-Fraktion, als Koalitionsfraktion, das Parlament werden sie dabei mit aller Kraft entschlossen unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Ich danke dem Abgeordneten Lunacek für seinen Beitrag. Damit sind alle Fraktionen einmal zu Wort gekommen.

Ich nutze die Gelegenheit, die Schüler der 12. Klasse des Spreeland-Gymnasiums aus Cottbus recht herzlich zu begrüßen und ihnen einen interessanten Tag in Potsdam zu wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Fraktionen haben ihre Redezeiten in unterschiedlichem Maße ausgeschöpft. Ich frage daher: Gibt es weiteren Redebedarf bei der PDS-Fraktion? - Gibt es noch Redebedarf bei der SPD-Fraktion? - Gibt es weiteren Redebedarf bei der DVU-Fraktion? - Gibt es noch Redebedarf bei der CDU-Fraktion? - Es gibt keinen weiteren Redebedarf. Ich danke Ihnen und schließe die Aussprache zur Regierungserklärung. Diese ist damit vom Parlament zur Kenntnis genommen worden.

Damit komme ich zum **Tagesordnungspunkt 2:**

Bestellung der Ausschüsse des Landtages Brandenburg sowie Festlegung der Zahl ihrer Mitglieder

Antrag
des Präsidiums

Drucksache 4/13

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben im Vorfeld eine Einigung herbeigeführt, die dem Antrag des Präsidiums zugrunde liegt. Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit kann ich die Drucksache 4/13 direkt zur Abstimmung stellen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die übergroße Mehrheit. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann wünsche ich, dass die Ausschussarbeit ebenso harmonisch verläuft wie diese Abstimmung.

Wir befinden uns nicht mehr ganz im Zeitplan. Deshalb empfehle ich, die Mittagspause nur bis 14 Uhr auszudehnen. Wir treffen uns also um 14 Uhr wieder. Guten Appetit!

(Unterbrechung der Sitzung: 13.13 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 14.02 Uhr)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Beratungen fort. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

1. Lesung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Schulstruktur im Land Brandenburg (Schulstrukturgesetz)

Gesetzentwurf
des Abgeordneten Schulze (SPD) und
der Abgeordneten Funck (CDU)

Drucksache 4/12

Ich eröffne die Aussprache. Es spricht für die Einbringer der Abgeordnete Christoph Schulze.

(Schulze [SPD]: Nein, Frau Siebke!)

Dann sollte man uns das mitteilen, denn wenn vorher etwas anderes mitgeteilt wird, ist das schwierig. Es spricht also Frau Siebke für die SPD-Fraktion.

Frau Siebke (SPD):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte sagen und ich sage es auch: Endlich! Es sieht so aus, als ob sich eine beinahe endlos erscheinende Geschichte nun zu einem positiven Ende neigen würde. Davon gehe ich aus. Wir alle wissen, wie lange diese Geschichte schon dauert. Sie hat mit den Ergebnissen der so genannten Wunder-Kommission begonnen, die uns bereits in der Legislaturperiode zuvor deutlich gesagt hat, dass es Sinn macht, neben dem Gymnasium nur noch eine weiterführende Schulform im Land Brandenburg zu haben, einfach aus den Gründen der demographischen Entwicklung, die heute bereits des Öfteren eine große Rolle gespielt hat. Zwischenzeitlich gab es Ergebnisse aus der PISA-Studie, die diesen Gedanken unterstützt haben. In der letzten Legislaturperiode waren sich bereits an einem Punkt alle Verbände und Gremien bis auf wenige Ausnahmen darin einig, dass dieser Weg zu gehen ist. Es hat nun bis zum Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode gedauert, diesen Schritt zu gehen.

Heute liegt uns ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vor, der die Zusammenführung von Realschulen und Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe zum Schuljahr 2005/06 vorsieht. Über den Namen, wie diese Oberschule nun heißen soll, ob Sekundarschule oder Oberschule, brauchen wir uns nicht zu streiten. Fakt ist, dass es neben dem Gymnasium eine weiterführende Schule geben wird. Diese Vorlage, besonders die Darstellung der inneren Struktur, ist natürlich, da sie von der Koalition eingebracht wurde, ein Kompromiss.

Es handelt sich um zwei sehr unterschiedliche Ansätze, die Sie alle kennen. Die SPD bevorzugt die integrative Beschulung von Schülern, die CDU möchte am liebsten die Schüler sofort in abschlussbezogene Klassen sortieren. Eine entsprechende Struktur zu finden ist sehr schwierig.

Wir haben nun eine Struktur gefunden, die ich einmal nennen möchte. Es ist an dieser Oberschule möglich, ab Klasse 7 bildungsgangbezogene Klassen einzurichten. Es wird möglich sein, von Klasse 7 bis 10 integrativ zu beschulen. Es ist auch möglich, eine Mischform zu wählen, nach der in den Jahrgangsstufen 7 und 8 integrativ unterrichtet wird und ab Klasse 9 jahrgangsbezogene Klassen gebildet werden können.

Über diese Möglichkeiten, die ich eben nannte, und darüber, welche dieser Strukturen in einer Oberschule zum Zuge kommen werden, entscheidet die Schulkonferenz in Zusammenarbeit mit dem Schulträger, in erster Linie aber die Schulkonferenz. Das heißt, letztendlich haben es insbesondere Lehrer und Eltern in der Hand, über die Struktur an der Oberschule, an der ihre Kinder lernen sollen, zu entscheiden. Das ist etwas Positives, denn wir sprechen nicht nur davon, dass Eltern und Lehrer gemeinsam Selbstständigkeit von Schule mit Inhalten füllen sollen. Es ist natürlich ein Ausdruck von Selbstständigkeit, wenn die Schule selbst entscheiden kann, welche Form sie sich geben wird.

Ich werde die nächsten Wochen nutzen, dafür zu werben, dass solche Formen gewählt werden - der Ministerpräsident sagte das bereits -, bei denen keines unserer Kinder auf der Strecke bleiben wird. Das ist das Hauptanliegen, wenn es darum geht, die Oberschulen auszugestalten.

In den kommenden Beratungen - wir werden dazu auch Anhörungen durchführen - werden aus meiner Sicht besonders folgende Fragen im Mittelpunkt stehen müssen: Wie ist die Durchlässigkeit in dieser Schule geregelt? Wie funktioniert die Förderung jedes einzelnen Schülers? - Ich sage ausdrücklich, nicht nur der schwachen, sondern auch der starken Schüler, weil das hier heute immer wieder betont worden ist. Dazu stehe ich. Wie wird der Zugang der Schüler zu der Oberschule sein, wenn sie unterschiedliche Ausgestaltungen hat? Es geht um die Wahl der entsprechenden Schule durch die Eltern.

Ich wünsche uns konstruktive Beratungen und viel Glück bei der Gesetzgebung bezüglich der Weiterentwicklung der Schulstruktur.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die PDS-Fraktion spricht die Abgeordnete Große.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Eines der aufgrund erheblicher Differenzen zwischen SPD und CDU in der letzten Legislatur gescheiterten Probleme soll nun im Schnellflug einer Lösung zugeführt werden. Ohne Mitzeichnungsverfahren im Kabinett, ohne Begründung, ohne Zielsetzung wird ein Schulgesetz auf den Weg geworfen, das tief greifende Veränderungen unserer Schullandschaft nach sich ziehen wird.

Es ist unumstritten, dass es Handlungsbedarf gibt. Wertvolle Zeit ist in den letzten Jahren vergeudet worden, auch weil PDS-Anträge schon aus Prinzip abgelehnt wurden. Darin waren sich die Koalitionsfraktionen immer einig. Die beschämenden Brandenburger Ergebnisse bei den internationalen Schulleistungsvergleichen, auch der jüngste OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ und natürlich die demographische Situation erzwingen geradezu strukturelle Veränderungen.

Es muss also erstens um eine bessere Qualität schulischer Bildung und zweitens um den Erhalt wohnortnaher Schulstandorte gehen. Beides sind maßgebliche Parameter zur Wahrung von Chancengleichheit.

Wie wird das vorliegende Gesetz diesem Anspruch gerecht? Herr Ministerpräsident Platzeck hat heute in seiner Erneuerungsrede schon von einer intelligenten Lösung gesprochen. Zunächst lässt sich feststellen, dass die unterschiedlichen Handschriften von SPD und CDU deutlich erkennbar sind, was dem Gesetz hinsichtlich seiner konzeptionellen Klarheit eher geschadet hat. Die augenscheinlich erheblich divergierenden Bildungsphilosophien, ein völlig unterschiedliches Verständnis von Begabungen, aber eben Einigkeit bezüglich der sich mit dem Gesetz erschließenden Einsparpotenziale haben zu einem zweifelhaften Kompromiss geführt.

Mit dem Begriff Oberschule ist ein für in der DDR sozialisierte Menschen anheimelnder Begriff gefunden worden, dem damit verbundenen Anspruch, zum Beispiel keinen zurücklassen, wird das Gesetz nun wirklich nicht gerecht, eine Mogelpackung also. Die Oberschule, die Sie, verehrte Damen und Herren von der Koalition, installieren wollen, zementiert das gegliederte Schulsystem. Sie ist ein Schritt zurück zu einer noch weniger leistungsfähigen, vor allem die soziale Auslese fördernden Schule.

Die von Ihnen eröffnete Möglichkeit, dass die Schulkonferenz darüber entscheidet, in welcher Organisationsform diese Oberschule geführt wird, ist nur scheinbar demokratisch, da die bessere individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern entscheidend von der Lehrerstellenzuweisung abhängt. Diese ist nicht geregelt. Bekommen nun also diese Oberschulen ein Drittel mehr an Lehrerstellenzuweisungen, wie sie bisher die Gesamtschulen bekamen, oder nicht?

Geradezu absurd aber sind die offensichtlich von der CDU in Artikel 2 § 1 Abs. 1 eingebrachten Bezeichnungen der Abschlüsse Hauptschul- und Realschulabschluss, da es ja beide Schulformen nicht mehr gibt und in unserer Region anders als in Bayern ein Hauptschulabschluss einen Schüler eher stigmatisiert und sich seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz damit nicht verbessern werden.

(Beifall bei der PDS)

Darüber hinaus geben Sie mit diesem Gesetz eine Schulform auf, die schon immer ein Dorn im CDU-Auge war, die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe. Dass diese Schule zweifellos zu den erfolgreichsten, weil pädagogisch sinnvollsten in diesem Land gehört, hindert Sie nicht, ein Auslaufmodell daraus zu machen. Ab 2007/08 bekommt diese Schulform mit Ihrem Gesetz kaum mehr eine Chance.

Fast unmerklich geschieht mit diesem Gesetz auch ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Bisher konnten Schulträger entscheiden, ob sie eine Realschule oder eine Gesamtschule in ihrem Ort haben möchten, jetzt geht es nur noch um Behemmensherstellung. Das heißt, der Schulträger hat keinen Einfluss mehr darauf, ob in seiner Kommune eine Haupt- und eine Realschule unter einem Dach geführt werden oder ob es mit der integrierten Form wenigstens Ansätze einer zeitgemäßen Schule gibt. Bei den Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe hat der Schulträger gar kein Mitspracherecht mehr.

Nichtsdestotrotz können wir uns die Zusammenführung von Gesamt- und Realschulen vorstellen, wenn auch unter anderen Rahmenbedingungen. Mit den bisher geltenden und nun im Gesetz verankerten Möglichkeiten werden wir kaum zusätzli-

che Standorte erhalten. Dies hat sich die Koalition in ihrem Vertrag diesmal auch gar nicht erst vorgenommen. Wir sehen also noch erheblichen Änderungsbedarf bis zur 3. Lesung und werden vor allem Sie, meine Damen und Herren von der SPD, bei der anstehenden Arbeit am Gesetz an Ihre sozialdemokratischen bildungspolitischen Wurzeln und Ansprüche erinnern. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die DVU-Fraktion spricht die Abgeordnete Fechner. - Bitte.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schnellschüsse sind meistens laut und treffen oft nicht. Die neu gewählten Abgeordneten der Regierungsfractionen wollen nicht mehr nur die Vorlagen der Landesregierung abnicken, sondern sie ergreifen selbst die Initiative. Dies halten wir für sehr lobenswert; hoffentlich bleibt es so.

Das erste Beispiel für den neu erwachten Elan der Kollegen liegt uns heute in Form dieses Entwurfs eines Schulstrukturgesetzes vor. Allerdings stellt sich mir die Frage, was die Abgeordnetenkollegen Funck und Schulze wohl von ihrem eigenen frisch gebackenen Bildungsministers halten; denn es wäre Aufgabe des Bildungsministers gewesen, hier aktiv zu werden und einen Gesetzentwurf einzubringen. Aber was soll es? Das sind koalitionsinterne Angelegenheiten, über die ich mich hier nicht weiter auslassen werde.

Der große Wurf ist der Gesetzentwurf wahrlich nicht. Die Umbenennung von Schulformen und Schulabschlüssen erinnert mich an die Umbenennung der Bundesanstalt für Arbeit in Bundesagentur für Arbeit, die sich bekanntlich auf die Effektivität dieser Einrichtung nicht im geringsten positiv ausgewirkt hat. Wenigstens kann man mit dem Begriff „Oberschule“ das nostalgische Gemüt manchen Brandenburgers wieder streicheln. Aber auch die Abgeordneten meiner Fraktion freuen sich, wenn im brandenburgischen Schulgesetz endlich auch dem Namen nach das altbewährte dreigliedrige Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium verankert wird. Mit diesem Teil des Gesetzentwurfs geht unsere DVU-Fraktion konform.

Auch die beantragte Änderung von § 22 Abs. 4 findet inhaltlich unsere Zustimmung: Eine Oberschule kann räumlich mit einer Grundschule zusammengefasst werden. Aber kann mir bitte einmal jemand erklären, was die Regelung unter der Überschrift „Die Bildungsgänge der Oberschule“ zu suchen hat?

Ganz und gar nicht sind wir mit der Änderung von § 22 Abs. 2 einverstanden. Bisher war dort geregelt, dass der Unterricht im Klassenverband stattfindet. Zusätzlich konnte in einzelnen Fächern Kursunterricht erteilt werden. Auch andere Unterrichtsformen waren möglich. Jetzt soll die jeweilige Schule selber darüber entscheiden, ob es kooperativen oder integrativen Unterricht geben wird. Besondere Unterrichtsangebote sollen weiterhin möglich sein. Dies halten wir für eine deutliche Verschlechterung gegenüber der bisherigen Regelung.

Zum einen richtet sich diese Regelung offensiv gegen die Ein-

heitlichkeit des brandenburgischen Schulsystems. Demnächst wird an der einen Schule kooperativ und an der anderen integrativ unterrichtet. Wieder eine andere nutzt die Möglichkeit, in den Klassen 7 und 8 integrativ und danach kooperativ zu unterrichten. Gnade den Schülern, die umziehen oder aus anderen Gründen die Schule wechseln müssen und dann mit einem anderen System konfrontiert werden!

Zum anderen offenbart sich hier in aller Deutlichkeit die ganze Unredlichkeit dieser so genannten Reform. Einerseits schafft man die Gesamtschule nominell ab, andererseits überlässt man jeder Schule die Entscheidung darüber, ob sie mit diesem schülerfeindlichen Unsinn weitermachen möchte oder nicht. So etwas kommt halt dabei heraus, wenn man die Bildung der Machtpolitik opfert.

An diesem Punkt weist der Gesetzentwurf eine interessante Eigenheit auf, die für Schnellschüsse typisch ist. In § 3 Abs. 1 Satz 1 des zu diesem Gesetzentwurf gehörenden Gesetzes zur Einführung der Oberschule im Land Brandenburg taucht das Wort „Zustimmung“ nicht auf, das in § 91 Abs. 2 Satz 2 des Schulgesetzes zu finden ist. Mit diesem Wort haben die von der Konferenz der Lehrkräfte in die Schulkonferenz entsandten Mitglieder eine Art Vetorecht bei der Entscheidung der Schulkonferenz über eine Änderung der Unterrichtsorganisation. Ohne dieses Wort haben die Lehrer in dieser Frage die absolute Macht in der Schulkonferenz. Ich glaube nicht, dass dies Sinn und Zweck dieses Antrags war.

Aus all den genannten Gründen können wir dem Antrag so nicht zustimmen. Aber einer Ausschussüberweisung werden wir selbstverständlich zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Senftleben. - Bitte, Herr Senftleben.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Kind erlebt seine Kindheit nur einmal. Das heißt, wir können einem Kind die Chance einer Schulbildung im Land Brandenburg nur einmal ermöglichen. Heute Morgen ist in den Reden zur Regierungserklärung schon oft gesagt worden, dass bei den Bildungsleistungen nicht das erreicht wurde, was wir uns alle wünschen und was wir brauchen. Daher dürfen wir das allgemeine Ziel einer Steigerung der Bildungsleistungen nicht aus den Augen verlieren.

Dafür bedarf es bestimmter Voraussetzungen. Die so genannte Schulstandortkommission hatte den Auftrag, eine Schulstruktur zu entwickeln, die auf sinkende Schülerzahlen, regionale Entwicklungen und schulinterne Organisationsformen Rücksicht nehmen soll. Ihre Empfehlungen sind in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden. Die Verhandlungspartner waren gut beraten, diesen Empfehlungen zu folgen, weil dadurch letztlich Schulstandorte im Lande Brandenburg gesichert werden können.

Erstens müssen wir erkennen, dass Bildung und Wissen weiterhin das entscheidende Kapital sind, das wir unseren Kindern mit auf den Weg geben müssen. Dafür soll die Verantwortung

in den Schulen vor Ort liegen. Ein wichtiger Bestandteil dieses Gesetzentwurfes ist, dass die Schulen bei der Wahl der Unterrichtsform nunmehr frei sind, da die Lehrer vor Ort zusammen mit dem Schulträger am besten darüber entscheiden können, ob eine integrative, eine kooperative oder eine gemischte Unterrichtsform in den Schulalltag Eingang finden soll. Dies muss ab dem ersten Schultag gegeben sein. Grundlage dabei ist, dass eine gleiche Lehrerstundenzuweisung berücksichtigt wird. Dies steht im Gegensatz zu dem, was Sie, Frau Große, heute gesagt haben. Wir wollen, dass gerade die Lehrer vor Ort darüber entscheiden, welche Unterrichtsform gewählt wird. Auch damit kann die Demokratie im Lande Brandenburg gestärkt werden, meine Damen und Herren.

Zweitens müssen wir respektieren, dass es unterschiedliche Begabungen gibt. Dies gilt für alle Menschen; selbst die Mitglieder des Landtages haben unterschiedliche Begabungen.

(Lachen und Beifall der Abgeordneten Mächtig [PDS])

Diese Tatsache muss endlich auch im Schulalltag Berücksichtigung finden. Daher wollen wir diese unterschiedlichen Begabungen für den weiteren Lebensweg junger Menschen nutzen, zumal Gleichmacherei unsere Möglichkeiten am Ende überforderte. Die Oberschule soll nun - der Begriff ist richtig gewählt - mit zwei Bildungsgängen den unterschiedlichen Begabungen Rechnung tragen und zu Schulabschlüssen führen, die anerkannt sind, da sie im Interesse von Klarheit im Bildungswesen gefunden wurden.

Diesem ersten Schritt einer Strukturveränderung soll - Herr Minister, ich schaue Sie sehr erwartungsvoll an - der nächste Schritt inhaltlicher Korrekturen folgen, um damit der Wirtschaft entgegenzukommen,

(Frau Große [PDS]: Der Wirtschaft? Den Kindern!)

die Ausbildungschancen ermöglichen soll und uns immer wieder mit auf den Weg gibt, dass wir Veränderungen im Bildungsbereich vornehmen müssen, damit die jungen Menschen besser auf das Berufsleben vorbereitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Für die Fraktion der CDU sage ich sehr deutlich: Die Oberschule ist die einzig richtige Antwort auf die Bedingungen, die wir heute in Brandenburg vorfinden. Deswegen müssen wir sie unter Berücksichtigung der Struktur Brandenburgs als Flächenland, wegen der Verringerung der Schülerzahl, aber auch zur Sicherung von Schulangeboten im Land Brandenburg umsetzen. Dies ist immer mit dem klaren Hinweis zu verbinden: An jedem Tag, in jeder Situation des Lebens gibt es Wettbewerb. Also muss es Wettbewerb auch im Schulalltag geben - an jedem Unterrichtstag, in jeder Stunde.

Meine Damen und Herren! Das Gesetz ist eine Fortsetzung der Bildungsoffensive, auch wenn das manche nicht wahrhaben wollen. Die Menschen draußen haben erkannt - im Rahmen von Diskussionen werden Sie das feststellen -, dass wir in den vergangenen fünf Jahren an dieser Stelle vorangekommen sind. Frau Dr. Enkelmann, wir werden Ihnen nicht den Gefallen tun und zurückstecken, sondern wir werden in den nächsten fünf Jahren auf diesem Weg offensiv vorangehen.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Schulze [SPD])

Die heutige Beratung dient auch dazu, den weiteren Fortgang des Gesetzes zu ermöglichen, damit es zum Schuljahr 2005/06 umgesetzt werden kann. Wir brauchen die Zeit, um im Ausschuss eine Anhörung durchzuführen und über den Entwurf zu beraten. Deswegen bitte ich um Überweisung des Gesetzentwurfs an den zuständigen Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Rupprecht. Bitte schön.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist mein erster Auftritt als Redner in diesem hohen Hause; aber ich fühle mich schon richtig wie zu Hause. Das liegt daran, dass das, was hier läuft, gar nicht so weit von Schule entfernt ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Es ist vielleicht ein bisschen zu viel Frontalunterricht, aber ansonsten nicht so weit weg. Ich gehe allerdings davon aus, dass mein pädagogischer Einfluss reichlich gering sein wird.

(Fortgesetzte Heiterkeit - von Arnim [CDU]: Schauen wir mal!)

Zur Sache! Die Landtagsabgeordneten Christoph Schulze und Saskia Funck haben mit dem von ihnen eingebrachten Entwurf eines Schulstrukturgesetzes die Chance eröffnet, zum Schuljahr 2005/06 die Schulstruktur des Landes Brandenburg den demographischen Erfordernissen anzupassen. Der Gesetzentwurf berücksichtigt alle Empfehlungen der Schulstandortkommission Brandenburg. Diese hat mit ihrem Abschlussbericht vom September 2004 die Einführung einer Schule mit zwei Bildungsgängen im Land Brandenburg empfohlen. Vorsitzender dieser Kommission war kein Geringerer als Prof. Baumert, Leiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung und langjähriger Vorsitzender des deutschen PISA-Konsortiums.

Ich begrüße und unterstütze den vorliegenden Gesetzentwurf ausdrücklich, auch wenn es notwendig sein wird - das haben wir in der Diskussion schon mitbekommen -, in den Ausschussberatungen über einzelne Punkte noch intensiver zu diskutieren. Ich bin der Auffassung, dass die Einführung einer die Realschulen und die Gesamtschulen - ohne gymnasiale Oberstufe - ersetzenden Schulform lange überfällig ist. Mancher Schulstandortstreit im Frühjahr dieses Jahres wäre weniger konfliktbeladen gewesen, wenn es gelungen wäre, die nun vorliegenden Regelungen zwei Jahre früher in Kraft zu setzen. Die Uhr für die Einführung der Oberschule zeigt insofern nicht mehr fünf Minuten vor zwölf, sondern schon fünf Minuten nach zwölf an.

Im Schuljahr 2002/03 betrug die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I noch ca. 140 000. Bis zum Schuljahr 2008/09 wird dieser Wert nach einer Modellrechnung meines Hauses auf ca. 62 000 Schülerinnen und Schüler absinken. Danach wird er glücklicherweise wieder leicht ansteigen. Bis zum Schuljahr 2007/08 werden unter den geltenden schulorganisatorischen Rahmenbedingungen von ehemals

435 Schulen in der Sekundarstufe I voraussichtlich 207, das heißt ca. die Hälfte, aufgelöst sein.

Von der Prignitz bis in die Lausitz sind wir von Landräten, Bürgermeistern und Schulleitern dringend gebeten worden, die überfällige Änderung der Schulstruktur im Interesse einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Bildungsversorgung in allen Landesteilen endlich in Angriff zu nehmen. Ich habe angekündigt, dass ich die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen bildungspolitischen Maßnahmen mit Ruhe und Bedacht und im engen Dialog mit den Schulen umsetzen will. Dazu stehe ich; darauf können Sie sich verlassen.

Für die Einführung der Oberschule muss allerdings, was den Zeitrahmen anbelangt, eine Ausnahme gelten. Die neue Schulform wird aus den genannten Gründen zum nächsten Schuljahr eingeführt. Mir ist bewusst, dass die Eile, mit der das Gesetzesvorhaben umzusetzen sein wird, große Anstrengungen aller am Prozess Beteiligten erfordert. Ich glaube aber, dass sich diese Anstrengungen lohnen werden.

Wir geben den Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe eine Chance - entgegen dem, was heute zu hören war. 10 bis 15 Gesamtschulen werden es unserer Einschätzung nach schaffen, ihre gymnasialen Oberstufen zu erhalten. Wer deshalb jedoch gleich von der Beibehaltung des dreigliedrigen Bildungssystems spricht, irrt gewaltig. Davon können nur diejenigen reden, die das dünn besiedelte Land Brandenburg mit der Landeshauptstadt Potsdam verwechseln.

Ich will noch einmal die wichtigsten Argumente nennen, die für die baldige Einführung der Oberschule sprechen:

Erstens: Die Oberschule schafft Chancengleichheit für alle Schüler. Es ist ein Gebot der Chancengleichheit, vor allem im ländlichen Raum, dass jedem brandenburgischen Schüler jeder Bildungsgang in erreichbarer Entfernung angeboten wird. Wir haben es in diesem Schuljahr nicht einmal mehr erreicht, dass in allen ehemaligen Kreisstädten alle Bildungsgänge angeboten werden, beispielsweise in Templin, Kyritz, Seelow und Bad Freienwalde. Mit der Oberschule können wir das wieder garantieren und vielleicht auch den einen oder anderen Schulstandort im ländlichen Raum zusätzlich erhalten.

Zweitens: Die Oberschule schafft eine überschaubare Schulstruktur. Der Rückgang der Schülerzahlen führte zu einer Konkurrenzsituation zwischen der Gesamtschule und der Realschule, die auf Dauer ein ausgewogenes Schulangebot verhindert hätte. Der jahrelange Schulformstreit wird mit der Oberschule beendet. Eine klare und überschaubare Schulstruktur wird geschaffen.

Drittens: Die Oberschule bedeutet eine Chance auf Qualitätsverbesserung. Sie wird das Kernstück des brandenburgischen Bildungssystems sein. Wir müssen gemeinsam alle Kraft in das Gelingen der neuen Schulform legen. Die Oberschule vergibt zentral Zukunftsperspektiven, weshalb sie eine gute, qualitätsvolle Schule sein muss. Besondere Aufgabe der Oberschule wird die Vermittlung von Qualifikationen und Kompetenzen sein, die in eine spätere berufliche Ausbildung münden können. Eltern und Schüler sollen Vertrauen in diese neue Schulform setzen können. Von daher werden wir großes Augenmerk auf die schulische Qualitätsentwicklung und -kontrolle legen.

Die Einführung der Oberschule bietet darüber hinaus die Chance, auf die Ergebnisse der PISA-Untersuchungen mit neuen pädagogischen Konzepten zu reagieren. Diese Chance sollten wir nutzen. Der Gesetzentwurf eröffnet hierfür ausreichend Spielräume. Aufgabe der Oberschulen wird es insbesondere sein, verantwortungsvoll gegenüber allen Schülerinnen und Schülern und ausgerichtet an deren Bedürfnissen die Form der Unterrichtsorganisation bildungsgangbezogen oder bildungsgangübergreifend zu beschließen.

Als ehemaliger Schulleiter begrüße ich es außerordentlich, dass diese Entscheidung durch Schulen selbst getroffen wird; denn dies stärkt ihre Selbstständigkeit und sichert unbürokratische, schnelle Entscheidungsprozesse. Wer das kritisiert, redet offensichtlich nur sonntags von der Selbstständigkeit der Schulen.

Die gemeinsame Einsicht, dass sich die Schulstruktur für unser Land angesichts des Schülerzahlenrückgangs ändern muss, kam erst kurz vor Ende der vergangenen Legislaturperiode. Jetzt stehen wir unter dem zeitlichen Zwang, diese Schulform sehr rasch einzuführen. Dies wird uns gelingen, wenn wir das Vorhaben in einem breiten Konsens durchführen können. Lassen Sie uns die Differenzen, die wir in Details haben, intern regeln. Eine Verunsicherung von Kindern und Eltern sollten wir nicht zulassen.

Die Einführung der Oberschule ist die wichtigste Änderung der brandenburgischen Schulstruktur seit 13 Jahren. Sie muss gelingen; sie wird gelingen, wenn wir alle mitziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich frage die einbringenden Fraktionen, ob sie von dem Rest der Redezeit Gebrauch machen möchten.

(Baaske [SPD]: Nein! - Schulze [SPD]: Zeit ist kostbar! Man kann sie nicht kaufen!)

- Vielen Dank für den Hinweis; man lernt nie aus.

(Heiterkeit)

Ich schlage vor, dass wir zur Abstimmung kommen. Das Präsidium empfiehlt die Überweisung der Drucksache 4/12, Entwurf eines Schulstrukturgesetzes, an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es gibt eine Gegenstimme. Damit ist die Überweisung beschlossen.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 4:**

1. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz - BbgSchulG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/19

Es spricht die Abgeordnete Große von der PDS-Fraktion. Bitte schön.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auf die Frage, welche Schlussfolgerungen aus der Diskussion zum Bericht „Bildung auf einen Blick“ gezogen werden müssen, antwortete Andreas Schleicher, Leiter des OECD-Programms zur Bewertung der internationalen Schulleistungen, wie folgt:

„Der Bericht bestätigt, dass das Bildungssystem in Deutschland der Anforderung, mit Verschiedenheit, mit Heterogenität umzugehen, nicht gerecht wird. Auf der einen Seite werden sozial bedingte Schwächen nicht ausreichend ausgeglichen, auf der anderen Seite werden Talente nicht gefördert. Klar bleibt, dass die gegenwärtigen, auf Selektion anstatt individueller Förderung ausgerichteten Schulstrukturen in Deutschland den neuen Anforderungen nicht genügen.“

In den letzten Jahren wurde diese Kritik in ähnlicher Form tausendfach geäußert. Sie blieb dennoch weitgehend folgenlos. Der schwere Tanker Kultusministerkonferenz mag dafür maßgeblich Verantwortung tragen. Vielleicht fährt er jetzt etwas schneller. Da die Kollegen der SPD-Fraktion dieses wichtige Ressort an die CDU, den kleineren Koalitionspartner, abgegeben haben, werden sich die Mehrheiten dort ändern. Die Länder aber und damit auch Brandenburg haben noch immer nicht die Notwendigkeit wirklich tief greifender Reformen erkannt. Dabei haben wir gerade wegen der dramatisch sinkenden Schülerzahlen gute Ausgangsbedingungen für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Schule. Richtige Reformansätze aus den vergangenen Jahren sollten daher ausgebaut, Irrtümer und mit zu heißer Nadel Gestricktes korrigiert werden. Das gesamte Gesetzes- und Verordnungswerk gehört auf den Prüfstand. Aus unserer Sicht muss dabei das wichtigste Prüfkriterium sein, wie der Grundsatz „Fördern statt Auslese“ gesetzt wird. Es ist eben, Herr Senftleben, keine Frage des Wettbewerbs. Es ist die Frage, inwieweit wir Wettbewerbsmechanismen mehr Schule überhelfen wollen oder inwieweit wir - wie die skandinavischen Länder - Schulen als Treibhäuser der Zukunft betrachten wollen.

(Beifall bei der PDS)

Brandenburgs Bildungssystem braucht einen Innovationschub, bei dem aber Akteure und von Bildung Betroffene mitgenommen werden müssen und ein sinnvolles Verhältnis zwischen Kontinuität und Erneuerung gewahrt bleibt. Dazu brauchen wir einen neuen Diskurs über die Ursachen der Misserfolge genauso wie die Analyse des Gelingens.

Das Schulgesetz, welches wir am Ende dieser Legislaturperiode vorlegen werden, wird erst in 20 Jahren seine Wirksamkeit entfalten können. Ob uns damit überhaupt noch der Anschluss an die sich auch dynamisch entwickelnden PISA-Siegerländer gelingen kann, bleibt fraglich. Es gilt also, keine Zeit zu verlieren. Mut zu großen Schritten unter Beachtung der Nachhaltigkeit ist angesagt.

Wir legen heute einen Gesetzentwurf vor, der aus unserer Sicht wichtige Impulse geben kann. Natürlich ist auch unsere Novelle noch nicht das große Reformpaket, mit dem Schule wirklich neu gedacht werden kann.

Wir haben uns auf fünf Probleme konzentriert, die eine Schlüsselfunktion für die bessere Qualität schulischer Bildung haben. Es sind zugleich Forderungen von Wählerinnen und Wählern, auch solchen ohne linke Bindung. Um es gleich vorwegzusagen: Ohne die Bereitschaft, mehr in Bildung zu investieren, eben weil Bildungsausgaben als investive Ausgaben begriffen werden müssen, wird es nicht gehen. Herr Minister, Selbstständigkeit an Wochentagen auch wirklich zu leben hängt sehr wohl mit dem zusammen, was wir in unsere Schulen investieren. Mangelverwaltung wird niemals zu einer wirklichen Selbstständigkeit von Schule führen.

(Beifall bei der PDS)

Sie, meine Damen und Herren der Koalition, haben im Wahlkampf stets die Priorität von Bildung betont. Im Koalitionspapier sieht das inhaltlich eher bescheiden aus. Bezüglich der Bereitschaft, die im System befindlichen Mittel zu stabilisieren oder gar mehr Geld in die Hand zu nehmen - Fehlanzeige.

Nun zu den mit unserem Gesetz möglichen Lösungsangeboten.

Erstens: Eine andere Pädagogik kann besser in einer anderen Schulstruktur gedeihen. Auch wir wollen das zu Bewahrende aus Gesamt- und Realschule in eine Sekundarschule - sie darf auch anders heißen - mit der von vornherein angestrebten Option, daraus eine Schule für alle wachsen zu lassen, zusammenführen. Unsere weiterführende Schule soll in integrierter Form geführt werden, weil Kinder von Kindern am besten lernen, weil die Durchlässigkeit nur so gewahrt wird, weil die Abschlüsse dann vom Bildungsgang entkoppelt werden können, weil es keine frühzeitigen Stigmatisierungen gibt, weil die Flexibilität, zum Beispiel die Möglichkeit, von einem Ort an den anderen umzuziehen, die wir von den Menschen in unserem Land einfordern, nur dann gewährleistet ist, wenn wir diese Schulen integrativ führen, und weil Lehrkräfte dann besser individuell fördern können und es auch müssen.

Zweitens: Lehrkräfte brauchen dringend Stützsysteme, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, Erzieher, um die schwierigen Aufgaben zu bewältigen. Wir wollen sie im Gesetz fester verankern. Das ist auch notwendig wegen des Ganztagsprogramms, wegen der verkürzten Abiturzeit, wegen der hohen Quote der Verweigerer und der Schüler ohne Abschluss. Ich erinnere hier an die EU-Forderungen, an die Auflagen. Verglichen mit den PISA-Siegerländern sind wir ein Entwicklungsland. Das darf nicht so bleiben.

Drittens: Mit unserem Gesetz sollen in Grundzentren und Ämtern Sekundarschulen auch dann bestehen bleiben können, wenn sie über einen absehbaren Zeitraum einzügig oder an unterschiedlichen Standorten geführt werden müssen. Ich möchte den Kollegen Schulze und die Kollegin Hartfelder aus dem Kreis Teltow-Fläming daran erinnern, dass sie hier vielleicht zustimmen oder Ähnliches in ihr Gesetz einbringen können; denn als Kreistagsabgeordnete haben sie eine entsprechende Petition an uns unterschrieben. Wir wissen und haben auch vor der Wahl nie anderes behauptet, dass auch mit dieser Lösung viele Standorte nicht gehalten werden können. Dennoch sollten wir versuchen, wenigstens einigen Schulen und damit Kindern eine Chance zu geben.

Viertens: Der Frequenzrichtwert zur Klassenbildung wird von uns gesetzlich verankert und ist damit nicht mehr dem Richtli-

nienweg der Haushaltslage unterworfen. Wir wollen damit zum einen Standorte erhalten. Zum anderen kann es so am ehesten gelingen, Benachteiligungen auszugleichen, Begabungen zu fördern, Hochbegabte zu diagnostizieren, wohl wissend, Herr Senfleben, dass dies kein Automatismus ist. Schlechter Unterricht führt auch in kleinen Klassen zu schlechten Ergebnissen, guter kann in großen Klassen erfolgreich sein. Durch PISA gibt es auch hierzu belastbare Aussagen.

Fünftens: Die Schülerbeförderung ist elternbeitragsfrei zu gewährleisten, wie es in den meisten Bundesländern der Fall ist, wie es auch eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern und von Kreistagen gefordert hat. Unsere letzten Aufrechten sind noch die Kreistage der Kreise Barnim und Ostprignitz-Ruppin.

(Beifall bei der PDS)

Dort wird Schülerverkehr noch elternbeitragsfrei gestaltet. Das verdient unsere Anerkennung.

Die Schülerfahrtkosten sind durch das Land und die Kreise zu finanzieren, weil es eine Schulpflicht gibt, weil es die Sicherheit gebietet, weil Schüler und Eltern nicht dafür zur Kasse gebeten werden dürfen, dass das Land nicht in der Lage ist, ein wohnortnahes Angebot vorzuhalten, und weil die derzeitige soziale Lage vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger dies erfordert.

(Schippel [SPD]: Es gibt doch die Sozialklausel!)

Auch hier geht es um die Wahrung von Chancengleichheit. Auf diese zielt unser gesamter Gesetzentwurf ab.

Erstaunlicherweise hat sich auch der von der CDU vorgeschlagene Bundespräsident nicht dem Mythos der Chancengerechtigkeit angeschlossen, sondern dem der Chancengleichheit. Ich zitiere:

„Chancengleichheit durch bestmögliche Bildung herzustellen ist der wichtigste Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit.“

Das hat Herr Köhler gesagt und dem kann man nur zustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Wir werben dafür, dass auch unser Gesetzentwurf in die zuständigen Ausschüsse überwiesen wird. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Siebke.

Frau Siebke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat einen eigenen Schulgesetzentwurf vorgelegt, in dem es um den gleichen Gegenstand geht wie in unserem Gesetzentwurf. Frau Große hat das in fünf Punkte unterteilt, ich fasse das in drei Punkten zusammen, die aus meiner Sicht die Schwerpunkte darstellen.

Erstens wollen auch Sie eine Sekundarschule, also die Zusammenführung von Realschule und Gesamtschule ohne gymnasiale Oberstufe.

Zweitens geht es aus Ihrer Sicht darum, wohnortnahe Schulangebote zu erhalten, indem entweder die Klassenfrequenz auf 15 Schüler gesenkt werden kann oder einzügige weiterführende Schulen gestattet werden.

Drittens geht es um die kostenfreie Schülerbeförderung, wohl gemerkt: um die Kostenfreiheit für die Eltern.

Lassen Sie mich auf diese drei Punkte kurz eingehen. Im weiteren Beratungsverfahren haben wir ja noch Gelegenheit, uns damit auseinander zu setzen. Heute also nur so viel:

Zu Punkt 1: Zu dem Ziel, Sekundarschulen generell integrativ zu gestalten, habe ich schon vorhin bei meinen Ausführungen zu unserem Gesetzentwurf etwas gesagt. Das stimmt also insofern mit unseren Intentionen überein, wobei ich aber noch einmal darauf hinweisen möchte, dass die Verantwortung dafür, wie Schule in Brandenburg vor Ort gestaltet wird, bei Eltern und Lehrern liegt. Wir werden sehen, inwieweit sie diesen Grundsatz begriffen haben, dass man Schüler besser fördern kann, wenn man sie gemeinsam unterrichtet. Das trifft für die schwächeren und für die stärkeren Schüler gleichermaßen zu. Das hat nichts mit Gleichmacherei zu tun, sondern ist eine andere Form der Förderung.

Zu Punkt 2, einzügige weiterführende Schulen. Hierüber haben wir in diesem Hause schon sehr oft diskutiert. Ich lehne die Einzügigkeit auch heute ab, und zwar ganz einfach aus Qualitätsgründen. Das möchte ich nicht weiter ausführen, weil ich das in diesem Hause schon mehrfach getan habe.

Der Gedanke, die Klassenfrequenz auf 15 Schüler zu senken, hat auf den ersten Blick einen gewissen Charme, nach dem Motto: Kleine Klasse - gute Schule. Aber das ist ja nicht so. Ich widerspreche dem, wenn gesagt wird, dass kleine Klassen - Sie haben es selbst gesagt - einen besseren Unterricht bedeuten. Im Übrigen ist das auch im Hinblick auf die Erhaltung von Schulstandorten aus meiner Sicht eher kontraproduktiv; denn es würde Folgendes passieren: Schulen, die aufgrund der Schließung anderer Schulen höhere Schülerzahlen erreichen, die dann vertretbar sind, werden diese zusätzlichen Schüler nicht mehr bekommen. Dadurch wird es eine noch größere Zahl von Schulen geben, die wegen der Schülerzahlen ebenfalls ins Wanken geraten.

Ich meine, die Lehrerstunden, die benötigt würden, wenn landesweit Klassen mit 15 Schülern organisiert würden, was abgesehen vielleicht von den großen Städten generell der Fall wäre, sollten besser für die Förderung von Qualität eingesetzt werden, um eben gerade zu fördern und zu fordern. Dazu werden entsprechende Lehrerstunden benötigt und sollten deshalb besser für diesen Zweck eingesetzt werden als für die Bildung von kleinen Klassen.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Siebke (SPD):

Ja.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Bitte.

Jürgens (PDS):

Frau Siebke, im Landtag gibt es viele neue Kolleginnen und Kollegen. Sehen Sie sich in der Lage, für diese noch einmal zu begründen, warum Sie die Einzügigkeit ablehnen?

Frau Siebke (SPD):

Ich will gern versuchen, das in kurzer Form zu tun. Einzügige weiterführende Schulen bedeuteten, dass das Kollegium an den betreffenden Schulen aus 3,5 bis 4 Lehrern bestünde. Unserer Meinung nach sind aber der Gedankenaustausch zwischen den Lehrern und die Entwicklung von Konzepten durch das Kollegium von besonderer Bedeutung. Wenn das Kollegium nur aus vier Lehrern bestünde, dann wäre das sehr schwierig. Die Schulen würden dann - um es umgangssprachlich auszudrücken - in ihrem eigenen Saft schmoren. Ein Teil der Lehrer an solchen Schulen wären die so genannten Wanderlehrer, die sich für diese Schulen nicht verantwortlich fühlten. Sie würden dort ihren Unterricht halten und dann einfach wieder gehen. Das hat aus meiner Sicht nichts mit Qualitätsentwicklung an Schulen zu tun. So weit dazu.

Lassen Sie mich jetzt mit meinen Ausführungen fortfahren. Ich habe gesagt, dass die Lehrerstunden besser für die Qualitätssicherung als für durchgängig kleine Klassen eingesetzt werden sollten. In diesem Zusammenhang möchte ich noch bemerken, dass es schon jetzt und in den nächsten Jahren in zunehmendem Maße außerhalb der größeren Städte an weiterführenden Schulen Klassenfrequenzen gibt bzw. geben wird, die bei knapp über 20 Schülern liegen. Bei solchen Klassenfrequenzen kann man einen ordentlichen Unterricht betreiben.

Damit komme ich zu Punkt 3, zu dem Thema der Kosten für die Schülerbeförderung. Auch ich habe damit meine Probleme. Wir haben das auch bei uns diskutiert. Es ist nicht familienfreundlich - abgesehen von der Schulpflicht, die ja auch noch dahinter steckt -, wenn die Eltern für den Schulweg ihrer Kinder bezahlen müssen. Besser wäre es, wenn es nicht so wäre. Dabei muss man aber feststellen, dass es regionale Unterschiede gibt, die auch Sie angesprochen haben. In der Regel ist die Belastung in den von Potsdam weiter entfernt liegenden Gebieten höher, als dies in Potsdam selbst oder um Potsdam herum der Fall ist.

Wir alle haben heute gehört - ich stehe dazu -, dass die finanziellen Mittel des Landes endlich sind. Wenn ich darüber nachdenke, wo das für Bildung vorgesehene Geld eingesetzt werden sollte, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass dies weiterhin die Kitas von Land und Kreisen sein sollten. Wir haben dazu auch eine Begründung gehört. Außerdem möchte ich in diesem Zusammenhang die Durchsetzung des Schulressourcenkonzepts nennen, das wir in der letzten Legislaturperiode verabredet haben; denn dieses bildet die Grundlage dafür, dass Qualität in Schulen weiterhin umgesetzt werden kann. Ich stehe also dazu, dass eine kostenlose Schülerbeförderung wünschenswert wäre. Wenn das wegen anderer Schwerpunkte aber nicht machbar ist, dann vertrete ich das auch so. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die DVU-Fraktion spricht die Abgeordnete Fechner.

(Schulze [SPD]: Sie spricht nicht, sondern sie liest ab!)

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Genossen der PDS, zunächst einmal muss ich Sie loben.

(Unruhe bei der PDS)

- Ja, ich lobe die PDS-Genossen dafür, dass sie sich hier auf eine Änderung des Schulgesetzes beschränken,

(Zurufe von der PDS)

statt wie andere ein neues Gesetz zu fordern. Dafür also ein großes Lob an die PDS.

Aber die PDS macht die gleichen peinlichen Fehler wie die Experten im Bildungsministerium, wenn sie sich beispielsweise in ihrem Neuentwurf des § 143 a auf den § 22 bezieht, den sie eigentlich ersatzlos gestrichen hat. Man könnte hier, um einmal mit den Worten der PDS zu sprechen, von dümmlicher Hektik ausgehen.

(Beifall bei der DVU - Schulze [SPD]: Nachdem unser Gesetzentwurf vorlag, mussten sie ja ganz schnell mit etwas anderem kommen!)

Mir wäre wohler, wenn wir über die Änderungswünsche der PDS einzeln abstimmen könnten; denn der Änderungswunsch Nr. 6, in dem die Sicherung des Bestehens einer Sekundarschule in allen Grundzentren bzw. Ämtern gefordert wird, ist ein Schritt in Richtung der DVU-Forderung nach dem Erhalt einer weiterführenden Schule pro Gemeinde. Wir könnten schlicht nicht dagegen stimmen, auch wenn uns die Sekundarstufe stört und uns der Antrag nicht weit genug geht.

Der Änderungswunsch Nr. 7 ist eine schlecht abgekupferte Version unserer entsprechenden Anträge aus der letzten Legislaturperiode.

(Lachen bei der PDS)

- Werte Genossen der PDS, hören Sie aufmerksam zu; denn Sie können hier etwas lernen. - Wir haben damals nicht umsonst gefordert, dass die Schulen in der Regel mindestens zweizügig organisiert sein sollten.

(Zurufe von der PDS)

Sie fordern, dass in der Regel eine Zweizügigkeit vorliegen sollte. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass eine Drei-, Vier- oder sogar Fünzügigkeit eine genehmigungspflichtige Ausnahme würde. Das wollen Sie doch nicht wirklich. Auch hier könnte ich von einem weiteren Indiz für dümmliche Hektik sprechen.

Mit dem Änderungswunsch Nr. 7 wird das Ziel verfolgt, Schulen in Brandenburg zu erhalten, die aufgrund der demographischen Entwicklung von der Schließung bedroht sind. Dieses

Ziel findet natürlich unsere volle Zustimmung. Sonst hätten wir unsere diesbezüglichen Anträge in der vergangenen Wahlperiode nicht gestellt, Anträge, die damals auch von der PDS abgelehnt wurden.

Auch dem Änderungswunsch Nr. 9 - betreffend die Schülerfahrtkosten - mit dem Kernsatz, die Schülerbeförderung sei für Schülerinnen und Schüler beitragsfrei zu gestalten, könnten die Volksvertreter der Deutschen Volksunion zustimmen. Aber auch hier hat die PDS unsere entsprechenden Anträge in der letzten Wahlperiode abgelehnt. Wir freuen uns über Ihren Sinneswandel.

(Beifall bei der DVU)

Wie gesagt, Teile dieses Gesetzentwurfs könnten sofort oder nach einigen redaktionellen Änderungen unsere Zustimmung finden. Doch leider versucht die PDS wieder einmal, uns neben diesen sinnvollen und begrüßenswerten Zielen auch einen Haufen Unsinn unterzujubeln.

Der wesentliche Inhalt dieses Gesetzentwurfs ist die endgültige Abschaffung der Realschule zugunsten einer Gesamtschule, Sekundarschule genannt. Wenn die PDS das schaffen würde, wäre die Abschaffung des Gymnasiums wahrscheinlich das nächste Ziel. Die Genossen trauen sich aber noch nicht, das Ganze „Polytechnische Oberschule“ oder „Erweiterte Oberschule“ zu nennen. Das wäre auch gelogen; denn das alte DDR-Schulsystem, welches manche Bildungspolitiker in Brandenburg so gern loben, unterschied sich erheblich von dem Einheitsbrei, den uns die PDS hier einrühren will.

Anders als der PDS heute war der SED damals sehr wohl an der Herausbildung von Eliten gelegen, wurden die Schüler damals gefördert und vor allem gefordert, um Höchstleistungen zu bringen. Anders als ihre PDS-Nachfolger waren die SED-Machthaber in all ihrer Beschränktheit und Skrupellosigkeit eben Realisten.

Mit Schulen, wie die PDS sie sich wünscht, wäre die DDR wahrscheinlich schon in den 70ern untergegangen. Hier gibt es wieder eine Parallele. Genauso wenig wie die DDR zu finanzieren war, lässt sich die Finanzierung des hier gewünschten Schulmodells in absehbarer Zeit realisieren.

Wenn man der Presse glauben darf, will die PDS jährlich 60 Millionen Euro durch eine Neuverhandlung des Bahnvertrages einsparen. Davon könnten dann jährlich 35 Millionen Euro zusätzlich ins Bildungswesen investiert werden. Doch das Land Brandenburg hat diesen Bahnvertrag nun einmal geschlossen, was leider auch nicht mehr so schnell zu ändern ist. Selbst wenn es zu Neuverhandlungen käme - wann würden diese abgeschlossen sein und wann würde das erste Geld fließen?

Nichtsdestotrotz werden wir einer Ausschussüberweisung zustimmen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Senftleben. Bitte sehr.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Die PDS auf dem Kriegspfad“ - Zumindest wenn es nach der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ geht, halten Sie alle, meine Damen und Herren von der linken Seite, das Kriegsbeil in den Händen, das Sie wahrscheinlich nach den Sondierungsgesprächen ausgegraben haben, die aus Ihrer Sicht ja nicht wie gewünscht verlaufen sind.

Das hat meiner Ansicht nach nichts mit seriöser Oppositionspolitik zu tun, sondern ist eher ein schlechter Western. Wenn ich mir das Modell anschau, das Sie als Finanzierungsgrundlage nennen, muss ich sagen: Es ist ein schlechter und nicht finanzierbarer Western, den Sie uns heute vorgelegt haben.

Damit wären wir bei der ersten Kostenfrage, die Sie gerade angesprochen haben. In der Begründung Ihres Gesetzentwurfs steht: Es ist davon auszugehen, dass 35 Millionen Euro bereitgestellt werden müssen, um das Programm - wie Sie es genannt haben - umzusetzen. Dieses Geld wollen Sie durch eine Kündigung des Bahnvertrags erwirtschaften. Frau Große, ich weiß nicht, ob Sie Frau Tack oder auch Ihre Finanzexpertin in die Beratung des Entwurfs einbezogen haben.

Ich halte dieses Vorgehen für genauso unseriös wie das zur zweiten Kostenfrage. Sie wollen in Ihrem neuen § 109 verankern, dass zukünftig die Schulen festlegen, welchen Ausstattungsanspruch sie erheben und wie viel Geld sie dafür benötigen. Das heißt, wir stellen in Zukunft im Bildungsbereich keinen Haushalt mehr auf. Diese Arbeit können wir uns sparen; denn das machen letztendlich die Schulen für uns. Wir haben dann am Jahresanfang keinen definierbaren Haushalt, wissen aber am Jahresende, wie viel Schulden wir zusätzlich gemacht haben.

Deswegen ist das unseriös und finanziell nicht gestaltungsfähig. Letztendlich liegt das aber nicht in Ihrer Verantwortung; Sie sind ja schließlich Oppositionspartei.

Beim Ausgraben des Kriegsbeils haben Sie wahrscheinlich auch einen Spaltpilz gefunden und versuchen, diesen nun zwischen SPD und CDU zu setzen. Das wird an dem Argument von Frau Enkelmann deutlich, die CDU habe sich auch bei den Gesprächen zum Schulgesetz durchgesetzt. Ich sage ganz deutlich: Das ist womöglich Ihr Eindruck, den Sie auch taktisch nach außen definieren. Die Klärung der Frage, welche Struktur das Land braucht und welche Bildungsmöglichkeiten unsere Kinder brauchen, ist letztendlich jedoch eine gemeinsame Aufgabe, welcher sich die große Koalition gestellt hat. Deswegen gibt es an dieser Stelle keine Durchsetzung, sondern eine klare Prioritätensetzung von SPD und CDU.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie noch darauf hinweisen, dass die Schule nicht Oberschule, sondern Sekundarschule heißen sollte, ist das mit Sicherheit Ihre Freiheit, einen Schulnamen zu wählen, aber da Sie wussten, welche Begrifflichkeit wir am Ende festgeschrieben haben, kann ich das einzig und allein als Spaltversuch deuten, der nicht ernsthaft gewertet und von uns auch nicht ernst genommen werden kann.

Ich denke, im Zuge der Beratungen werden wir feststellen, dass

wir unterschiedliche Auffassungen zum Bildungsbereich haben. Das werden wir an diesem Gesetz deutlich erkennen. Wir werden die Auseinandersetzung im Zuge der Beratungen im Ausschuss fortsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Entwurf der Fraktion der PDS zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes mit Interesse gelesen. Auf den ersten Blick könnte man denken, dass in der Frage der Änderung der Schulstruktur eine weitgehende Übereinstimmung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition besteht und sich Ihr Entwurf allein in der Bezeichnung für die neue Schulform davon unterscheidet. Darüber hätte ich mich natürlich gefreut, da wir ja vor nicht allzu langer Zeit schon einmal einen weitgehenden Konsens zur Notwendigkeit der Vereinfachung unserer Schulstruktur erreicht hatten.

Beim weiteren Lesen des Entwurfs gelangte ich jedoch zu der Auffassung, dass es mit den Übereinstimmungen leider doch nicht so weit her ist. Die Fraktion der PDS beabsichtigt in ihrem Gesetzentwurf zwar auch, die Real- und die Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe durch eine neue Schulform zu ersetzen, jedoch musste ich feststellen, dass die Sekundarschule in Ihrem Gesetzentwurf gar keine Sekundarschule ist.

Eine Sekundarschule ist entsprechend den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz dadurch gekennzeichnet, dass sie die Haupt- und Realschule pädagogisch und organisatorisch zusammenfasst. Die PDS beschreibt die Sekundarschule in ihrem Gesetzentwurf jedoch als Schule mit drei Bildungsgängen. Diese Schule gibt es bereits; es ist die Gesamtschule. Dies bedeutet faktisch, dass die PDS gar keine neue Schulform einführen, sondern nur die Realschule abschaffen will.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu hätte es nicht der komplizierten Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes bedurft; eine Streichung des § 22 hätte ausgereicht.

Die Vorschläge der PDS-Fraktion zur Sicherung von Schulstandorten sind beeindruckend. Ich bin gespannt, wie Sie einen Frequenzrichtwert von 15 Schülerinnen und Schülern und eine Klassenhöchstgrenze von 24 in den Ausschusdiskussionen finanziell seriös unterlegen werden.

In der Grundrichtung, Schulstandorte in Grundzentren zu sichern, stimmen wir überein. Deshalb hat mein Haus die Klassenbildung in der Jahrgangsstufe 7 auch unter erleichterten Bedingungen ermöglicht. Aber eine pauschale und womöglich schülerzahlenunabhängige Standortsicherung in Grundzentren und Ämtern kann - Entschuldigung! - nicht wirklich ernst gemeint sein.

Sie scheinen das komplexe Gesamtsystem auch nicht ganz zu durchschauen, wenn Sie glauben, Sie könnten die Ausnahmen

nur auf den ländlichen Raum begrenzen - da kann ich auf meine Potsdamer Erfahrungen zurückgreifen -; denn die von Ihnen vorgeschlagene Standorterhaltung im ländlichen Raum würde sich auch auf die Schülerzahlen in den größeren und den kreisfreien Städten extrem auswirken. Die Schülerinnen und Schüler aus dem ländlichen Raum, die heute dort lernen und Schulen in der Stadt wählen, würden dann an vielen Stellen fehlen, womit eine sinnvolle Schulorganisation schwierig würde.

Ihr Vorschlag zur Änderung des § 112, also die Regelung der Beteiligung der Eltern an den Schülerfahrtkosten, wurde in der Vergangenheit umfassend diskutiert. Die Landesregierung hat hierzu mehrfach erläutert, warum sie den von der PDS unterbreiteten Vorschlägen nicht zustimmen kann. Deshalb werde ich dazu jetzt nichts weiter ausführen.

Wie Sie wissen, hat das Land Brandenburg den Kommunen nach dem strikten Konnexitätsprinzip einen entsprechenden Kostenausgleich zu schaffen, wenn es sie zu neuen Aufgaben verpflichtet, die zu einer Mehrbelastung führen. Der Entwurf der PDS führt zu einer erheblichen Mehrbelastung der Landkreise und kreisfreien Städte, zumal Sie sogar über die bis zum August 2003 geltende Rechtslage hinausgehen. Das widerspricht aber eindeutig unserem Ziel der Konsolidierung des Landeshaushalts.

Meine Damen und Herren von der PDS, mein Vorredner ist schon auf den Artikel in der „Märkischen Allgemeinen“ eingegangen; gestatten Sie mir, dass ich es auch noch einmal tue. Dieser Artikel sprang uns heute Morgen an.

In der „MAZ“ lesen wir, dass Sie nach dem Wahlkampfmotto „Wir sind die Roten“ sozusagen das Kriegsbeil wieder ausgegraben haben und gegen die Einführung der Oberschule sind, obwohl Sie bis zur Wahl noch engagiert das SPD-Modell unterstützt haben.

(Zurufe von der PDS)

Ich fordere Sie hiermit auf und bitte Sie auch: Graben Sie das Kriegsbeil wieder ein

(Beifall des Abgeordneten Schulze [SPD])

und lassen Sie uns bei allen Gegensätzen im Detail, über die wir uns gern unterhalten können, dieses für Brandenburg so wichtige Reformprojekt gemeinsam durchführen - im Interesse der Weiterentwicklung unseres Bildungswesens bzw. im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler, deren Wohl uns allen gleichermaßen am Herzen liegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich frage die einbringende Fraktion, ob sie von den restlichen 90 Sekunden Redezeit noch Gebrauch machen möchte. - Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg - Drucksache 4/19 - an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um

das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisung mehrheitlich zugestimmt worden, wenn ich richtig gezählt habe.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

1. Lesung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch im Land Brandenburg (Bbg AG-SGB II)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/14

Die Aussprache wird durch die Landesregierung eröffnet. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Entwurf des Ausführungsgesetzes betrifft die weitere praktische landesrechtliche Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Das Bundesgesetz erhält - wie Sie wissen - am 1. Januar 2005 seine volle Gültigkeit, nachdem bereits am 1. Januar und am 1. April 2004 einige Bestimmungen in Kraft getreten sind.

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist der grundlegende Gesetzesakt zur Reformierung des Arbeitsmarktes und bekanntlich auch der umstrittenste.

Das Bundesgesetz ist nun durch die Kommunen in enger Kooperation mit den Arbeitsagenturen umzusetzen - entweder in den Arbeitsgemeinschaften oder in alleiniger Verantwortung einiger ausgewählter so genannter Optionskommunen. Die Landesregierung wird die Kommunen wie die Arbeitsagenturen in diesem Prozess aktiv unterstützen. Aus unserer Sicht gibt es keinen besseren Weg, Arbeitsuchenden rasch und passgenau Arbeit zu vermitteln und sie gleichermaßen zu fördern und zu fordern.

Unsere Unterstützung ist auch kein Lippenbekenntnis; schließlich ist die Begleitung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes eine unserer wichtigsten Aufgaben und als solche auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Aber natürlich ist das keine Einbahnstraße und setzt partnerschaftliche Kooperation voraus. Überdies ist das Land verpflichtet, die landesrechtlichen Regelungen zur SGB-II-Umsetzung zu schaffen. Daran führt kein Weg vorbei und das sollten auch die Kritiker der Arbeitsmarktreform bei der Diskussion bedenken.

Die Regelungen unseres Gesetzentwurfs wirken auch nicht unmittelbar auf die Arbeitslosen in unserem Land; denn die betreffenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, also die Leistungen für die erwerbsfähigen bisherigen Sozialhilfeempfänger und die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger, sind bereits abschließend im Bundesgesetz geregelt.

Die Länder müssen nun mit entsprechenden Ausführungsgeset-

zen ihre Regeln schaffen, die zur Umsetzung des Bundesgesetzes notwendig sind. Dazu gehört unter anderem die Schaffung verfahrensrechtlicher Voraussetzungen für die Weiterleitung des Bundesanteils an den kommunalen Unterkunftskosten sowie die Weitergabe der Wohngeldersparnis des Landes. Nicht mehr und nicht weniger regelt dieser Gesetzentwurf.

Einige Regelungen im Einzelnen. Nach SGB II ist die Trägerschaft der Leistungen zwischen den Arbeitsagenturen und den kommunalen Trägern aufgeteilt. Während die Arbeitsagenturen für den Lebensunterhalt der Arbeitsuchenden und Sozialhilfeabhängigen sowie für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit aufkommen, tragen die Landkreise und kreisfreien Städte die Leistungen für Unterkunft und Heizung, für die soziale Unterstützung bei Eingliederungsmaßnahmen sowie für bestimmte einmalige Beihilfen. Die fünf in Brandenburg als Optionskommunen zugelassenen Landkreise nehmen neben dieser kommunalen Aufgabe auch die Aufgabe der Arbeitsagenturen wahr.

So bestimmt § 1, dass sowohl die nach SGB II den Landkreisen und kreisfreien Städten unmittelbar zugewiesenen Aufgaben als auch die Optionsaufgaben von ihnen eigenverantwortlich als Selbstverwaltungsaufgaben wahrgenommen werden. Das ist ja auch nicht neu für Brandenburgs Kommunen, haben sie doch bisher schon nach dem Bundessozialhilfegesetz solche Aufgaben in eigener Regie und gut durchgeführt.

Ähnliches gilt für die Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt durch die Optionskommunen anstelle der Arbeitsagenturen. Auch mit Leistungen zur Eingliederung in Arbeit haben unsere Kommunen Erfahrungen. Ich denke hierbei an den Erfahrungsschatz aufgrund der kommunalen Beschäftigungsprogramme, den die Optionskommunen in die Bewältigung der neuen Aufgaben einbringen können und - da bin ich sicher - auch gut einbringen werden.

Hinsichtlich der Selbstverwaltung - auch das wissen Sie - unterliegen die Landkreise und kreisfreien Städte grundsätzlich der Kommunalaufsicht des Innenministeriums. Jetzt ist neu, dass mit § 1 Abs. 2 die damit verbundene Rechtsaufsicht vom Innen- auf das Arbeitsressort übertragen wird. In Verbindung mit den Zuständigkeiten nach § 2 hat das Arbeitsressort damit die Rechtsaufsicht über alle Aufgaben der kommunalen Träger nach SGB II sowie über die Arbeitsgemeinschaften. Damit wird das Grundprinzip des SGB II, Leistungen aus einer Hand, von uns landesrechtlich durch das Prinzip Aufsicht aus einer Hand verstärkt.

Leistungen aus einer Hand, das verpflichtet die Landkreise, ihre SGB-II-Aufgaben grundsätzlich auf die ARGE zu übertragen. Ausnahmen sind in Einzelfällen möglich, in denen gewichtige sachliche Gründe dagegen sprechen. Diese Pflicht zur Aufgabenübertragung bedeutet aber nicht, dass die bei Ämtern und Kommunen vorhandene Kompetenz, ihre sachliche und personelle Ausstattung nicht mehr genutzt werden könnten. Im Gegenteil, wir legen besonderen Wert auf eine dezentrale und bürgernahe Organisation der Leistungserbringung, wie es auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist. Wir wollen daher, dass die ARGE auf bewährte örtliche Strukturen und Kompetenzen zurückgreift. Das haben auch die Optionskommunen zu beachten.

Der Bund hat im Gesetzgebungsverfahren zugesagt, die Kommunen jährlich um 2,5 Milliarden Euro zu entlasten, und betei-

ligt sich dafür zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. Wir werden in den Revisionsverfahren zur Überprüfung der Entlastungswirkungen sehr genau verfolgen, wie der Bund seine Zusage einhält und sein Versprechen gegenüber den Kommunen einlöst.

§ 4 unseres Gesetzentwurfs schafft die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für den Abruf der Bundeserstattung. Damit erhalten die Kommunen Rechtssicherheit, dass das Land die Bundesmittel auf der Grundlage der gemeldeten Daten unverzüglich abrufen und diese schnellstmöglich an die Kommunen weiterleiten wird.

Uns ist völlig klar, dass Entlastungseffekte, die auf Landesseite eintreten, ungeschmälert und in voller Höhe an die Kommunen weitergegeben werden. Das ist auch im Finanzausgleichsgesetz, das wir im Sommer beschlossen haben, so geregelt.

Die Rechtsverordnung dazu ist in Arbeit und wird rechtzeitig in Kraft treten.

§ 5 des Gesetzentwurfs sieht zudem vor, dass nach gleichem Verteilungsschlüssel auch die Entlastung des Landes infolge der Wohngeldersparnis an die Kommunen erfolgen wird.

Ich bitte Sie, liebe Abgeordnete, den Gesetzentwurf zügig zu beraten, damit das Gesetz dann auch parallel zum neuen Ausführungsgesetz wirksam werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die PDS-Fraktion spricht der Abgeordnete Otto.

Otto (PDS):

Sehr geehrte Damen und Herren! Als neuer Abgeordneter in diesem hohen Haus hat man natürlich an solch einem Tag noch ganz unterschiedliche Empfindungen. Ich hoffe, dass die nächsten Jahre diese Empfindungen ausräumen, verstärken oder verändern werden und wir in diesem hohen Haus zu einer sachlichen, lösungsorientierten Arbeit zusammenfinden.

(Beifall bei der PDS)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Positionen der PDS zu Hartz IV sind Ihnen bekannt. Unsere Fraktionsvorsitzende hat sie in der Entgegnung auf die Regierungserklärung noch einmal dargelegt. Hartz IV muss aufgehoben bzw. umfassend verändert werden. Das ist Gegenstand einer anderen Vorlage der PDS-Fraktion.

Unabhängig davon setzt sich die PDS dafür ein, dass die Betroffenen ihre Ansprüche realisieren können. Das schließt ein, dass die Landkreise und kreisfreien Städte ohne Abstriche an ihren bisherigen Standards in die Lage versetzt werden, die Aufgaben aus dem Sozialgesetzbuch II zu erfüllen.

Das vorliegende Gesetz trifft, wie die Ministerin erläutert hat, verfahrensrechtliche und organisatorische Regelungen zur Umsetzung des Sozialgesetzbuches II für die Landkreise und die kreisfreien Städte. Das Gesetz bestimmt - das ist richtig -, dass diese kommunalen Aufgaben pflichtige Selbstverwaltungsauf-

gaben sind. Die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf die beauftragten Kommunen sind in Bezug auf die Finanz- und die Arbeitsabläufe nicht unerheblich. Deshalb ist es schon verwunderlich, dass dem Landkreistag Brandenburg nur drei Tage, nämlich vom 10. bis zum 13. September dieses Jahres, zur Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt wurden.

In der Regierungserklärung ist deutlich geworden, dass wir uns mehr mit den Bürgern und ihren Anliegen und damit auch mit den Positionen der kommunalen Spitzenverbände und anderer Betroffener beschäftigen müssen. Ich hoffe, dass das demnächst geschieht. Hoffnungsvoll stimmt mich dabei die Tagesordnung für die morgige konstituierende Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie.

Klärungsbedarf besteht nach unserer Meinung auch in der Frage, ob die in § 3 geregelte Heranziehung von Ämtern und amtsfreien Gemeinden außerhalb des Modells der Arbeitsgemeinschaften im engeren Sinn dem Leistungsbezieher die Leistungen aus einer Hand sichert. Formell ist das in der Erläuterung zu § 3 Abs. 2 dargestellt. Bindeglied ist die volle Verantwortung der Landkreise und das damit verbundene Weisungsrecht. Das schließt aber nicht aus, dass die Empfänger von Grundsicherung für Arbeitslose Leistungen geteilt - möglicherweise beim Landkreis, dem Amt oder der amtsfreien Gemeinde - einfordern müssen. Das zu verhindern sollte geregelt werden.

Zur Durchführung der Aufgaben gehört aber auch eine jederzeit gesicherte Finanzausstattung der Kommunen. Für die Haushaltsplanung 2005 benötigen die kommunalen Träger Planungssicherheit. Deshalb halten wir es für erforderlich, dass die in § 4 genannten Angaben zum Abruf des Bundesanteils an den Leistungen für Heizung und Unterkunft genau definiert werden. Welche Angaben haben die Kommunen wie zu leisten? Das wollen die Kommunen wissen, um sich darauf vorzubereiten. Eine diesbezügliche zeitnahe Regelung über eine Rechtsverordnung halten wir für geboten.

Die Auszahlung der Mittel unmittelbar und unverzüglich nach Eingang der Bundesmittel an die kreisfreien Städte und Landkreise vorzunehmen halten wir für ehrenhaft. Aber heißt das nicht auch, dass dann den Betroffenen die Leistungen rechtzeitig zur Verfügung stehen, aber die Kommunen möglicherweise in Vorleistung aus eigener Tasche gehen müssen? Die Bundesmittel können zur Monatsmitte oder zum Monatsende abgerufen werden. Die Anmeldung der Mittel, so bestimmt das Gesetz, soll bis zum 15. des Monats erfolgen. Das birgt aber die Gefahr, dass Landkreise in die Situation der Vorfinanzierung kommen. Deshalb regen wir an, den Termin 15. auf den 10. des Monats zu verändern.

Bezüglich der Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen für die Jahre 2005 bis 2009 in Höhe von 190 Millionen Euro, wozu in § 15 des Finanzausgleichsgesetzes klar geregelt ist, dass die Kommunen diese in voller Höhe erhalten, halten wir es aber auch für erforderlich, entsprechende Regelungen zu den Fragen zu schaffen: Wie hoch ist der Anteil der betreffenden Kommune und nach welchen Kriterien werden diese Mittel verteilt? - Auch das gehört zur Planungssicherheit für die betroffenen Kommunen.

Die Umsetzung des Sozialgesetzbuches II zulasten der Kommunen soll ausgeschlossen werden. Es kann nicht sein, dass die stark defizitären Haushalte durch höhere Umlagen und

möglicherweise Kürzungen in dem ohnehin schon eingeschränkten Teil der freiwilligen Aufgaben zusätzlich belastet werden. Das betrifft auch die Beschränkung in § 5, dass die Einsparungen an Wohngeldleistungen nur als Nettoleistung an die kommunalen Träger weitergeleitet werden können. Hier bedarf es einer Regelung zu den Fragen: Wie hoch sind die Einsparungen? Welche Stichtage werden zur Berechnung der Einsparung herangezogen und wie werden diese Leistungen dann auf die Kommunen verteilt?

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Abgeordneter, ich erinnere an die Zeit.

Otto (PDS):

Wir halten eine Regelung für erforderlich, wonach den Landkreisen die tatsächlichen Entlastungsbeträge auf Dauer weitergereicht werden.

Das Gesetz ist somit ein Mindeststandard; es bedarf an vielen Stellen veränderter Regelungen. Dazu werden wir uns in den Ausschüssen einbringen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Dr. Schröder.

Frau Dr. Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorweg eine Bemerkung: Das Thema „Hartz IV“ steht heute und morgen dreimal auf der Tagesordnung. Ich bin sehr froh darüber, dass wir mit dem Ausführungsgesetz zum SGB II beginnen, weil es nach vorn schaut und weil es das Ziel verfolgt, mitzuhelfen, Strukturen vor Ort endlich aufzubauen.

Zu den beiden Anträgen, die wir sonst noch zur Fortsetzung des Wahlkampfes vorliegen hätten: Ich bin froh, dass der Wahlkampf vorbei ist,

(Zuruf der Abgeordneten Osten [PDS])

dass er mit dem Thema „Hartz IV“ hinter uns liegt, weil wir jetzt endlich auch in diesem Hause fachlich und sachlich die Umsetzung von Hartz IV diskutieren können. Populismus wird es hierbei nicht geben; jedenfalls wird er beim Thema „Hartz IV“ keine Chance haben.

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt regelt im Wesentlichen die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem einheitlichen Leistungssystem der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie die Schaffung einheitlicher Strukturen für die Leistungsbezieher in den Arbeitsgemeinschaften oder kommunalen Anlaufstellen im Falle der optierenden Kommunen.

Die Landesregierung Brandenburg hat sich in der zurückliegenden Legislaturperiode sowie im Vermittlungsverfahren immer eindeutig dafür ausgesprochen, die beiden steuerfinanzierten Fürsorgesysteme Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu-

sammenzuführen. Auf dieser Grundlage hat das Arbeitsministerium in den zurückliegenden Monaten das Hartz-IV-Gesetzgebungsverfahren aktiv begleitet. Seit März arbeiten die Landesregierung, die Arbeitsverwaltung, die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunen in dieser Angelegenheit intensiv zusammen. Ziel ist es sicherzustellen, dass die neue Grundsicherung pünktlich ab Januar 2005 ausgezahlt wird und dass die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen ab dem kommenden Jahr deutlich verbessert wird. Hauptakteure sind die Agenturen für Arbeit sowie die Kreise und kreisfreien Städte vor Ort.

Hauptanliegen des nun vorliegenden Gesetzentwurfs ist es - darauf hat die Ministerin bereits verwiesen -, die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu Hartz IV für Brandenburg zu beschließen. Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten auf Landesebene hinsichtlich Aufsicht und zuständiger Landesbehörde, die Möglichkeit der Heranziehung von Ämtern und amtsfreien Gemeinden zur Aufgabendurchführung seitens der Landkreise sowie Grundsätzliches zur Weiterleitung von Bundes- und Landesmitteln an die kommunale Ebene.

Auf die betroffenen Arbeitslosengeld-II-Empfänger hat das Gesetz keine direkte Auswirkung. Bezüglich der Auswirkungen auf die kommunalen Kassen sind, denke ich, zwei Punkte hervorzuheben:

Erstens: Die vom Bund zugesagte Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von zunächst 29,1 % wird über das Land zügig 1 : 1 an die Kommunen weitergegeben.

Zweitens: Des Weiteren wird das Land nach dem vorliegenden Entwurf seine Einsparungen beim Wohngeld an die Kommunen weiterreichen. Wie auch in den anderen Bundesländern werden aber die Belastungen für das Land durch die Umsatzsteuer im Zusammenhang mit dem durch Hartz IV ausgelösten Finanzausgleich gegengerechnet.

In Brandenburg werden fünf Landkreise - Spree-Neiße, Uckermark, Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin und Oder-Spree - die Option nach dem SGB II wahrnehmen. Das heißt, für eine Erprobungszeit von zunächst sechs Jahren wollen sie die Betreuung von Langzeitarbeitslosen komplett übernehmen. Die Landesregierung wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch diesem Anliegen gerecht, indem bundesrechtliche Vorschriften hierfür organisatorisch und verfahrensrechtlich umgesetzt werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen, dass wir beide Wege, Optionsmodell und Arbeitsgemeinschaft, genauestens verfolgen werden. Das wird nicht nur über die eingesetzte Monitoring-Gruppe und die Ombudsleute geschehen, sondern auch wir selbst werden dies als Abgeordnete vor Ort tun.

Ich möchte bei allen beteiligten Abgeordneten in den zuständigen Ausschüssen dafür werben, den Gesetzentwurf im Parlament zügig zu beraten. Wir befürworten, den vorliegenden Entwurf schon im kommenden Monat in 2. Lesung zu beraten, so dass das Gesetz dann auch verabschiedet werden kann.

Nach dem Verfahren der Erarbeitung des Entwurfs auf Regierungsebene werden die kommunalen Spitzenverbände auch in der Ausschussberatung des Landtags die Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Hier kann ich den Kollegen von der PDS beruhigen: Wir werden morgen bei der Konstituierung des

Ausschusses einen entsprechenden Antrag auf Anhörung einbringen. Wir werden die dann dort gegebenen Hinweise einer ernsthaften Prüfung unterziehen.

Zum Schluss möchte ich gern - das ist mir wichtig - einen kurzen Appell formulieren. Ich bitte alle Verantwortlichen in den Kreisen, kreisfreien Städten, Kommunen sowie auch bei den Arbeitsagenturen vor Ort, die notwendigen Entscheidungen für die Umsetzung von Hartz IV zügig zu treffen. Sie müssen hierfür nicht auf den Tag der Verabschiedung des Ausführungsgesetzes warten. Der Bund gewährt im SGB II entsprechende Spielräume, das jetzt - viele tun es schon - auch wirklich umzusetzen. Also nutzen Sie diese und konzentrieren Sie sich auf die reibungslose Umsetzung von Hartz IV! Es verstecke sich bitte niemand vor Ort hinter Rechtskonstruktionen.

Im Namen der SPD-Fraktion empfehle ich die Überweisung des Gesetzentwurfs zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie sowie an den Ausschuss für Inneres und den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die DVU-Fraktion spricht die Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung soll der Ausführung der Hartz-IV-Gesetzgebung dienen. Wir, die DVU-Fraktion, lehnen bekanntlich das Hartz-IV-Gesetz in seiner jetzigen Form ab. Wir haben dazu einen entsprechenden Aufhebungsantrag gestellt und halten anstelle von Hartz IV völlig neue Regelungen für erforderlich, Regelungen, welche den betroffenen Arbeitslosen helfen und sie nicht wie Hartz IV ohne realistische Perspektive massenhaft und dauerhaft in Armut stürzen. Dieser Gegenvorschlag, die Alternativlösung zu Hartz IV und nicht Hartz IV light à la PDS, kommt in einer der nächsten Sitzungen von uns auf die Tagesordnung.

Darüber hinaus ist aus Sicht unserer Fraktion noch Folgendes festzustellen: Auch die Vorläufer von Hartz IV, also Hartz I, II und III, gehören noch einmal auf den Prüfstand. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, unterhalten wir uns über den hier vorliegenden Gesetzentwurf. Wir als DVU-Fraktion müssen und werden diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Begründung:

Erstens: Wir, die DVU-Fraktion, sind nicht von den Bürgern in dieses Parlament gewählt worden, um sozusagen Nibelungen-treue vor dem Herrn, konkret dem Bundeskanzler und seinem rot-grünen Reformmurks, walten zu lassen.

Zweitens: Wir, die DVU-Fraktion, haben in dieser Sitzung beantragt, die unerträgliche Hartz-IV-Gesetzgebung per Bundesratsinitiative zu beseitigen. Dazu benötigen wir ganz sicher nicht das Ausführungsgesetz der Landesregierung.

Drittens: Wir, die DVU-Fraktion, werden in der nächsten Sit-

zung einen Antrag einbringen, der völlig anderes beinhaltet als Hartz IV und Hartz IV light à la PDS.

Auch für unseren folgenden Antrag benötigen wir nicht dieses Ausführungsgesetz der Landesregierung und deshalb lehnen wir den vorliegenden Gesetzentwurf ab.

Noch einen letzten Satz: Für auftretende Unannehmlichkeiten, die mit der Nichtannahme dieses Gesetzentwurfs verbunden sind, sind nicht wir als DVU-Fraktion verantwortlich, sondern Hartz IV. Die Verantwortung dafür tragen diejenigen, die diesem rot-grünen Regierungskauderwelsch in Gestalt von Hartz IV uneinsichtig und unbelehrbar nach wie vor folgen. Auch das sind nicht wir von der Deutschen Volksunion, sondern das ist diese Landesregierung. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Schulz. Bitte schön.

Frau Schulz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist klar: Es geht um die organisatorische und verfahrensrechtliche Umsetzung des SGB in landesrechtliche Regelungen. Das ist hier schon deutlich geworden. Ich kann nur noch sagen: Wir sollten diesen Gesetzentwurf zügig und sehr schnell beraten, weil die Beteiligten auf das Gesetz warten. Ich bin nicht der Auffassung, dass sich die Beteiligten dahinter verstecken oder verstecken könnten.

Ich hoffe, Herr Otto, das hohe Haus überweist den Antrag in die Ausschüsse, damit dort eine qualifizierte Beratung und Mitberatung ermöglicht wird.

Wenn ich mir eine Bemerkung noch erlauben darf: Die Zuweisung der Wohngeldersparnis des Landes an die kommunalen Träger wird sicher einer der spannenden Punkte unter „Lösungsansätze B“ in dem Gesetzentwurf sein, ansonsten ist meines Erachtens alles dazu gesagt worden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Die Fraktionen der SPD und der CDU beantragen die Überweisung des Entwurfs des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch im Land Brandenburg (Bbg AG-SGB II) - Drucksache 4/14 - zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie sowie an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und an den Ausschuss für Inneres. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung bei drei Gegenstimmen beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 6:**

1. Lesung des Gesetzes zur Außerkraftsetzung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag vom 26. April 2004 über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg sowie zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg und anderer Gesetze

Gesetzentwurf
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/16

in Verbindung damit:

Kündigung gemäß Artikel 33 Absatz 1 des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg vom 26. April 2004

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/18

Ich eröffne die Aussprache. Für die einbringende Fraktion spricht der Abgeordnete Schuldt.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Außer Spesen nichts gewesen. - Jetzt, nachdem sich die Landesregierung, bestätigt durch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten heute Morgen, offen von der Länderfusion im Jahre 2009 verabschiedet hat und sich deswegen im offenen Streit mit dem Berliner Senat befindet, geht es um Schadensbegrenzung. Schadensbegrenzung deshalb, weil wir nicht warten können, bis im Zuge eines in Gang gesetzten OVG-Umzugs für den Landeshaushalt nachteilige Fakten geschaffen worden sind, meine Damen und Herren. Dass eine länderübergreifende Fusion von Obergerichten dauerhaft Bestand haben muss, habe ich bereits in meinen Redebeiträgen zur 1. und 2. Lesung des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte ausgeführt. Über die verfassungsrechtlichen und umsetzungstechnischen Bedenken, insbesondere aber über die Kostenfolge, brauche ich mich heute nicht mehr groß zu äußern. Das habe ich in meinen damaligen Redebeiträgen ausführlich getan.

Mit dem Staatsvertrag über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte und dem Ratifikationsgesetz bewegt sich das Land Brandenburg derzeit auf sehr dünnem Eis. Das Land begibt sich eines wesentlichen Teiles seiner dritten Gewalt. Der Gegenstand des Staatsvertrages und des Gesetzes, die Judikative als wesentliches Element unserer Landessouveränität mit derjenigen von Berlin zusammenzuführen, und das trotz der Vielzahl begründeter Bedenken dienstrechtlicher, personeller und haushalterischer Art, hatte schließlich eine großartige Prämisse, die bereits in der Präambel des Staatsvertrages ausgedrückt wird:

„Die Länder Berlin und Brandenburg gehören historisch zusammen und stehen nicht zuletzt in einer gemeinsamen Rechtstradition. Sie bilden für viele Menschen einen einheitlichen Lebensraum.“

Weiter heißt es zur Gerichtsfusion:

„Dieses geschieht nicht nur mit dem Willen, eine effiziente Justizstruktur in der Region Berlin-Brandenburg aufzubauen, sondern auch in der Hoffnung, das weitere Zusammenwachsen der Länder zu fördern.“

Bereits in der Präambel steht, dass eine der wesentlichen Vertragsgrundlagen die Aussicht auf eine in absehbarer Zeit durchgeführte Länderfusion ist, meine Damen und Herren. In meiner Rede zur 2. Lesung des Gesetzes habe ich wiederholt darauf hingewiesen, was geschehen wird, wenn die Fusion unserer Länder erneut scheitert.

Heute, gerade eineinhalb Monate nach der Landtagswahl, hat sich diese Befürchtung schneller bewahrheitet, als man damals dachte. Die Landesregierung hat sich vom bisherigen Zeitplan für die Länderfusion bis zum Jahre 2009 endgültig verabschiedet. Ein nur noch am Rande geäußertes Postulat, „die Landesregierung bekennt sich dazu“, ist indes ohne jegliche Verbindlichkeit, ohne jegliche politische Verlässlichkeit und mithin nichtig. Dies wird vor allem dadurch deutlich, dass sich die Koalitionsfraktionen einhellig darauf geeinigt haben, die Frage der Länderfusion gar nicht in ihren Koalitionsvertrag aufzunehmen, ja nicht einmal in irgendeinem Satz auch nur zu benennen. Die damit letztlich in den Bereich der Spekulation gerückte Perspektive einer Länderfusion - der Ministerpräsident hatte dies heute Morgen ausdrücklich geäußert; in diesem Jahrzehnt passiert jedenfalls nichts mehr - bedeutet damit letztlich nichts anderes als den Wegfall der Vertragsgrundlage, nämlich den in der Präambel des Staatsvertrages niedergeschriebenen Willen der Landesregierung, die Länderfusion in einem überschaubaren Zeitraum zu realisieren.

Der jetzt bestehende Streit zwischen Berlin und Brandenburg und die seitens des Herrn Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters offen ausgesprochene Absage lassen keine andere Interpretation zu. Deshalb appelliere ich an Sie, die überbordende Kostenfolge bei der Zusammenlegung der OVGs schon zum 1. Juli 2005 auszusetzen, Schaden zu begrenzen und unsere Initiativen zu folgen. - Bis dann.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Christoph Schulze.

Schulze (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Werte Anwesende! Dieser Antrag wundert nicht. Eine Fraktion, die eine Fraktionsvorsitzende hat, die auf Anhieb nicht weiß, wie viele Bundesländer es in diesem Land gibt - nämlich 16 -, hat natürlich große Sorge und muss sie natürlich auch haben, dass sich die Anzahl der Bundesländer ändert. Also will man alles beim Alten lassen, weil man den Veränderungen nicht so schnell folgen kann.

Im Übrigen zeugen sowohl der Antrag als auch das hier Dargelegte vom Unverständnis dieses Staatsvertrages. Ein Staat kann sich seiner Justiz nicht entledigen. Wir können sie nur organisieren. Alles andere ist schlicht und einfach Unfug und ent-

spricht nicht dem Rechtsstaatsprinzip und der Richtergarantie aus dem Artikel 19 Grundgesetz. Insofern können wir das völlig unbeachtet lassen.

Der Antrag und der Gesetzentwurf sind grotesk, substanzlos, vor allem ziellos und letztendlich wirr.

Der Ministerpräsident und auch unser Fraktionsvorsitzender Baaske haben hier deutlich gesagt, wie die Meinung unserer Fraktion und auch der Koalition zur Fusion von Berlin und Brandenburg ist. Es geht nicht um das Ob, sondern es geht um das Wie und das Wann. Jeder bedächtige und kluge Mensch wird sich nicht unsinnigerweise unter Druck setzen, etwas mit einer Frist zu tun. Entscheidend ist, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land mitnehmen; denn es wird eine Volksabstimmung geben. Wer diese Volksabstimmung auf Biegen und Brechen durchführen will, der wird sie verlieren.

Typisch für die DVU-Fraktion ist, rechts zu blinken und links zu fahren. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Kleine Anfrage 10 der Abgeordneten Hesselbarth, in der sie fragt, welche verfassungsrechtlich zulässigen Möglichkeiten die Landesregierung denn nun anstrebt und geradezu fordernd fragt, was denn nun in der Frage eines Zusammenschlusses, das heißt einer höheren Zusammenarbeit und Effizienz auf administrativer Ebene, um Kostensenkung zu erreichen, getan werden soll.

Da sieht man den Widerspruch. In einer Kleinen Anfrage inaufragiert die Fraktion der DVU, dass man mehr tun müsse und in einem Antrag plus Gesetzentwurf genau das Gegenteil. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir sollten mit diesem Unsinn nicht unsere Zeit verschwenden. In diesem Sinne werden wir das ablehnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die PDS-Fraktion spricht der Abgeordnete Sarrach.

Sarrach (PDS):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich die erste rechtspolitische Initiative der DVU ist ein Griff daneben und beredtes Zeugnis für die Unfähigkeit der DVU, demokratisch, rechtsstaatlich und praktisch verwertbar zu denken und zu handeln. Ich möchte deshalb meine Bitte aus der letzten Wahlperiode wiederholen: Verschonen Sie uns bitte mit rechtspolitischen Initiativen dieser Art; denn davon haben Sie wenig Ahnung!

(Beifall bei der PDS)

Sie nutzen damit auch niemandem, mal von der eigenen gewollten Effekthascherei abgesehen; denn die gesellschaftlichen Gruppen, deren Interessen Sie vermeintlich bedienen, lehnen es ab, von Ihnen als Mittel rechtsextremer Propaganda missbraucht zu werden.

So liegen die Verhältnisse auch beim Thema gemeinsame Obergerichte mit Berlin. In dieser Sache können und werden Sie mit dem Gesetzentwurf und dem Antrag nichts bewegen. Ich will auch gern versuchen, Ihnen das zu erklären.

Sie von der DVU glauben, dass ein offener Streit über die Länderfusion Berlin-Brandenburg die Möglichkeit eröffnet, die beschlossene Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte zu verhindern. Zu diesem Zweck beantragen Sie ein Gesetz zur Außerkraftsetzung des Gesetzes zu dem entsprechenden Staatsvertrag und gleichzeitig die Kündigung der Gerichtsfusion auf der Grundlage des Staatsvertrages.

Jetzt beginnt die Verwirrung. Bedarf es neben der Kündigung auch der Außerkraftsetzung des Zustimmungsgesetzes zum Staatsvertrag? Wenn das Zustimmungsgesetz außer Kraft gesetzt ist, fehlt dann nicht der Kündigung die Rechtsgrundlage, die im Staatsvertrag enthalten ist?

Es gilt doch wohl Folgendes:

Erstens: Eine Aufhebung des Zustimmungsgesetzes und daneben eine Kündigung sind unsinnig, weil so selbstverständlich der Kündigung die Grundlage entzogen wird und weil dieses Vorgehen nicht berücksichtigt, dass der Staatsvertrag, dem in Brandenburg und in Berlin die Parlamente per Gesetz die Zustimmung erteilt hatten, ein Vertragswerk zweier Partner ist, das Bindungen auslöst. Das kann man nicht einfach mit einem Außerkraftsetzungsgesetz verkleistern.

Zweitens: Die Kündigung nach Artikel 33 Abs. 1 des Staatsvertrages ist ohne Aufhebung des Zustimmungsgesetzes möglich. Aber erfüllt sie auch den von der DVU erhofften Zweck? Nach Artikel 33 Abs. 1 gilt eine Frist von einem Jahr, die jeweils bis zum 31. Dezember für die Erklärung der Kündigung genutzt werden muss. Das heißt, die ab 1. Juli 2005 zu vollziehende Errichtung des gemeinsamen Obergerichtes und des gemeinsamen Landessozialgerichtes kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr verhindert werden, weil die Kündigung des Vertrages frühestens ab dem 01.01.2006 möglich ist.

Das Ziel der Initiative wird klar verfehlt. Sie von der DVU provozieren vielmehr, nach nur einem halben Jahr gemeinsamer Obergerichte eine dann finanziell, organisatorisch und politisch ineffektive Rückabwicklung vorzunehmen. Selbst wenn man wie die PDS mit guten Argumenten gegen die Bildung dieser Obergerichte hier im Landtag gestritten hat, stellt dieses Szenario für mich keine erstrebenswerte Perspektive für die betroffenen Obergerichte und insbesondere für die Rechtsuchenden dar. Das gilt umso mehr, weil es eben nicht zutrifft, dass die Gerichtsfusion vor allem ein bald zu bildendes gemeinsames Bundesland als zwingende Geschäftsgrundlage des Staatsvertrages voraussetzt.

Sie haben aus der Präambel einen entscheidenden Satz vergessen zu zitieren, Herr Schuldt:

„Sie sind natürliche Partner“

- die Länder -

„für eine landesgrenzübergreifende Zusammenarbeit. Deshalb sind die Länder Berlin und Brandenburg übereingekommen, gemeinsame Fachobergerichte zu errichten.“

Von einer Fusion wird in der Präambel nicht gesprochen. Also hören Sie auf, auch bei der Gesetzgebung zur Gerichtsfusion einen angeblichen Perspektivwechsel zu entdecken. Während

sich in der Politik täglich Perspektiven und Positionen schlagartig ändern können, darf dies für die Gesetzgebung nicht bedeuten, auf jeden vorbeifahrenden Zug zu springen. Gesetzgebung muss berechenbar und darf nicht derart kurzlebig sein.

Auch wenn mir in der vergangenen Wahlperiode der Beschluss über gemeinsame Obergerichte zum Nachteil der dezentralen Konzentration Brandenburgs sehr gegen den Strich gegangen ist, gehört zur Demokratie die Akzeptanz von damaligen Mehrheitsentscheidungen, deren Bestand auch nach den Wahlen nicht fraglich ist. Deshalb empfehle ich Ihnen von der DVU: Lernen Sie trotz des Herrn Frey, im Kopf und im Genick demokratisch zu denken! Lernen Sie rechtliche Zusammenhänge und Konsequenzen erst einmal verstehen, bevor Sie sich in diesem Bereich versuchen! Der Landtag ist keine Spielwiese für suchende Freizeitjuristen.

Die PDS-Fraktion ist gegen die Überweisung beider Initiativen.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Die Landesregierung hat auf einen Beitrag verzichtet. - Ich frage, ob von der DVU-Fraktion die verbleibende Redezeit genutzt werden soll.

(Schuldt [DVU]: Ja!)

- Herr Abgeordneter Schuldt, Sie haben das Wort für knapp fünf Minuten. Bitte schön.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Inhalt Ihrer Rede, Kollege Schulze, zeigte, dass Sie sich weder mit dem Staatsvertrag zur Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte noch mit dem Gesetz zum Staatsvertrag inhaltlich befasst haben. Mir drängt sich sogar der Verdacht auf, dass Sie die monatelange politische Diskussion dazu in der letzten Legislaturperiode verschlafen haben müssen oder nicht verstanden haben. Dass Frau Kollegin Richstein nun nicht mehr Ministerin ist, ist für uns als DVU-Fraktion letztlich ein Indiz dafür, dass die Koalitionsfraktionen und den Herrn Ministerpräsidenten in Bezug auf die Gerichtsfusion ein schlechteres Gewissen plagt, als es vermutet wird.

(Lachen bei der SPD)

Zum Glück gibt es eine neue Justizministerin, die zumindest in der Frage der Länderfusion der Presse gegenüber wenig Zurückhaltung gezeigt hat. In den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ vom 7. Oktober 2004 war zu lesen:

„CDU-Fraktionsvorsitzende Beate Blechinger betont, dass es in der Fusionsfrage keinen Dissens zur SPD gebe. Angesichts der Berliner Finanzprobleme, aber auch der Stimmung im Lande bestehe keine Chance zur Volksabstimmung in Brandenburg 2006. Man müsse den Tatsachen ins Auge sehen, so Blechinger.“

So ähnlich ließ sich heute Morgen auch der Ministerpräsident ein.

Deshalb haben wir uns von Ihnen Standhaftigkeit im Hinblick auf die Gerichtsfusion versprochen; denn Sie wissen selbst am besten, Frau Ministerin, dass die für den Staatsvertrag zur Gerichtsfusion grundlegende Frage der Länderfusion vom Tisch ist.

Kurz nachdem die Brandenburger Koalitionsfraktionen einhellig ihren Konsens in dieser Frage postuliert hatten, forderte die Berliner CDU-Fraktion Herrn Wowereit auf, sich mit Herrn Ministerpräsidenten Platzeck ins Benehmen zu setzen, damit die Idee einer Länderfusion nicht ad acta gelegt werde. Die Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus äußerte sich der Presse gegenüber noch deutlicher. Sie verkündete öffentlich, sie sehe mit der Absage der Volksabstimmung die Fusion am Ende.

Nach alledem werden Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, nicht umhinkommen, das zu verhindern, was zum Beispiel mit dem gemeinsamen OVG Lüneburg der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein Ende der 80er Jahre passiert ist: die Auflösung aus politischen Gründen. Wenn man zudem die Kosten in Millionenhöhe für den Gerichtsumzug, die Personaldebatte im Hinblick auf die Angestellten des nichttrichterlichen Dienstes, die Folgekosten etwa wegen der nicht kompatiblen EDV und die Tatsache berücksichtigt, dass dem Land Berlin durch Urteil des dortigen Finanzgerichtshofes wegen des Haushaltschaos nur Verpflichtungen zu Ausgaben gestattet sind, die sich aus bundesgesetzlichen Festlegungen und landesrechtlichen Vorschriften ergeben

(Schulze [SPD]: Was ist denn ein Staatsvertrag? Eine landesrechtliche Vorschrift!)

- dazu gehört jedenfalls nicht die Gerichtsfusion -, gebietet es schon die Vernunft, diesen Wahnsinn abzublasen.

(Beifall bei der DVU)

Nur durch die sofortige Außerkraftsetzung des Gesetzes zum Staatsvertrag, Herr Sarrach, können wir indes die Kündigungsfrist nach § 33 des Staatsvertrages ohne größere Folgen auslaufen lassen. Deshalb bitte ich Sie noch einmal, sowohl unserem Antrag auf Kündigung des Staatsvertrages als auch unserem Antrag auf Außerkraftsetzung des Gesetzes zuzustimmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Zum Ersten beantragt die Fraktion der DVU die Überweisung des Gesetzentwurfs zur Außerkraftsetzung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte, Drucksache 4/16, zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss und an den Rechtsausschuss. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Im Falle der Ablehnung des Überweisungsantrags ist es geboten, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem genannten Gesetzentwurf, Drucksache 4/16, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegen-

stimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Zum Zweiten beantragt die Fraktion der DVU Überweisung des Antrags zur Kündigung gemäß Artikel 33 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte, Drucksache 4/18, zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss und an den Rechtsausschuss. Wer diesem Überweisungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DVU, Drucksache 4/18, in der Sache. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

1. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2002 (GVBl. I S. 2), geändert durch das sechste Änderungsgesetz vom 09.10.2003 (GVBl. I S. 272) - Abgeordnetengesetz (AbgG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/17

Ich eröffne die Aussprache. Herr Schuldt von der DVU-Fraktion, Sie haben das Wort.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer anderen Wasser predigt, darf selbst keinen Wein trinken. Dieses alte Sprichwort gilt vor allem dann, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung der privaten Haushalte in den neuen Ländern und insbesondere in strukturschwachen Ländern wie Brandenburg ansieht. Derzeit wird viel über Hartz IV diskutiert - wir tun dies hier auch -, also über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit gravierenden Leistungseinschnitten für bisherige Empfänger von Arbeitslosenhilfe und deren Familien, den voraussichtlichen Rückgang der Beschäftigungsförderung, die Besteuerung von Renten, die Verschärfung der Zumutbarkeit von niedrig bezahlter Arbeit und sogar von nicht sozial gerecht gesicherten Arbeitsgelegenheiten.

Auf der anderen Seite geht es auch den Unternehmen immer schlechter. Die momentane Diskussion über den Erhalt Tausender von Arbeitsplätzen bei Opel und die gravierenden Einsparungen von Personalkosten bei Quelle/Karstadt mit den nach wie vor schwierigen Perspektiven im Hinblick auf den Erhalt von Arbeitsplätzen sind hierfür nur beispielhaft. Des Weiteren steht gerade der Mittelstand vor dem Problem, oftmals nicht mehr das tarifliche Lohnniveau bezahlen zu können.

Hinzu kommt, dass viele private Haushalte einer steigenden Verschuldung ausgesetzt sind, die sich hinsichtlich der wirt-

schaftlichen Grundlagen von Familien existenzbedrohend auswirkt. Mithin kann man konstatieren, dass es gerade in strukturschwachen Ländern wie Brandenburg weiten Teilen der Bevölkerung wirtschaftlich zunehmend schlechter geht. Aus diesem Grund sind gerade bei uns viele Arbeitnehmer bereit, auf Teile ihres Einkommens zu verzichten, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

Viele Menschen sind bereit, Billiglöhne zu akzeptieren, um überhaupt den Bezug zum Arbeitsleben zu behalten. Mittel- oder langfristig hat das eine nicht unerhebliche Absenkung des Durchschnittseinkommens zur Folge.

Nach dem brandenburgischen Abgeordnetengesetz erhält ein Abgeordneter eine Grundentschädigung in Höhe von 4 399 Euro.

(Schulze [SPD]: Wir sind auch der Auffassung, dass Sie überbezahlt sind!)

Dieser Betrag ist das Ergebnis wiederholter Anhebungen in den letzten Legislaturperioden. Das Abstimmungsverhalten der Koalitionsfraktionen - auch das von Ihnen, Herr Schulze - in der letzten Legislaturperiode hat ein Bewusstsein von Besitzstandswahrung zutage gebracht, welches der Einkommensentwicklung der Bevölkerung diametral entgegenläuft.

(Schulze [SPD]: Herr Schuldt, im Gegensatz zu Ihnen bin ich von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt worden und habe hier ein Mandat!)

- Herr Schulze, ich rede jetzt! Wenn Sie etwas sagen wollen, dann gehen Sie an das Mikrofon. Ich bin gern bereit, auf eine Frage von Ihnen zu antworten.

(Schulze [SPD]: Ich darf auch dazwischenreden!)

Wir als DVU-Abgeordnete sind indes der Ansicht, dass wir auch mit einer Grundentschädigung in Höhe von 3 799 Euro ganz gut zurechtkommen würden.

(Schulze [SPD]: Für Nichtstun reicht das auch!)

Deshalb beantragen wir heute die Absenkung in Höhe von insgesamt 600 Euro. Die zweite Forderung in unserem Gesetzentwurf korrespondiert mit der Abschaffung des Sterbegeldes seit 01.01.2004 bei Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen, denen nach wie vor die breite Masse der Bevölkerung angehört. Wir als DVU-Fraktion sind der Ansicht, dass Hinterbliebene von normal gesetzlich Krankenversicherten, zum Beispiel von Handwerkern oder Angestellten, nicht weniger hilfebedürftig sind als Hinterbliebene von Parlamentariern. Es ist nicht einsehbar, weshalb Letztere bei sozialen Leistungen mit anderem Maß gemessen werden sollen als die durchschnittliche Bevölkerung. Deshalb versteht es sich von selbst, dass § 16 des Abgeordnetengesetzes ersatzlos gestrichen werden muss. Das ergibt sich schon aus dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Ich bitte Sie daher, unserem heutigen Antrag zuzustimmen. - Bis bald!

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Koalitionsfraktionen spricht die Abgeordnete Funck. Bitte schön.

Frau Funck (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag der DVU-Fraktion folgt dem populistischen Wahlkampf, den wir gesehen haben, und ist so nicht hinnehmbar. Ihr Antrag auf Absenkung ist zum einen ein Indiz dafür, dass Sie Ihre Arbeit selbst nicht würdigen bzw. nicht als sauber ansehen. Zum anderen schneiden Sie sich eine Scheibe aus einem sehr sensiblen Themenkomplex heraus. Sie nehmen dieses Stück Demokratie und wollen es auf die Lichtung führen, um es dort abzuschießen.

Dem werden wir uns klar entgegenstellen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der PDS spricht der Abgeordnete Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Deutsche Sprachrat und die deutsche Goethe-Gesellschaft haben in der letzten Woche das schönste deutsche Wort ausgewählt: Habseligkeiten - Dinge, die man zum selig sein braucht; das ist der entscheidende Punkt der Begründung gewesen.

Ich habe den Eindruck, dass auch in diesem Parlament die Bedürfnisstrukturen im Umgang mit Habseligkeiten, das heißt den Dingen, die man braucht, um selig zu sein, sehr unterschiedlich sind. So begann schon der heutige Tag. Die Kollegen der DVU waren so freundlich, im Zusammenhang mit dem, was wir von ihnen immer öfter serviert bekommen, von „dümmlicher Hektik“ zu sprechen. Dieses Wort wäre angesichts der Zusammensetzung der Jury eine passende Charakterisierung der Arbeitsintensität der DVU-Fraktion gewesen.

Ich will klar und deutlich sagen: Es gibt Dinge, die eine Zumutung sind.

Die Rechtsverhältnisse bzw. die Stellung der Abgeordneten bedürfen einer intensiven Diskussion. Damit müssen wir in diesem Parlament Ernst machen. Dabei ist über Entschädigungen, Übergangsgelder, Kostenpauschalen und Altersversorgung zu reden. Wir sollten die Erfahrungen aus anderen Bundesländern, zum Beispiel Schleswig-Holstein, ernsthaft berücksichtigen.

Ein entsprechender Antrag liegt in Drucksache 3/6959 vor; er müsste neu eingereicht werden. Ich gehe auch von der Selbstbefassung im Hauptausschuss aus. Ich verweise ferner auf den Gesetzentwurf in Drucksache 3/6684, den Kollegin Schröder zu Beginn dieses Jahres eingereicht hatte.

Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, über die zu reden ist. Der Antrag der DVU-Fraktion ist aber unlogisch. Wenn die angemessene Erhöhung der Diäten zum Beispiel mit einer Neuregelung der Altersversorgung begründet wird, dann hat eine Diätensenkung, die vielleicht von einer Fraktion vorgeschlagen wird, Konsequenzen. Eine ernsthafte Diskussion wird durch Ihren Antrag infrage gestellt. Das Anliegen der DVU ist somit aus ganz sachlichen Erwägungen heraus zurückzuweisen.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass die DVU-Fraktion eine namentliche Abstimmung verlangt. Ich habe keine Scheu, damit umzugehen, weil ich der festen Überzeugung bin - Herr Schulze hat darauf verwiesen -, dass wir den Wählerinnen und Wählern Rede und Antwort stehen müssen. Das ist nicht mit Schnellschüssen, sondern nur mit einer vernünftigen Regelung der Entschädigung auch für die Abgeordneten der 4. Legislaturperiode möglich. Vielleicht gelingt es uns sogar, einen Vorschlag, über den wir schon beraten haben, zu verwirklichen: Die Abgeordneten legen jeweils zum Ende der Legislaturperiode die Regelungen für die nächste Legislaturperiode fest. - Dies hätte einen Vorteil: Nutznießer der zu verabschiedenden Regelungen wären nicht mehr diejenigen, die sie in Kraft gesetzt haben, sondern erst die künftigen Abgeordneten. Diese wiederum träten mit der Regelung öffentlich an.

Es gibt eine Menge Diskussions- und Handlungsbedarf. Wir sollten eine sachliche Diskussion führen. Dem dient der Gesetzentwurf der DVU-Fraktion nicht. Deswegen ist er abzulehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Die Landesregierung verzichtet. Ich beende die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

(Abgeordneter Schuldt [DVU] meldet Redebedarf an.)

- Entschuldigung, Herr Schuldt! Ich habe Sie übersehen. Sie haben die Möglichkeit, in einer zweiten Runde zu sprechen.

(Schuldt [DVU]: Die fünf Minuten lasse ich mir auch nicht nehmen!)

- Das war nicht böse Absicht von mir. Ich habe gesagt: Pardon!

(Schuldt [DVU]: Herr Präsident, das kann alles passieren!)

- Gut.

(Schulze [SPD]: Ohrstöpsel herausholen!)

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich die soeben gehörten Reden überdenke, wundert es mich nicht, dass ein großer Teil der Bevölkerung - zum Teil zu Recht - der Meinung ist, die Politiker hätten den Bezug zum Volk verloren.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir als DVU-Fraktion im Rahmen mehrerer Anträge, zuletzt im Rahmen des Gesetzes zur Finanzierung einer Landesstiftung für Opferhilfe im Land Brandenburg, einen Diätenverzicht durchsetzen wollen, damals sogar zugunsten eines gemeinnützigen sozialpolitischen Zwecks.

Jedesmal haben sich nicht nur die Koalitionsfraktionen, sondern auch die PDS mit Händen und Füßen gewehrt. Genau das erleben wir heute erneut, und das live! Für mich ist das gerade-

zu beispielhaft für die Tendenz zur Besitzstandswahrung bei der politischen Kaste. Ihre Raffgier

(Unruhe bei SPD und CDU)

führt insbesondere die Eröffnungsrede des Herrn Innenministers Schönbohm von vor zwei Wochen zur konstituierenden Sitzung des Landtages geradezu ad absurdum. Der Herr Minister hat gesagt, dass die Politiker, insbesondere die Parlamentarier, nicht die Herren, sondern die Diener des Volkes sind und sich als solche auch zu verstehen haben.

(Beifall bei der DVU)

Wenn wir als Parlamentarier - das ist für mich als Abgeordneter der DVU-Fraktion feste Überzeugung - Diener des Volkes sind, dann müssen wir die wirtschaftliche Situation unseres Herrn, der uns bezahlt, nämlich des Volkes, berücksichtigen.

Im ersten Teil meiner Rede habe ich nicht ohne Grund anhand einiger Beispiele und bei Darstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der privaten Haushalte und der Unternehmen dargelegt, dass es unseren Herren, also den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, zunehmend schlechter geht. Das spiegelt sich nicht zuletzt in der prekären Haushaltssituation, namentlich der Verschuldung der Gebietskörperschaften, also nicht nur des Landes, sondern auch der Kommunen, wider. Wir als Abgeordnete müssen uns stets vor Augen halten, wem wir unsere Position, unseren Auftrag und unsere Verpflichtung als Volksvertreter zu verdanken haben und wer das alles bezahlt.

(Schulze [SPD]: Sie sind Volksverhetzer!)

Das sind die vielen Steuerzahler im Land,

(Schulze [SPD]: Die kennen Sie doch gar nicht! Wann haben Sie Wahlkampf gemacht?)

deren reales Nettoeinkommen in den letzten Jahren mit anhaltender Tendenz absinkt.

Das sind die Familien, deren ökonomische Grundlage zunehmend infrage gestellt ist. Das sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen; über vielen von ihnen schwebt sozusagen das Damoklesschwert der Insolvenz. Das sind demnächst auch die Rentner, die weiß Gott nicht gerade üppig mit finanziellen Mitteln gesegnet sind. Sie alle müssen den Gürtel enger schnallen. Deshalb müssen auch wir es tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der DVU - Schulze [SPD]: Den Gürtel enger schnallen; wenn Sie das tun würden, wäre das hilfreich!)

Der vorliegende Gesetzentwurf unserer Fraktion bedeutet einen echten Verzicht und ist ein klares Signal gegenüber der Bevölkerung, dass auch wir bereit sind, zu den notwendigen öffentlichen Einsparungen persönlich beizutragen. Deshalb bitte ich Sie nochmals, unserem Antrag zuzustimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Hören Sie nicht auf die Zwischenrufe Einzelner, sondern gehen Sie in sich und sagen Sie: Ich bin gewählter Vertreter des Volkes. Ich gehe mit gutem Beispiel voran. Das, Herr Schulze, sollten Sie sich ganz be-

sonders hinter die Ohren schreiben und hier nicht dazwischenbrüllen,

(Schulze [SPD]: Treten Sie doch mal im Wahlkreis gegen mich an!)

wenn ein Abgeordneter hier vorne steht und seine Rede vorträgt. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich beende die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Die DVU-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen. Ich bitte auch um Konzentration im Saal, damit wir die namentliche Abstimmung ordnungsgemäß durchführen können.

(Namentliche Abstimmung)

Ich frage, ob es im Saal einen Abgeordneten gibt, der keine Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben. - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Auszählung der Stimmen.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Für den Gesetzentwurf der DVU-Fraktion stimmten 6 Abgeordnete, dagegen 69 Abgeordnete. Das sind 100 % derjenigen, die an der Abstimmung beteiligt waren.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 73)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/20

Die beantragende Fraktion eröffnet mit Herrn Abgeordneten Nonninger.

(Schulze [SPD]: Lesen Sie wieder einmal eine Rede vor, Herr Nonninger?)

Nonninger (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir fordern Bürgernähe und Transparenz. Daher beantragen wir, dass sämtliche Landtagsausschüsse in Zukunft öffentlich tagen. Ihnen, Herr Landtagspräsident Fritsch,

(Gelächter bei der PDS)

danken wir ausdrücklich für die von Ihnen entfachte Debatte über die Arbeitsweise des Landtages und über Wege zur Transparenz

(Schulze [SPD]: Was heißt denn Transparenz eigentlich?)

bei politischen Entscheidungen. - Entschuldigung, Herr Vizepräsident.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Lassen Sie sich nicht irritieren, ich richte das dem Herrn Präsidenten aus.

(Beifall)

Nonninger (DVU):

Ich danke Ihnen. - Doch leider konnte sich Ihre Fraktion ebenso wenig wie die Ihres Koalitionspartners im Gegensatz zu unserer DVU-Fraktion zu einer parlamentarischen Initiative zur Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen durchringen. Warum wohl nicht? Könnte dies eventuell mit dem ungeheuer fleißigen und ausgesprochen intellektuellen Gehabe diverser Ausschussmitglieder aus den Kreisen der regierenden Koalition während der letzten Legislaturperiode zusammenhängen?

(Zurufe von der PDS - Gelächter des Abgeordneten Schulze [SPD])

Oder war das Ganze, Herr Präsident Fritsch, von Ihnen in den Wind gesprochen? Wir als DVU-Parlamentarier fürchten uns vor der Öffentlichkeit bei Ausschusssitzungen jedenfalls nicht,

(Gelächter)

wie unser vorliegender Antrag beweist. Denn bei Gewährleistung der Öffentlichkeit bei Ausschusssitzungen wird sich sehr schnell zeigen, wer hier entzaubert wird, meine Damen und Herren Koalitionäre,

(Lachen bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

wir oder doch wohl eher Sie.

(Beifall bei der DVU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Artikel 64 Abs. 2 unserer Landesverfassung bestimmt die Verhandlungen des Landtags als öffentlich. Wörtlich heißt es:

„Der Landtag verhandelt öffentlich.“

Die eigentlichen Beratungen, die wirkliche Arbeit wird jedoch in den Ausschüssen des Landtags geleistet. Dort finden die tatsächlichen Verhandlungen statt, deren Ergebnisse später lediglich im Plenum dargestellt werden. Aus dieser Interpretation ergibt sich die Frage, ob die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen nicht sogar verfassungsrechtlich geboten ist. Nicht nur, dass das Prinzip der Öffentlichkeit der Ausschussarbeit in den Parlamenten der meisten westlichen Demokratien, zum Beispiel denen der USA, Großbritanniens, Kanadas, der Niederlande und vieler anderer mehr, gepflegt wird, sondern auch in vielen Landtagen, nämlich in denen von Hessen, Bayern und nicht zuletzt im Abgeordnetenhaus von Berlin, finden die Ausschusssitzungen öffentlich statt. Demokratie lebt von der Öffentlichkeit. Der Landtag Brandenburg sollte daher nicht hinter demokratischen Prinzipien anderer Parlamente zurückstehen.

Angesichts der zunehmenden Politikverdrossenheit im Lande ist es notwendig, politische Entscheidungen in Zukunft transparenter und für die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs nachvollziehbar zu machen. Dazu zählt auch der Anspruch, die Hintergründe politischer Entscheidungsprozesse den Bürgerinnen und Bürgern besser verständlich zu machen.

Wie lautet doch Ihr neues Motto, Herr Ministerpräsident Platzeck? - Politik im Angesicht des Volkes. - Jawoll! Dann halten Sie sich bitte, meine Damen und Herren Koalitionäre, an das Motto Ihres Ministerpräsidenten und an den Vorstoß unseres neu gewählten Landtagspräsidenten Fritsch

(Bischoff [SPD]: Jawoll!)

und stimmen Sie unserem Antrag mit großer Mehrheit zu.

Ich beantrage seitens unserer DVU-Fraktion bereits jetzt namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der DVU - Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Koalitionsfraktionen spricht der Abgeordnete Schulze. Bitte, Herr Schulze.

Schulze (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die DVU-Fraktion fordert Bürgernähe und Transparenz. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Sie tritt bei Wahlen nicht mit Direktkandidaten in Wahlkreisen an, sondern versteckt sich, verrammelt sich auch hier im Landtag hinter Panzerglastüren, um ja nicht mit den Bürgern in Kontakt zu kommen.

(Beifall bei SPD und PDS - Unruhe bei der DVU)

Das ist Transparenz und Bürgernähe á la DVU. Das finde ich richtig „Klasse“.

Weiter: Wenn Ihr Gedächtnis schon so schwach ist, dass Sie nicht einmal mehr wissen, was wir in der 1. Landtagssitzung beschlossen haben, nämlich den Hauptausschuss zu beauftragen, bis zum Januar nächsten Jahres eine neue Geschäftsordnung zu erarbeiten, dann tun Sie mir wirklich Leid.

(Zurufe von der DVU)

Eine solche Halbwertzeit ist wirklich grotesk.

Im Übrigen, Herr Nonninger, wenn Sie die Unverfrorenheit haben, Abgeordnete der SPD, der CDU oder der PDS wegen ihres Verhaltens in den entsprechenden Fachausschüssen hier anzugreifen,

(Zurufe von der DVU)

dann muss ich, der es als Vorsitzender des Innenausschusses der vorigen Wahlperiode, der die meisten Sitzungen abgehalten hat, ja wissen muss, sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen

Ihrer Fraktion, wenn sie denn anwesend waren, in dem Ausschuss ein peinliches Bild abgegeben haben.

(Zurufe von der DVU)

Sie sind völlig unfähig, frei zu reden; vielmehr lesen Sie das ab, und das auch noch stockend, was Ihnen irgendwelche Leute aufgeschrieben haben.

(Zurufe von der DVU)

Da reden Sie hier von Transparenz und Bürgernähe. Ich sagen Ihnen: Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden, sondern Sie lesen hier nur etwas ab, ohne es geistig überhaupt zu verarbeiten.

Im Übrigen ist der Antrag einfach nur ein Treppenwitz.

Noch etwas muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Im Grunde genommen - hiermit richte ich mich an die Abgeordneten der demokratischen Parteien bzw. Fraktionen in diesem Hause - ist die DVU als politischer, moralischer und geistiger Erbe des Dritten Reiches - und das vertreten Sie - eine antiparlamentarische Partei.

(Widerspruch bei der DVU)

Darauf zielt Ihre ganze Politik in den vergangenen Jahren ab, den Landtag und diese Demokratie madig zu machen, schmutzig zu machen. Sie sind im Prinzip gegen dieses System, gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, eingestellt.

(Zurufe von der DVU)

Das ist genau der Punkt, mit dem Sie an jeder Stelle versuchen, sich hier zu profilieren und dieses Verfassungsorgan vor den Bürgern schlecht zu machen.

Im Übrigen bin ich sehr optimistisch, was die Überarbeitung der Geschäftsordnung angeht. Wir werden sehr neue, sehr spannende Aspekte bekommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der DVU-Fraktion, wenn es in diesem Hause eine Mehrheit dafür gibt, wofür ich bete und mich einsetzen und ringen werde, dann möchte ich die Journalistinnen und Journalisten auch bitten: Kommen Sie in Massen in die Ausschüsse, berichten Sie darüber, wie sich die Kolleginnen und Kollegen der DVU-Fraktion verhalten und was sie bieten, wie sie nicht einen Satz formulieren können, der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Das hat einen Genusswert, für den man fast Vergnügungssteuer kassieren müsste.

Wir werden den Antrag ablehnen. Wir finden ihn grotesk. Im Übrigen greifen Sie mit dem Antrag diesem hohen Hause vor, der dem Hauptausschuss schon den Auftrag gegeben hat, die Geschäftsordnung zu überarbeiten. Das zeigt wieder nur den Geist, den Stil und das Fingerspitzengefühl. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die PDS-Fraktion spricht der Abgeordnete Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema „Geschäftsordnung“ bzw. „Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen“ begleitet die Diskussionen dieses Parlaments seit seiner Konstituierung im Jahre 1990. Ich möchte zumindest anmerken, dass ein solcher Antrag, über den wir jetzt diskutieren, nicht vorliegen würde, wenn wir uns in der Zwischenzeit entschlossen hätten, Öffentlichkeit einfach herzustellen. Beispiele von früheren Anträgen, auch in Ausschüssen öffentlich zu verhandeln, gibt es. Darüber wurde auch diskutiert.

Zu diesem Thema gab es schon immer unterschiedliche Auffassungen. Dabei ging es um die Effektivität von öffentlichen Verhandlungen in Ausschusssitzungen. Das war übrigens parteiübergreifend. Zum Beispiel mein guter Freund Michael Schumann hielt wenig davon, wohingegen ich immer dafür war. Das war ein Streitpunkt zwischen uns.

In der Zeit, in der die CDU noch nicht in der Koalition und Herr Hackel Fraktionsvorsitzender war, war auch er dafür.

Herr Diestel als Vorsitzender des Verfassungsausschusses der 1. Legislaturperiode war ebenfalls dafür.

Es gab aber eben auch Kolleginnen und Kollegen, die nicht dafür waren.

Auch in der SPD-Fraktion gab es immer Kolleginnen und Kollegen, die dafür waren. Ich habe mich gefreut, als ich jetzt die entsprechende Botschaft von Herrn Fritsch las.

Aber es gab, wie gesagt, immer auch Kolleginnen und Kollegen, die andere Argumente hatten.

Ich meine, wenn am Ende eines demokratischen Prozesses entschieden wird, dann ist diese Entscheidung zu respektieren. Meiner Meinung nach ist es auch völlig unbedeutend, wer den Antrag stellt.

(Schulze [SPD]: Es ist nicht egal, wer den Antrag stellt!)

Es wird eben ein demokratischer Diskurs geführt und die am Ende getroffene demokratische Entscheidung ist zu akzeptieren.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch Folgendes sagen - hier möchte ich den Kollegen Schulze ausdrücklich unterstützen -: Dieser Landtag der 4. Legislaturperiode konstituiert sich. Der Alterspräsident schlägt vor, dass wir die Geschäftsordnung des Landtags der 3. Legislaturperiode als vorläufige Geschäftsordnung in Kraft setzen und den Hauptausschuss damit beauftragen, sich mit der Geschäftsordnung zu beschäftigen und seine Ergebnisse dem Landtag bis zum Januar des nächsten Jahres vorzulegen.

In der konstituierenden Sitzung dieses Landtags haben wir aber nicht beschlossen, dass im Interesse der Profilierung einzelner Abgeordneter oder Fraktionen alle Einzelfragen der Geschäftsordnung in Form von Anträgen auf die Tagesordnung gesetzt werden, um möglicherweise zerredet zu werden.

Insofern möchte ich einfach um Respekt für das bitten, was hier erarbeitet werden muss. Wie Herr Schulze sehe ich natür-

lich Möglichkeiten, etwas zur Erhöhung der Attraktivität der Aktuellen Stunde zu tun. Man könnte über die Möglichkeit einer Kurzintervention innerhalb einer Debatte nachdenken. Warum sollten wir dann nicht auch über die Frage der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen streiten? Zumindest könnte man über die Umkehrung des Prinzips nachdenken. Man kann die Öffentlichkeit generell ausschließen, aber man kann auch erst einmal mit der Öffentlichkeit beginnen. Auch könnte man Entsprechendes von vornherein festlegen. Es gibt da verschiedene Varianten.

Wir haben hier also ein Thema vor uns. Dabei geht es auch um die Möglichkeiten des Schutzes von Minderheiten oder darum, welche Möglichkeiten wir nutzen sollten, um zu gewährleisten, dass die Minister Ausschusssitzungen größere Aufmerksamkeit widmen. Ich selbst war Mitglied im Haushaltsausschuss und weiß deshalb, dass Ministerin Ziegler in diesem Ausschuss sehr oft zu Gast war. Protokollen von Sitzungen anderer Ausschüsse habe ich entnommen, dass die Präsenz von Ministern in Ausschusssitzungen keineswegs eine typische Erscheinung gewesen ist. Vielleicht also gibt es eine Möglichkeit, auch dafür in der Geschäftsordnung eine Regelung zu finden. Ich sehe einer konstruktiven Debatte optimistisch entgegen.

Der vorliegende Antrag nimmt etwas vorweg, was der zu erarbeitenden neuen Geschäftsordnung in keiner Weise dient. Auch in namentlicher Abstimmung ist diesem Antrag nicht stattzugeben, sondern er ist abzulehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Die Landesregierung verzichtet auf einen Beitrag. - Herr Nonninger für die DVU-Fraktion. Bitte.

(Schulze [SPD]: Dann können Sie ja gleich weiter lesen, nicht wahr? - Zuruf von der CDU: Einfach eine Büroklammer angeheftet!)

Nonninger (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schulze, Sie haben mich sehr enttäuscht. Ich habe wirklich geglaubt, Sie hätten mehr Niveau. Der geistige Ausfluss, den Sie hier absondert haben, war unter aller Würde.

(Schulze [SPD]: Geistige Würde würden Sie doch nicht einmal sehen, wenn sie vor Ihnen läge!)

Wenn Sie nicht mehr weiterwissen, holen Sie die Faschismuseule heraus. Wahrscheinlich haben Sie gar keine Ahnung, was Faschismus ist, und wissen überhaupt nicht, wovon Sie sprechen.

(Beifall bei der DVU)

Ähnlich wie in Berlin sollen Sitzungen der brandenburgischen Landtagsausschüsse grundsätzlich öffentlich abgehalten werden. Dies forderten Sie doch auch, Herr Landtagspräsident Fritsch. Auch Sie, Herr Baaske, Frau Fischer und Frau Funck, machten sich gegenüber der Presse dafür stark, dass Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden sollen. Wieso dann jetzt - gelinde gesagt - diese Zurückhaltung bei unserem Antrag?

Wo bleibt Ihr vollmundiger Antrag zum gleichen Thema, Herr Vietze?

Stattdessen verstecken Sie sich alle hinter der Tatsache, dass die Geschäftsordnung im Hauptausschuss erst noch verabschiedet werden muss, und werfen uns bezüglich unseres Antrags präjudizierendes Verhalten hinsichtlich der weiteren Ausschussberatungen vor. Welch Heuchelei!

Unser Antrag ist eben nicht, wie von Ihnen behauptet, ein reiner Geschäftsordnungsantrag, sondern ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes für mehr parlamentarische Transparenz.

(Beifall bei der DVU)

Es ist erst in einigen Monaten damit zu rechnen, dass der Hauptausschuss den Entwurf der neuen Geschäftsordnung vorlegt. Wir sind der Meinung, dass bis dahin alle Ausschüsse, insbesondere auch der Hauptausschuss, öffentlich tagen sollten, damit der Bürger Ihnen, meine Damen und Herren, auf die Finger schauen kann und bei den Beratungen zur neuen Geschäftsordnung sieht, ob Sie es mit Ihrer hier verkündeten neuen Offenheit wirklich ernst meinen.

(Schulze [SPD]: Herr Nonninger, gehen Sie einmal in sich, auch auf die Gefahr hin, dort niemanden anzutreffen!)

- Herr Schulze, quatschen Sie nicht dazwischen! Ich rede, nicht Sie!

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Nonninger, ich halte die Ordnung im Landtag gern selbst ein. - Ich richte das an alle Betroffenen: Wir sollten nicht allzu schweres Geschütz gegeneinander auffahren. Keine Gewalt bitte!

(Heiterkeit bei SPD, PDS und CDU)

Nonninger (DVU):

Das ist auch das Motto der DVU: Keine Gewalt.

(Schulze [SPD]: Das ist bei neonazistischen Parteien natürlich noch ein wichtiger Hinweis!)

- Ich wusste nicht, dass die SPD neonazistisch ist, aber na gut.

Wenn unser Antrag dazu dient, bei Ihnen eine Perestroika gegenüber Ihrem bürgerfernen Gehabe zu bewirken, so hat sich die präjudizierende Wirkung wirklich gelohnt. Wir als DVU-Fraktion werden den Bürgerinnen und Bürgern draußen im Land zu erklären wissen, wer sich für Bürgernähe und Transparenz im Landtag einsetzt, nämlich wir - die DVU-Fraktion.

Mit einer grundsätzlichen Öffnung der Ausschüsse könnte auch der zunehmenden Parlamentsverdrossenheit deutlich entgegengewirkt werden. Schließlich wird immer wieder der Wunsch nach größerer Beachtung der Arbeit des Landtags laut, um dem Bild eines leeren Plenarsaals und dem damit verbundenen Eindruck von Faulheit oder Desinteresse der Landtagsabgeordneten in der Öffentlichkeit zu begegnen.

Die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen bietet doch Möglichkeiten zur besseren Außendarstellung der Arbeit der Abgeordneten. Die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen könnte zu mehr Rationalität des politischen Willensbildungsprozesses beitragen, fachgerechte Berichterstattung in den Medien ermöglichen und damit den Landtag wieder näher an seine Wähler heranzuführen.

Öffentlichkeit der Ausschüsse gäbe dem Bürger einen guten Einblick in die Arbeit des Landtags und seiner Abgeordneten und führte damit zur besseren Nachvollziehbarkeit der Prozesse parlamentarischer und politischer Arbeit. Die gründliche Information der Bürgerinnen und Bürger, die Offenlegung von Sinn und Ziel einer neuen gesetzlichen Regelung, die öffentliche Diskussion aller Argumente sind doch - da werden Sie mir zustimmen - ein unverzichtbarer Teil jedes Gesetzgebungsprozesses.

Nur wenn die Transparenz der parlamentarischen Abläufe und der Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürger erhöht und deren Teilnahme am Parlamentarismus gefördert sowie Minderheitsrechte im Parlament gestärkt werden, kann der zunehmenden Demokratieverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger entgegengewirkt werden.

Ich möchte noch ein Wort zur Toleranz hier im Hause verlieren: Ich weiß, dass ich schwerbehindert bin und eine Sprachstörung habe. Wenn sich Herr Schulze einbildet, über Schwerbehinderte herziehen zu können, dann muss ich sagen: Das ist unter der Würde des hohen Hauses.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Die DVU-Fraktion hat namentliche Abstimmung über ihren Antrag in Drucksache 4/20 beantragt. Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben?

(Die Abgeordnete Gregor [SPD] gibt ihr Votum ab.)

Die namentliche Abstimmung hat ergeben, dass sechs Abgeordnete dem Antrag zugestimmt haben. 66 Abgeordnete haben dagegen gestimmt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 74)

Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt und bitte zu akzeptieren, dass Herr Christoph Schulze eine persönliche Erklärung abgeben möchte. - Bitte.

Schulze (SPD):

Herr Präsident! Werte Kollegen! Herr Nonninger, es tut mir Leid, ich wollte Ihnen persönlich nicht zu nahe treten. Im Handbuch des Landtages ist nicht verzeichnet, dass Sie

schwerbehindert und mit einer Sprachstörung geschlagen sind. Es tut mir Leid. Ich möchte mich dafür entschuldigen. Allerdings konnte ich das auch nicht wissen. Es ist nicht allgemein öffentlich bekannt, dass Sie schwerbehindert sind. Ich meine, dass ich auf diesen Punkt in Zukunft nicht zurückkommen werde, aber ich möchte auch festhalten, dass wir hier nicht im „Häkelkurs“ sind, sondern in einem Landtag, in dem es auch harte politische Auseinandersetzungen gibt, und wer sich dem stellt, muss das dann auch aushalten.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Das war eine persönliche Erklärung des Abgeordneten Schulze. - Herr Nonninger, Sie hatten sich gemeldet. Das ist zur Geschäftsordnung möglich. Wir können jetzt nicht in eine Debatte eintreten. Ich muss korrekt vorgehen. Ich hatte gesagt, Herr Schulze habe sich zu einer persönlichen Erklärung gemeldet, und wir wollen die Sache jetzt nicht weiter verfolgen.

Wir kommen damit zum **Tagesordnungspunkt 9:**

Bundratsinitiative zur Änderung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. September 2003

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/32

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Fechner das Wort, die für die einbringende Fraktion spricht.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gab einmal eine Zeit - lang, lang ist es her -, da wurden Politiker dafür gewählt und bezahlt, dass sie wussten, wo es langgeht. Heute, in Zeiten globaler Verwirrung, bekommen sie ihre Gehälter und Diäten dafür, dass sie Leute kennen, die angeblich wissen, was zu tun ist. Diese werden in alle möglichen Expertenkommissionen berufen, in denen sie dann raten, was die Regierung tun soll.

Einer dieser so genannten Berater hat in Deutschland bereits eine sprichwörtliche Größe. Ich meine den Wirtschaftsprofessor und VW-Manager Peter Hartz.

Hartz IV ist für die derzeitige Bundesregierung, einschließlich ihrer Pseudoopposition, angeblich die heiß ersehnte Wundermedizin für den siechenden Arbeitsmarkt, für Millionen Betroffene dagegen die lebensbedrohlichste Schröpfkur, die die Berliner Kurpfuscher diesem Volk je verordnet haben.

Doch anders als die durch Hartz IV in Armut und Not Geprägten bleiben den derzeit Regierenden ebenso wie ihren auch so klugen Beratern aufgrund der anhaltenden Ratlosigkeit ihre Pfründe auf lange, lange Jahre gesichert.

Der Präsident des größten deutschen Sozialverbandes, des VdK Deutschland, Walter Hirrlinger, erklärte kürzlich gegenüber der Presse:

„Mit Hartz IV tun sich Koalition und Opposition keinen Gefallen. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhil-

fe und Sozialhilfe haben sie sich ein sozialpolitisches Armutszeugnis ausgestellt. Verlierer von Hartz IV sind Arbeitslose, die wegen Krankheit, Schwerbehinderung oder Alter nur schwer vermittelbar sind.“

Arbeitslose würden - so Herr Hirrlinger weiter - unter Druck gesetzt, unterqualifizierte und billige Jobs anzunehmen und damit den Billiglohnsektor zu schaffen. Die so genannte Reform blähe die bereits vorhandene Bürokratie zudem weiter auf.

Dem ist eigentlich seitens unserer DVU-Fraktion nichts hinzuzufügen. Doch inzwischen zweifeln selbst führende deutsche Verfassungsjuristen daran, ob Hartz IV mit dem Grundgesetz überhaupt vereinbar ist.

Prof. Heinrich Lang, Verfassungsrechtler an der Universität Köln, machte beispielsweise auf mögliche Probleme mit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes aufmerksam.

Uwe Berlit und Ralf Rothkegel - beide am Bundesverwaltungsgericht als Richter tätig - hegten in wissenschaftlichen Ausarbeitungen Zweifel daran, ob die Vorgaben von Hartz IV überhaupt noch rechtsstaatlichen Prinzipien entsprächen.

Zweifelhaft - so die beiden Bundesverwaltungsrichter - sei auch, ob die neuen Regelsätze, die die Höhe der Leistungen für den Lebensunterhalt bestimmten, dem Verfassungsgebot einer ausreichenden Existenzsicherung überhaupt genügen.

Schließlich stellt sich die Frage: Bringt Hartz IV wirklich mehr Beschäftigungsmöglichkeiten?

Schon die bisherigen Hartz-Gesetze I bis III sollten neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. In Wirklichkeit haben sie keinerlei Arbeitsplätze geschaffen. Die Vermittlung von Leiharbeit durch Personalserviceagenturen erwies sich als Flop. So wurden im Jahr 2003 statt der geplanten 350 000 nur 15 600 Menschen in Dauerarbeitsplätze vermittelt. Die meisten Ich-AGs sind von vornherein zum Scheitern verurteilt und bringen nur eingesessene kleine und mittelständische Betriebe durch diese Konkurrenz zusätzlich um Aufträge.

(Schulze [SPD]: Woher wissen Sie das?)

Auch Hartz IV wird keine Arbeit bringen, weil Druck auf Arbeitslose keine neuen Stellen schafft.

So kommen deutschlandweit mittlerweile auf eine offene Stelle 20 Arbeitsuchende. Im Raum Berlin-Brandenburg sind es sogar über 30.

Die bisher im Gesetz enthaltenen Regelungen über Eingliederungsbeihilfen und finanzielle Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit täuschen daher nicht darüber hinweg, dass es gerade in den neuen Bundesländern und speziell hier im Land Brandenburg in Ermangelung einer ausreichenden Zahl von offenen Stellen keine oder nur minimale Beschäftigungsimpulse geben wird, sodass der überwiegende Teil der Bezieher des so genannten Arbeitslosengeldes II auf unabsehbare Zeit zu einem Leben in Armut verurteilt sein wird.

Genau das wollen wir mit diesem vorliegenden Antrag verhindern.

Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, ein Gesetz über verbesserte Eingliederungsleistungen und finanzielle Hilfen zum beruflichen Wiedereinstieg von Langzeitarbeitslosen und speziell von Sozialhilfeempfängern bei Beibehaltung der bisherigen Arbeitslosenhilferegelung zu erlassen.

Darüber hinaus versprechen wir Ihnen, dass wir in den kommenden Plenarsitzungen eine Fülle von Anträgen zu einer wirklichen Reform der Sozialversicherungssysteme ohne gleichzeitigen sozialen Kahlschlag vorlegen werden.

Wenn Sie es also mit sozialer Gerechtigkeit ernst meinen, meine Damen und Herren aller hier anwesenden Fraktionen, dann stimmen Sie unserem vorliegenden Antrag zu. - Zunächst einmal bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Koalitionsfraktionen spricht die Abgeordnete Dr. Schröder.

Frau Dr. Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was wir hier erleben, ist die Fortsetzung eines unlauteren Wahlkampfes mit parlamentarischen Mitteln zum Thema „Hartz IV“.

(Beifall bei SPD und CDU)

Billige Parolen werden jetzt in Watte gepackt, in eine parlamentarische Formel gegossen, die heute heißt: „Bundesratsinitiative zur Änderung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt.“ „Sauerei Hartz IV - Wehrt euch!“, hieß es auf den DVU-Plakaten. „Wehren Sie sich!“, so lautet unsere völlig unverpackte Antwort aus dem Parlament, gerichtet an die arbeitslosen Menschen im Land. Wehren Sie sich gegen die Vereinnahmung von rechten Rattenfängern, die mit Sorgen und Nöten in schwierigen Zeiten ihr braunes Süppchen kochen!

Wenn wir uns tatsächlich auch nur einen Moment mit dem Mäntelchen der geforderten Bundesratsinitiative zur Aufhebung von Hartz IV auseinander setzten, gäben wir uns damit allein schon auf Bundesebene der Lächerlichkeit preis. Ein solches Begehren ist nicht nur fernab jeder Realität in Anerkennung der politischen Mehrheiten in der Bundesrepublik, nein, es wirft auch ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis der Antragsteller.

Nicht zufällig wurde das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt am 24. Dezember 2003 beschlossen, Weihnachten also, nach zähem Ringen um Inhalte zwischen den im Bundesrat vertretenen, weil demokratisch gewählten Kräften. Dass die DVU hieran nicht beteiligt war und damit rechtsextremes Gedankengut in diesen Entscheidungsprozess auf Bundesebene nicht einfließen konnte, liegt ausschließlich am Wählerwillen. Das ist gut so und soll auch so bleiben.

Gestern haben wir wirklich problematische Zahlen zur Kenntnis nehmen müssen, nach denen immer mehr Familien mit Kindern von Sozialhilfe abhängig sind und davon leben müssen. Das sind derzeit 14 629 Familien, drei Viertel mehr als

1994. Etwa 9 % aller Familien mit Kindern müssen aktuell monatlich mit weniger als 900 Euro auskommen, 11 % mehr als 1997. All diese Entwicklungen haben sich vor Hartz IV in den jetzt noch bestehenden Systemen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ereignet. Das ist doch der eigentliche Skandal. Diese Familien werden durch Hartz IV keineswegs schlechter gestellt, ganz im Gegenteil. Die Tatsachen sind also differenziert zu betrachten und nicht über einen Kamm zu scheren.

Hartz IV ist sozial gerecht, weil die Regelungen bei den tatsächlich Bedürftigen, den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft, greifen. Hartz IV ist aber auch deshalb sozial gerecht, weil die Bedürftigkeit nicht mehr aus einem lange Jahre zurückliegenden früheren Einkommen resultiert, sondern aus den Kosten für eine steuerfinanzierte Grundsicherung unter Berücksichtigung familiärer Verhältnisse und tatsächlicher Vermögensverhältnisse.

Diejenigen aber, die schon lange nach bisherigen Sozialhilfesätzen leben, werden in Zukunft keineswegs schlechter gestellt. Wenn man berücksichtigt, dass das Arbeitslosengeld II aus Steuermitteln finanziert wird, dann ist eine solche nunmehr für alle einheitliche Regelung durchaus sozial gerecht. Im Übrigen: Immer, wenn es sich um Auszahlung von Steuergeldern handelt, ist es legitim, dass Einkommens- und Vermögensverhältnisse selbstverständlich geprüft werden.

Ich habe im Übrigen in den letzten Jahren noch nie ein Plakat gesehen, auf dem stand, Sozialhilfe sei Armut per Gesetz. Jetzt, nachdem gleiche Maßstäbe für alle gelten sollen, die steuerfinanzierte Sozialleistungen in Anspruch nehmen, heißt es aber in der Begründung des DVU-Antrags, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau führe zu einer „gesetzlich verordneten Verarmung von Hunderttausenden von Langzeitarbeitslosen in Deutschland“.

Hier bricht Ihr Kartenhaus zusammen. Das macht deutlich: Der DVU-Antrag enthält - wie üblich - nur vordergründige scheinheilige Parolen, die von anderen abgeschrieben wurden, denen im Kern aber die Substanz sowie das Verständnis in der Sache fehlen. So sehe ich als Sprecherin der Koalitionsfraktionen auch keine weitere Veranlassung, über das Gesagte inhaltlich hinaus gehend zu Überschriften und Polemik Stellung zu nehmen.

Abschließend jedoch, meine Damen und Herren, lassen Sie mich den Antragstellern in aller Deutlichkeit sagen: Die rot-grüne Bundesregierung und die Koalition auf Landesebene werden an dem eingeschlagenen Kurs festhalten, werden die Arbeitsmarktreform unvermindert im Sinne der Betroffenen umsetzen; denn der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist der wirksamste Kampf gegen rechtsextreme Gesinnung. Diesen Kampf werden wir niemals aufgeben. Wehret den Anfängen!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der PDS spricht die Abgeordnete Kaiser-Nicht.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion

wird den vorliegenden DVU-Antrag ablehnen. Dieser Antrag ist unglaublich wie seine Autoren. Sie von der DVU geben hier und heute vor, sich für sozial benachteiligte Menschen einzusetzen, aber Ihre wirkliche Mission ist menschenverachtend. An anderer Stelle nämlich wollen Sie ebenfalls benachteiligten Menschen ausländischer Herkunft sämtliche Grundrechte und sozialen Rechte in diesem Land absprechen, obwohl diese Menschen in ihren Herkunftsländern oft Gewalt oder Not erfahren und hier auf Asyl, auf Achtung ihrer Würde hoffen oder hier sind, weil sie für ihre Kinder anderswo keine Zukunft fanden.

Gerade in den Zeiten des Wahlkampfes war deutlich: Die DVU-Vertreter suchen Sündenböcke, sie fördern rassistische Stimmung, Sozialneid und Gewalt, sie heizen gesellschaftliche Konflikte noch an, ihre Standortdebatten sind nationalistisch, ihre so genannte Sozialpolitik rassistisch, auch wenn es im vorliegenden Text nicht offenbar ist.

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Sie wollen Ausgrenzung, Ausweisung, Verletzung von Menschenrechten. Wir sagen: Das sind keine akzeptablen Lösungen in einem demokratisch verfassten Land. Die demokratische Mehrheit in diesem Parlament werden Sie nicht täuschen können. Das hat auch meine Vorrednerin bereits gesagt und in dieser Frage schließe ich mich ihr an.

Ich erinnere hier nur an den Wortlaut einer der Großen Anfragen der DVU-Fraktion aus dem Jahr 2002,

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

in der Sie Ihre angeblichen Bemühungen um die berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Integration der so genannten Spätaussiedler, besonders der Kinder und Jugendlichen, ausgerechnet mit deren „Deutschstämmigkeit“ und der „Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis“ begründeten, dann aber in Ihrer nächsten Anfrage Kinder und Jugendliche anderer ausländischer Herkunft als „Gefahr für Überfremdung“ und als „Kostenfaktor“ sahen. Als ob verantwortliche Politik nicht für jedes Kind Perspektiven im Blick haben sollte, als ob nicht überall auf der Welt Menschen Arbeit brauchten, von der sie am Ende auch leben können!

Ihnen geht es weder um die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit noch um soziale Gerechtigkeit. Der wirkliche Zweck Ihrer hysterischen Reden hier ist es, möglichst viele Steuergelder in die Taschen Ihres Chefs und Finanziers Frey in München umzuleiten. Der ist übrigens noch nie mit irgendwelchen Arbeitsbeschaffungsprogrammen oder sozialen Initiativen irgendwo aufgefallen.

(Schuldt [DVU]: Aber Sie!)

Für die PDS jedenfalls heiligt kein Zweck jemals die Mittel.

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Im Hinblick auf die Ablehnung von DVU-Anträgen, Frau Fechner, wird es den von Ihnen vorhin in der Debatte um das Schulgesetz frei erfundenen Sinneswandel bei der PDS niemals geben. Wir werden morgen in diesem Parlament unsere Vorschlä-

ge gegen Hartz IV setzen; denn Alternativen zum Sozialabbau gibt es, aber nicht bei der DVU. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Fechner von der Fraktion der DVU hat Gelegenheit zu einem zweiten Beitrag.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin zwar nicht dafür zuständig, die Bildungsdefizite der einzelnen Abgeordneten zu kompensieren, aber im Fall von Frau Dr. Schröder mache ich einmal eine Ausnahme.

(Gelächter bei der SPD)

Wir sind zur letzten Bundestagswahl nicht in den Bundestag gewählt worden, weil wir gar nicht angetreten sind. Aber ich verspreche Ihnen, im Jahr 2006 werden wir antreten.

(Beifall bei der DVU)

Zur Abgeordneten Frau Kaiser-Nicht: Sie sagten, dass Sie unseren Ausführungen, unseren Redebeiträgen diese Menschenverachtung, den Rassismus usw. gar nicht entnehmen könnten, aber Sie wüssten ganz genau, wie menschenverachtend wir seien. Nun frage ich mich allen Ernstes: Woher wollen Sie das denn wissen?

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Ich habe alle Ihre Plakate gelesen!)

Sie haben eine geheimnisvolle Kugel und fragen: Wie ist die DVU?

(Zuruf von der SPD: Wir haben Ihr Programm gelesen!)

Aber ich meine, ich werde einigen Abgeordneten noch einmal verdeutlichen müssen, warum es wichtig ist, dass dieses Hartz-IV-Gesetz weg muss. Gerade Sie, Frau Dr. Schröder, müssten als promovierte Arbeitsmarktexpertin wissen, welche negativen Auswirkungen es gerade für die Langzeitarbeitslosen haben wird. Auch in meinem Bekannten- und Verwandtenkreis gibt es Menschen, die davon betroffen sind. Es ist kein Populismus, wenn wir hier fordern, dass die Hartz-IV-Gesetzgebung weg gehört, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei der DVU)

Hartz IV führt im Falle seiner Verwirklichung im Jahr 2005 zu einer gesetzlich verordneten Verarmung von Hunderttausenden von Langzeitarbeitslosen in ganz Deutschland.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Das sagen nicht nur wir von der DVU-Fraktion, sondern das sagt auch die Statistik des Forschungsinstituts Wissenstransfer. In ganz Deutschland sind ca. 2,1 Millionen Menschen davon betroffen und von diesen wiederum fast 1 Million hier in den neuen Bundesländern.

Mit der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe werden die bisherigen Arbeitslosen buchstäblich in die Armut getrieben. Diese Politik verbaut Kindern und Jugendlichen aus den betroffenen Familien ihre Zukunftschancen und raubt Älteren ihre Ersparnisse. Hartz IV ist durch und durch unsozial und menschenverachtend. Frau Kaiser-Nicht, das ist Menschenverachtung!

(Beifall bei der DVU)

Einige Beispiele werden es noch einmal verdeutlichen. Wer arbeitslos wird, bekommt nach zwölf Monaten Arbeitslosengeldbezug, sofern bedürftig, das so genannte Arbeitslosengeld II in Höhe von 331 Euro in den neuen Bundesländern. Hier werden Menschen, die mitunter jahrzehntelang in unsere Sozialkassen eingezahlt haben, mit Menschen gleichgesetzt, die noch nie einen Pfennig in unsere Sozialkassen zahlten. Das empfinden nicht nur wir von der DVU-Fraktion als ungerecht. Zu dem kargen Arbeitslosengeld II kommen zwar noch Zuschüsse für Kinder, Wohnung und Heizung; das ist richtig. Doch wenn die Wohnung größer ist als die vorgegebene Quadratmeterzahl oder auch wenn der Quadratmetermietpreis zu hoch ist, bekommt man nichts.

(Zurufe von der SPD: Stimmt doch gar nicht!)

- Warten Sie mal ab!

Die Arbeitsämter sind momentan angewiesen, sämtliche Anträge, die bezüglich der Wohnung eingehen, positiv zu bescheiden, und im Juni/Juli finden erneute Prüfungen statt. Dann wird es für etliche Leute ein böses Erwachen geben. Machen Sie sich einmal kundig; ich habe mit einer Mitarbeiterin des Arbeitsamtes gesprochen. Das ist diese große Schweinerei, die wir bekämpfen wollen.

(Beifall bei der DVU - Frau Dr. Schröder [SPD]: Kennen Sie die Wohnverhältnisse von Arbeitslosen?)

Meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, Sie machen sich noch einmal ganz genau mit den einzelnen Ausführungs-

bestimmungen vertraut und halten sich noch einmal vor Augen, welche negativen Auswirkungen dies für unsere Langzeitarbeitslosen gerade hier in Brandenburg hat.

Ich bitte Sie, lassen Sie Ihre Parteiideologie weg und stimmen Sie unserem Antrag zu. - Ich danke.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Die Landesregierung verzichtet auf die ihr noch zustehende Redezeit. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Die Fraktion der DVU hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, Ihre Stimme abzugeben?

(Die Abgeordneten Fritsch [SPD], Dombrowski [CDU] und Frau Mächtig [PDS] geben ihr Votum ab.)

Ich schließe die Abstimmung und bitte um etwas Geduld für die Auszählung.

Für den Antrag der DVU-Fraktion stimmten 6 Abgeordnete, dagegen stimmten 70 Abgeordnete. - Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 74)

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und zugleich die heutige Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und eine gute Nacht, damit wir morgen in aller Frische fortfahren können.

Ende der Sitzung: 17.06 Uhr

Anlagen

Gefasste Beschlüsse der 1. (konstituierenden) Sitzung am 13. Oktober 2004

Beschlussfassung über die vorläufige Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag Brandenburg gibt sich eine vorläufige Geschäftsordnung.“

Beschluss zur Erarbeitung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Der durch den Landtag zu bestellende Hauptausschuss wird beauftragt, die endgültige Fassung der Geschäftsordnung zu erarbeiten und diese dem Plenum zur Beschlussfassung im Januar 2005 vorzulegen.“

TOP 1:

Wahl des Präsidenten des Landtages Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 Herrn Abgeordneten Gunter Fritsch in geheimer Abstimmung mit 73 Jastimmen zum Präsidenten des Landtages Brandenburg gewählt.

TOP 2:

Wahl des Vizepräsidenten des Landtages Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Lothar Bisky in geheimer Abstimmung mit 59 Jastimmen zum Vizepräsidenten des Landtages Brandenburg gewählt.

TOP 3:

Beschluss über die Zahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Das gemäß Artikel 69 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg zu wählende Präsidium besteht aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten sowie weiteren zehn Mitgliedern.“

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 für die Fraktion der SPD Herrn Ab-

geordneten Günter Baaske, Herrn Abgeordneten Christoph Schulze und Frau Abgeordnete Britta Stark als weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt.

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Thomas Lunacek, Frau Abgeordnete Saskia Funck und Frau Abgeordnete Barbara Richstein als weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt.

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 für die Fraktion der PDS Frau Abgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann, Herrn Abgeordneten Heinz Vietze und Frau Abgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht als weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt.

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 für die Fraktion der DVU Frau Abgeordnete Liane Hesselbarth als weiteres Mitglied des Präsidiums gewählt.

TOP 4:

Bestellung des Wahlprüfungsausschusses sowie Festlegung der Zahl seiner Mitglieder

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Landtag bestellt für die Dauer der Wahlperiode einen Wahlprüfungsausschuss. Der Wahlprüfungsausschuss besteht aus neun Mitgliedern.
2. Das gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages anzuwendende Verfahren Hare/Niemeyer (Proporzverfahren) ergibt folgende Besetzung des Wahlprüfungsausschusses:

SPD = 3 Mitglieder und 3 stellvertretende Mitglieder,
PDS = 3 Mitglieder und 3 stellvertretende Mitglieder,
CDU = 2 Mitglieder und 2 stellvertretende Mitglieder,
DVU = 1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied.“

TOP 5:

Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 mit der erforderlichen Mehrheit seiner Mitglieder bei 47 Jastimmen Herrn Abgeordneten Matthias Platzeck in geheimer Abstimmung zum Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg gewählt.

Gefasster Beschluss der 2. Sitzung am 27. Oktober 2004**TOP 2:****Bestellung der Ausschüsse des Landtages Brandenburg sowie Festlegung der Zahl ihrer Mitglieder**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 2. Sitzung am 27. Oktober 2004 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Landtag bestellt gemäß § 74 Abs. 1 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg für die Dauer der Wahlperiode folgende Ausschüsse:

Hauptausschuss (A 1),
 Petitionsausschuss (A 2),
 Ausschuss für Inneres (A 3),
 Rechtsausschuss (A 4),
 Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (A 5),
 Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur (A 6),
 Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (A 7),
 Ausschuss für Wirtschaft (A 8),
 Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (A 9),
 Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung (A 10),
 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (A 11),
 Ausschuss für Haushaltskontrolle (A 12),
 Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik (A 13).

2. Der Landtag beschließt gemäß § 75 Abs. 1 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg, dass der

Hauptausschuss (A 1),
 Petitionsausschuss (A 2),
 Ausschuss für Inneres (A 3),
 Rechtsausschuss (A 4),
 Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (A 5),
 Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur (A 6),
 Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (A 7),
 Ausschuss für Wirtschaft (A 8),
 Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (A 9),
 Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung (A 10),
 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (A 11),
 Ausschuss für Haushaltskontrolle (A 12),
 Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik (A 13)

neun Mitglieder und neun stellvertretende Mitglieder haben.

3. Das gemäß § 10 Abs. 1 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg anzuwendende Verfahren Hare/Niemeyer (Proporzverfahren) ergibt folgende Besetzung der Ausschüsse:

SPD = 3 Mitglieder und 3 stellvertretende Mitglieder,
 PDS = 3 Mitglieder und 3 stellvertretende Mitglieder,
 CDU = 2 Mitglieder und 2 stellvertretende Mitglieder,
 DVU = 1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied.“

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7 - 1. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2002 (GVBl. I S. 2), geändert durch das sechste Änderungsgesetz vom 09.10.2003 (GVBl. I S. 272) - Abgeordnetengesetz (AbgG) - Gesetzentwurf der Fraktion der DVU - Drucksache 4/17

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nonninger (DVU)
 Schuldt (DVU)
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (PDS)
 Frau Alter (SPD)
 von Arnim (CDU)
 Baaske (SPD)
 Birthler (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Frau Böhnisch (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Domres (PDS)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Fritsch (SPD)
 Frau Funck (CDU)
 Gehrecke (PDS)
 Frau Geywitz (SPD)
 Görke (PDS)
 Frau Gregor (SPD)
 Günther (SPD)
 Hammer (PDS)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Heinze (PDS)
 Helm (CDU)
 Dr. Hoffmann (PDS)
 Holzschuher (SPD)
 Homeyer (CDU)
 Jürgens (PDS)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Karney (CDU)
 Dr. Klocksinn (SPD)
 Krause (PDS)
 Kuhnert (SPD)
 Frau Lehmann (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Mächtig (PDS)
 Frau Melior (SPD)
 Müller (SPD)
 Frau Dr. Münch (SPD)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Frau Osten (PDS)
 Otto (PDS)
 Petke (CDU)

Platzeck (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Sarrach (PDS)
 Dr. Scharfenberg (PDS)
 Frau Schier (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schrey (CDU)
 Frau Dr. Schröder (SPD)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senftleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Frau Stark (SPD)
 Frau Steinmetzer (PDS)
 Szymanski (SPD)
 Theel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)
 Frau Weber (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Wöllert (PDS)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8 - Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 4/20

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nonninger (DVU)
 Schuldt (DVU)
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (PDS)
 Frau Alter (SPD)
 von Arnim (CDU)
 Baaske (SPD)
 Birthler (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Frau Böhnisch (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Domres (PDS)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Fritsch (SPD)
 Frau Funck (CDU)
 Gehrcke (PDS)
 Görke (PDS)
 Frau Gregor (SPD)
 Frau Große (PDS)
 Günther (SPD)
 Frau Hackenschmidt (SPD)

Hammer (PDS)
 Heinze (PDS)
 Helm (CDU)
 Dr. Hoffmann (PDS)
 Holzschuher (SPD)
 Homeyer (CDU)
 Jürgens (PDS)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Karney (CDU)
 Dr. Klocksinn (SPD)
 Krause (PDS)
 Kuhnert (SPD)
 Frau Lehmann (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Mächtig (PDS)
 Frau Melior (SPD)
 Müller (SPD)
 Frau Dr. Münch (SPD)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Frau Osten (PDS)
 Otto (PDS)
 Platzeck (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Sarrach (PDS)
 Dr. Scharfenberg (PDS)
 Frau Schier (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schrey (CDU)
 Frau Dr. Schröder (SPD)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Frau Stark (SPD)
 Frau Steinmetzer (PDS)
 Szymanski (SPD)
 Theel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)
 Frau Wehlan (PDS)
 Werner (CDU)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Wöllert (PDS)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 9 - Bundesratsinitiative zur Änderung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. September 2003 - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 4/32

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nonninger (DVU)
 Schuldt (DVU)
 Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (PDS)
Frau Alter (SPD)
von Arnim (CDU)
Baaske (SPD)
Birthler (SPD)
Bischoff (SPD)
Prof. Dr. Bisky (PDS)
Frau Blechinger (CDU)
Bochow (SPD)
Frau Böhnisch (PDS)
Christoffers (PDS)
Dombrowski (CDU)
Domres (PDS)
Frau Dr. Enkelmann (PDS)
Frau Fischer (SPD)
Fritsch (SPD)
Frau Funck (CDU)
Gehrcke (PDS)
Frau Geywitz (SPD)
Görke (PDS)
Frau Gregor (SPD)
Frau Große (PDS)
Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Hammer (PDS)
Frau Hartfelder (CDU)
Helm (CDU)
Dr. Hoffmann (PDS)
Holzschuher (SPD)
Homeyer (CDU)
Jürgens (PDS)
Frau Kaiser-Nicht (PDS)
Karney (CDU)
Dr. Klocksinn (SPD)
Krause (PDS)

Kuhnert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Lunacek (CDU)
Frau Mächtig (PDS)
Frau Melior (SPD)
Müller (SPD)
Dr. Niekisch (CDU)
Frau Osten (PDS)
Otto (PDS)
Petke (CDU)
Platzek (SPD)
Reiche (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Sarrach (PDS)
Frau Schier (CDU)
Schippe (SPD)
Schrey (CDU)
Frau Dr. Schröder (SPD)
Frau Schulz (CDU)
Schulze (SPD)
Senfleben (CDU)
Frau Siebke (SPD)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer (PDS)
Szymanski (SPD)
Theel (PDS)
Vietze (PDS)
Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)
Frau Wehlan (PDS)
Werner (CDU)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Wöllert (PDS)
Frau Ziegler (SPD)
Ziel (SPD)

